

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



16. Juli 1983
Jg. 4 Nr. 14

G 7756 D Preis:
2,50



USA: Aufschwung in den USA? – Auf jeden Fall ein Aufschwung der Elendsarbeiten, Zwangsarbeit, Tagelöhnerjobs usw. Seite 3



Arbeitslosenversicherung: Das Arbeitslosengeld wird auf die Höhe des Sozialhilfesatzes gedrückt Seite 10



PLO: Syrien will die Einheit der PLO zerschlagen Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

USA: Aufschwung in den USA? – Auf jeden Fall ein Aufschwung der Elendsarbeiten, Zwangsarbeit, Tagelöhnerjobs usw.	Seite 3
Lebensbedingungen in Tagelöhnerlagern unter der Peitsche der Arbeitslosigkeit	Seite 4
Gesetzliche Angriffe Reagans auf Rechte der Arbeiter – Streikbruch abgesichert	Seite 5
<i>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</i>	Seite 6
<i>IG Metall:</i> Kampagne für 35-Stunden-Woche eröffnet – Begründung schräg	Seite 7
<i>Dividenden:</i> Aktienmärkte im Hoch, Rekord-Dividenden	Seite 7
<i>Türkei:</i> Die Militärjunta rührt eine nationalistische Parteiusuppe an	Seite 8
<i>NS-Verbrechen:</i> Anklageerhebung gegen Thälmanns Mörder	Seite 9
<i>Hochschulen:</i> Hochschulrahmengesetz soll novelliert werden	Seite 9
<i>Arbeitslosenversicherung:</i> Das Arbeitslosengeld wird auf die Höhe des Sozialhilfesatzes gedrückt.	Seite 10
Höhere Beiträge und Auflösung des Versicherungsschutzes	Seite 11
<i>Beamtenbesoldung:</i> Nominelle Kürzungen bis zu 20 Prozent	Seite 11
<i>Niederlande:</i> Lehrgewerkschaft zu Lohnsenkungen bereit?	Seite 12
<i>Rentenpolitik:</i> Nach Ehrenberg nun Blüm: Die Sozialreaktion marschiert, die Rentner werden weggetreten.	Seite 13
Lehre, KZ, Wehrmacht, Arbeiter, Vertreter – was hinter einer Rente von 400 DM steht	Seite 14
Die „unmöglichen Fonds“ des Prof. Mackenroths und ihre Folgen für die Rentenreserven	Seite 16
Perspektiven der Sozialreaktion. Blüms Rentenkürzungen in Stichworten	Seite 17
<i>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</i>	Seite 18
<i>Niedersachsen:</i> Landesregierung gegen Entschweifungsanlage beim Kohlekraftwerk Buschhaus.	Seite 19
<i>Ausländer:</i> Keine Lehrstelle wegen Sprachunkennntnis?	Seite 19
<i>Bayern:</i> Kommunalverbände: Mehr Mittel für „wachstumsfördernde Investitionen“	Seite 20
<i>NRW:</i> CDU setzt Startpositionen für die Landtagswahl	Seite 21
<i>Hamburg:</i> Proteste gegen Krankenhausschließung	Seite 21
<i>Der Fall Heike Klar:</i> Nach Mißhandlungen durch Polizei und Justiz 20 Monate Gefängnis	Seite 22

Prozeßerklärung von Heike Klar	Seite 23
„Ostland-Patenschaft“: „Vertriebenen“politik von Kommune und PWA	Seite 23
<i>Reservisten-Übungen:</i> SS-Organisation HIAG seit Jahren dabei	Seite 23
<i>Truppenübungsplatz:</i> Wörner stellt sich der „Diskussion“	Seite 24
<i>Signalversicherung:</i> Fristlose Kündigung von Betriebsrätin ungültig	Seite 24
<i>Südostoberbayern:</i> Für ein „Randgebiet der Europäischen Gemeinschaft“ ist den Kapitalisten das Lohnniveau noch nicht niedrig genug	Seite 25
CSU fordert Olympische Winterspiele 1992 nach Oberbayern	Seite 26
Stichwort: Arbeitsgemeinschaft Alpenländer	Seite 27
<i>Internationale Nachrichten</i>	Seite 28
<i>VR China:</i> Regierung verkündet große Erfolge in der Landwirtschaft	Seite 29
<i>Jugoslawien:</i> Umschuldungen zu harten Bedingungen ..	Seite 29
<i>Spanien:</i> Gewerkschaftsbewegung unterwirft sich nicht	Seite 30
<i>Italien:</i> Proteststimmen für die Neofaschisten	Seite 30
<i>Südafrika:</i> Gewerkschaften gegen Auswanderung	Seite 31
<i>Kurdistan:</i> Zur Unterdrückung der Kurden in ihrem Land	Seite 31
<i>PLO:</i> Syrien will die Einheit der PLO zerschlagen	Seite 32
Anerkennung der PLO und des Selbstbestimmungsrechts durch die Bundesregierung!	Seite 33
<i>Aus Kultur und Wissenschaft</i>	Seite 34
<i>Film „Begierde“:</i> Vom Zuschauer wird Lust am Blutrausch und an der Verhöhnung der Wissenschaft erwartet	Seite 34
Für Sammler und Liebhaber ..	Seite 34
Emanzipation im gehobenen Mittelstand	Seite 34
Die Reform eines Strafparagrafen	Seite 35
„Politische Kriminalität“: Sozialdemokratie: Immer für die „freiheitlich-demokratische ...“	Seite 35
<i>Wirtschaftstheorien/Wirtschaftspolitik IV:</i> Linkskeynesianismus: Die Positionen der Memorandum-Gruppe	Seite 36
Bleistift- und Pastellkreidezeichnung	Seite 37
Abbau von Gesundheitsleistungen durch „Kostentransparenz“	Seite 38
Zusatzversorgung: Ausmaß der Kürzung	Seite 39

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3 – 12): Rüdiger Lötzer; für Spezialberichte (S. 13 – 17): Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional (S. 18 – 27): Günter Baumann; für Auslandsberichterstattung (S. 28 – 33): Ulrike Kirchhof; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34 – 37): Angela Lux; für Sozialstatistik (S. 38/39): Wolfgang Müller. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.

Aufschwung in den USA? – Auf jeden Fall ein Aufschwung der Elendsarbeiten, Zwangsarbeit, Tagelöhnerjobs usw.

Seit dem letzten Herbst haben Hunderttausende von Arbeitslosen die industriellen Zentren im Norden der USA, insbesondere die Staaten Michigan und Pennsylvania, in denen die Stahl- und Autokapitalisten Wellen von Entlassungen vorgenommen hatten, verlassen und sind auf Arbeitssuche in die südlichen Staaten der USA, vor allem nach Texas, North- und South-Carolina und Louisiana gezogen. Da das Arbeitslosengeld spätestens nach 39 Wochen ausgelaufen ist und Wohlfahrtshilfe, wenn sie überhaupt zugestanden wird, nur zum Hungern reicht, sind die Arbeiter in den Süden gezogen in der Erwartung, dort eine Arbeit zu finden. Da sie nicht mehr besitzen als das, was sie auf dem Leib tragen und vielleicht ein Wohnmobil, in dem sie hausen müssen, sind sie gezwungen, jede Arbeit, zu welchen Bedingungen auch immer, anzunehmen. Das letzte Mal, daß die Lohnarbeiter in solchen Elendszügen durch die USA wanderten, war in den dreißiger Jahren.

Die Tagelöhnerfirmen in den Südstaaten, die schon früher das Arbeitspersonal für die elendesten Arbeiten an die Kapitalisten vermittelten, rekrutieren jetzt ihre Arbeitskräfte zu einem großen Teil aus diesen Arbeitslosen, die aus dem Norden gekommen sind. Den anderen Teil ziehen sie aus der wachsenden Zahl der Arbeitslosen in den Südstaaten selbst. Wer sich nicht verpflichtet, jede schmutzige und ge-

fährliche Arbeit, für die er eingeteilt wird, zu verrichten, wird von diesen Tagelöhnerfirmen erst gar nicht auf die Vermittlungsliste gesetzt. Die Arbeiten sind meist solche, für die die Kapitalisten, die Tagelöhner von den Tagelöhnerfirmen rekrutieren, den bei ihnen fest Beschäftigten Lohnzulagen zahlen müßten und bei denen sie ansonsten Schutzbedingungen hätten einhalten müssen: Koksofen und Tanks reinigen, Zement schaufeln, Güterwagen entladen, Reinigung von Räumen, in denen mit radioaktiven Stoffen gearbeitet worden ist, Beseitigung von Asbestteilen aus Gebäuden. Die Tagelöhnerfirmen vermitteln auch Streikbrecher. Sie streichen bis zu 15 Dollar für die vermittelte Arbeitsstunde ein, an die Tagelöhner zahlen sie aber nur den gesetzlichen Mindestlohn von derzeit 3,35 Dollar die Stunde aus. Für Arbeitsunfälle haben diese Firmen oft keinen Versicherungsschutz abgeschlossen. Insgesamt 2000 dieser Verleihfirmen sind heute in allen Teilen der USA tätig, sie sollen drei Millionen Tagelöhner vermitteln, ihr Umsatz soll bei fünf Mrd. Dollar im Jahr liegen. Eine gesetzliche Aufsicht über diese Firmen existiert nicht.

Jetzt wurde gemeldet, daß die Ölförderindustrie im Süden der USA Arbeitslager einrichten ließ, in die die örtlichen Behörden Arbeitslose zwangsweise einweisen. Von den Zwangsarbeitern sieht fast keiner etwas von dem ihm zustehenden Lohn, denn der wird

mit den Lagerkosten verrechnet. Allein im Staat Louisiana haben die großen Ölfirmen Shell Oil, Mobil, Texaco u.a. für ungelernete Arbeiter, die sie auf ihren Ölplattformen vor der Küste beschäftigen, 100 Arbeitslager errichtet.

So blühen die Schönheiten des Aufschwungs, den die Reagan-Regierung vor kurzem verkündete. Die US-Regierung hat schon im letzten Jahr darauf gesehen, ihren Teil dazu beizutragen. So hat sie 800 000 Invalide nachuntersuchen lassen und 37% wieder arbeitsfähig geschrieben. Für diese Invaliden halten die Kapitalisten jetzt insbesondere Heimarbeit bereit. Bekanntlich hatte die Reagan-Regierung schon vor zwei Jahren für einen Teil der Bekleidungsindustrie das Verbot der Heimarbeit aufgehoben. In New York City ist diese Arbeit sowieso schon seit langem üblich. Tausende sind zu dieser Arbeit gezwungen. Für die Kapitalisten ist sie ein wichtiges Mittel, den Lohn in der Bekleidungsindustrie niedrig zu halten. In New York arbeiten 200 000 in dieser Industrie bei einem tariflich gesicherten Durchschnittslohn von 4,94 Dollar die Stunde. Die Datenverarbeitungsindustrie hat jetzt dieser Sorte Heimarbeit eine neue Art hinzugefügt. Die Kapitalisten lassen Invalide für Computerarbeit ausbilden. Dabei gelten diese Heimarbeiter als unabhängige Vertragsnehmer, so daß die Kapitalisten keine Versicherungsbeiträge oder andere tarifliche Sozialleistungen zahlen müssen. Invalide mit Arthritis (Gelenkentzündung) z.B. könnten zwar keine mechanischen Schreibmaschinen bedienen, aber die Kraft, die Schmerzen für die Bedienung elektronischer Maschinen auszuhalten, hätten ihre Heimarbeiter schon, so Datenverarbeitungskapitalisten in Minnesota.

Tagelöhner, Arbeitslager, Heimarbeit und „Schweißküchenarbeit“: Die Kapitalisten sorgen für die passende Arbeit und die passenden Löhne für die von ihnen ins Elend gedrückten Arbeitslosen. Sie weiten den Bereich der Elendsarbeit aus. Zwar hatten die USA schon in der Vergangenheit ständig eine Arbeitslosenrate von mindestens 4 bis 5%, beuteten die Kapitalisten ständig mehrere Hunderttausend, wenn nicht mehrere Millionen Lohnarbeiter in solchen „schmutzigen“ Arbeitsverhältnissen aus. Aber mit dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf inzwischen zwölf Mio. Arbeitslose, d.h. mit der Herausbildung einer fast dreimal so großen Schicht von Dauerarbeitslosen, von verletzten Lohnarbeitern, blü-



Am 27. Juni machten 700 Hafenarbeiter in dem Gebiet der San Francisco Bay für zehn Stunden den Ausladekai einer Firma dicht, deren Kapitalisten sich seit Monaten weigerten, Mitglieder der Gewerkschaft ILWU zu den tariflichen Lohnbedingungen zu beschäftigen.

Lebensbedingungen in Tagelöhnerlagern unter der Peitsche der Arbeitslosigkeit

Ein Unterausschuß des Repräsentantenhauses des US-Kongresses wird sich mit „angeblichen Mißbräuchen“ in den Arbeitslagern für Tagelöhner in den Südstaaten der USA befassen und im Juli Anhörungen durchführen. In einer Artikelserie hatte ein Reporter der Tageszeitung „The Wall Street Journal“ die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Lagern enthüllt, in die verzweifelte Arbeitslose aus dem Norden strömen.

Offiziell heißen diese Einrichtungen nicht Arbeitslager. Sie tragen klingende, oft von kirchlichen Gründern ausgekochte Namen. Gestützt wird der Ruf der privaten Besitzer als Wohltäter vom Klüngel ihrer Gönner, zumeist Richter, Sheriff, Geistlicher am Ort. Einer von ihnen kann außer seinem Porträt mit der Unterschrift „Der beste Freund des Arbeitsmannes“ eine Widmung des Gouverneurs von Louisiana vorweisen „Für Bill Ferguson, der manchem geholfen hat“. In „Bills Hilfs- und Beratungszentrum für Alkoholiker“ erhielt ein Arbeiter, der dreieinhalb Wochen ununterbrochen als Koch auf einer Bohrinsel gearbeitet hatte, nur ganze 44 Dollar seines Lohnes von 1200 Dollar ausbezahlt. Er beschwerte sich und erhielt den Rat, zu machen, daß er aus der Stadt komme.

Die Hoffnung, über das Arbeitslager einen Ausbeuter für längere Zeit zu finden, wird vereitelt durch Klauseln in den Verträgen. Entweder ist selbständige Arbeitsaufnahme sowieso verboten, oder die Kapitalisten werden durch Ablösesummen von der Einstellung solcher Arbeiter abgeschreckt. Die Firma „Qualitätszeitarbeit“ in Houston verlangt z.B. fast 700 Dollar.

Die Arbeiter sind den Betreibern der Lager ausgeliefert. Üblich ist, daß diese die Schecks für die Lohngehälter einlösen und davon abziehen, was ihnen außer Kosten für Unterbringung und Verpflegung sonst noch einfällt. Im Lager „Roustabouts Inc.“ in Louisiana geht der Lohn für 27 Wochenstunden Arbeit für Kost und Logis drauf. Mehr Arbeit ist nicht zu haben. Die Arbeiter verschulden sich durch zusätzliche Abzüge für die Zuteilung von Seife, Glas, Gabel, Arbeitshandschuhen u.dgl. Geld können sie gegen 50% Zinsen leihen. Im nahen Lager „St. Mary Beratung gegen Alkohol- und Drogenmißbrauch“ wird ein weiterer Teil vom Lohn abgezogen für die zwangsweise Verabreichung von Alkohol und Drogen. Die Firma „Jeder jederzeit“ zieht einen Dollar pro Tag für die Reinigung ihres Vermittlungsbüros ab. In „Roustabouts Inc.“ werden je vier Mann in Zellen in einem fensterlo-

sen Metallgebäude untergebracht. Nur einer davon hat den Schlüssel für die Stahltür der Zelle. Arbeitern, die nicht vermittelt werden, ist es untersagt, diese Räume zu verlassen.

Kein Einzelfall ist der Verwalter des Lagers St. Mary. Der ehemalige Sträfling Carli wurde geheuert, da er auch nicht davor zurückschreckt, mit dem Revolver für Ordnung zu sorgen. Der das Lager betreibende Kapitalist, Senator Guarisco in Morgan City, der seiner im Ölgeschäft sitzenden Sippschaft rechtlose Arbeitskräfte zutreibt, unternahm vor einigen Jahren den Vorstoß, alle, die in der Region Arbeit suchen, durch Fotos und Fingerabdrücke zu er-



Schmutzige und gefährliche Arbeiten ohne Versicherungsschutz

hen auch diese „schmutzigen“ Arbeitsverhältnisse wie nie zuvor in den letzten fünfzig Jahren. Entsprechend wächst auch der Druck der Kapitalisten in der großen Industrie auf die dortigen, tariflich gesicherten und gewerkschaftlich organisierten Belegschaften. Denn: Jedem entlassenen Arbeiter aus diesen großen Belegschaften droht heute nach ein, zwei Jahren Arbeitslosigkeit das gleiche Schicksal. Und die Zahl der Stahlarbeiter oder Automobilarbeiter, die so ein, zwei Jahre nach ihrer Entlassung buchstäblich vor dem Nichts stehen, steigt.

So versuchen derzeit General Motors und Ford den schon im letzten Jahr gekürzten Lohnstandard weiter einzureißen. GM hatte im letzten Jahr in Fremont, Kalifornien, das dortige Werk mit 5000 Beschäftigten stillgelegt. In den vorhergehenden Jahren hatten die Automobilkapitalisten ein Werk nach dem anderen an der kalifornischen Küste stillgelegt. Fremont war das letzte existierende. Die Neueröffnung des Werks soll im nächsten Jahr zusammen mit Toyota erfolgen. Bedingung: Die Automobilarbeitergewerkschaft UAW muß einem neuen

Vertrag zustimmen, mit dem die geltenden Rechte und Tarife der Arbeiter beseitigt werden. Ford droht mit der Stilllegung seines Stahlwerkes in Dearborn, Michigan. Hier hatten die Automobilkapitalisten schon Zehntausende von Arbeitern auf die Straße gesetzt. Die Arbeiter könnten die Stilllegung abwenden, wenn die UAW einer Senkung der Löhne und Sozialbeiträge um sechs Dollar die Stunde zustimmt. Damit hätten die Ford-Kapitalisten den Lohn in einem ihrer Werke deutlich unter das Niveau der anderen Ford-Betriebe gedrückt und zugleich unter das der Arbeiter in anderen Stahlbetrieben. Die Ford-Stahlarbeiter hatten schon 1981 eine Halbierung ihrer Prämien hinnehmen müssen. Sie und auch die Arbeiter des GM-Werkes in Fremont haben die Forderungen der Kapitalisten zurückgewiesen.

Dennoch: In weiten Teilen der USA können die Gewerkschaften, die den Schwerpunkt ihrer Arbeit nicht auf die Organisation der Niedriglöhner gelegt haben, den Angriffen der Kapitalisten auf die Löhne nicht wirksam entgegenreten. Sowieso haben nur 30% aller Beschäftigten überhaupt tariflich gesi-

cherte Löhne. Große Konzerne wie z.B. IBM und Dupont haben bis heute die Vertretung der Belegschaften durch die Gewerkschaften verhindern können. Im Mai mußte der Gewerkschaftsbund AFL-CIO bekanntgeben, daß die Gewerkschaften bereits 1982 für 4% der von neu abgeschlossenen Tarifverträgen erfaßten Lohnarbeiter keine Tarifierhöhung für das erste Tarifvertragsjahr durchsetzen konnten. In den ersten drei Monaten dieses Jahres nun konnten die Gewerkschaften bei Lohnabschlüssen im Durchschnitt noch nicht einmal nominelle Tarifloohnerhöhungen durchsetzen. Für die Hälfte der von den Verträgen erfaßten 546 000 Lohnarbeiter konnten die Kapitalisten die Löhne in den neuen Verträgen sogar nominell senken, bei einer Inflationsrate von zur Zeit 4%. Noch nie seit 1968 konnten die Kapitalisten den Gewerkschaften solche Tarifabschlüsse aufzwingen.

Gedeiht der Aufschwung also prächtig für die Kapitalisten? Ganz so ist es nicht. Die Zahl der Streiks gegen die Forderungen der Kapitalisten nach Lohnsenkungen ist nicht groß, aber ihre Zahl hat zugenommen. Seit Juni ha-

fassen. Das Verfahren fand die Billigung der ansässigen Bourgeoisie. Zu Fall gebracht wurde es erst durch die Intervention der Union für Bürgerrechte mit der Begründung, es sei nicht verfassungsgemäß.

Die jetzt angesetzte Untersuchung ist jedoch nicht nur ausgelöst durch die Lage der Arbeiter, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen ähnlich sind wie in Europa, bevor die organisierte Arbeiterbewegung dem Ausbeutungshunger der Kapitalisten Schranken setzte. Vielmehr ist als Ergebnis zu befürchten eine staatliche gesetzmäßige Regelung, die die Möglichkeit zum Betreiben solcher Lager unter Regierungskontrolle fest schreibt. Der Staat selber hat lebhaftes Interesse daran, die Steuern und Sozialabgaben, die ihm bisher entgehen, zu kassieren. Zwar sind in den meisten Fällen die Arbeiter überhaupt nicht versichert, jedoch haben einige Lagerleiter, die solche Abgaben zwar den Arbeitern abnehmen, sie jedoch nicht an die Staatskasse weiterleiten, die zuständigen Behörden in Erregung versetzt. Der Druck der Kapitalisten, die bisher nicht in den Genuß kommen, Arbeitskräfte aus den in den Lagern bereitgehaltenen Pools auszubeuten, auf die Regierung zur Wiederherstellung gleicher Konkurrenzbedingungen für alle Kapitalisten wächst mit dem Umfang und der Zahl dieser Lager.

Quellenhinweis: The Wall Street Journal, 22.6., 28.6., 4.7. 1983

ben etwa ein Dutzend größerer Belegschaften Streiks begonnen, gegenüber nur 19 zwischen Januar und Mai 1983. Im Lebensmitteleinzelhandel führten in den letzten Wochen drei Belegschaften Streiks durch, in dem Zeitraum zwischen April 1982 und April 1983 meldeten die Kapitalisten in diesem Bereich keinerlei größere Streiks. Diese Streiks werden hartnäckiger, länger und verbissener geführt. So streikten in Cleveland, Tennessee, ab Ende Januar für mehrere Monate 900 Beschäftigte eines Kühlturmkonzerns gegen Lohnkürzungen. Ende Juni begannen die 1400 Arbeiter von 15 Sägemühlen der Louisiana Pacific Mills den Streik gegen Lohnkürzungen zwischen 8 und 10%. Die Arbeitslosigkeit in dieser Region beträgt 30%. Ob die Bewegung, die hinter diesen Streiks steht, in den nächsten Monaten die Lohneinbrüche stoppen kann, ist noch offen. Immerhin: Die bereits im letzten Jahr geplante Außerkraftsetzung des gesetzlichen Mindestlohns durch die Regierung ist zunächst gescheitert. Diese Schranke, so niedrig sie ist, ist noch in Kraft.

Quellenhinweis: AFL-CIO News 7.5., 14.5. 1983; Monthly Labor Review April 1983; Wall Street Journal 9.6., 23.6.

Gesetzliche Angriffe Reagans auf Rechte der Arbeiter – Streikbruch abgesichert

Anfang Juli bestätigte ein US-Berufungsgericht eine gesetzliche Lohnsenkung der Bauarbeiterlöhne. Die Reagan-Regierung hatte die Kürzung 1981 verhängt, der Gewerkschaftsbund AFL-CIO und die Bauarbeitergewerkschaft hatten dagegen geklagt. Bisher waren die Baukapitalisten nach einem Gesetz von 1931 (Davis-Bacon-Act) verpflichtet, den Bauarbeitern, die sie auf vom Bund finanzierten Baustellen beschäftigen, einen „vorherrschenden“ Lohn zu zahlen. Damit war gesichert, daß die Kapitalisten die Bauarbeiterlöhne nicht unter die in einem bestimmten Gebiet geltenden Löhne drückten. Außerdem bot diese Bestimmung einen Schutz dagegen, daß die Baukapitalisten für große Bauarbeiten Zwangsverpflichtete nicht unter diesem „vorherrschenden“ Lohn bezahlten.

Jetzt hat die Regierung die Berechnung dieses „vorherrschenden“ Lohns geändert und hat damit den Baukapitalisten pro Jahr 600 Mio. Dollar Lohn Gelder einsacken helfen. Für Bauhelfer weitete die Regierung die Arbeitsfelder aus. Die Kapitalisten können dadurch die angelernten Kräfte jetzt bei Arbeiten einsetzen, für die sie zuvor Facharbeiterlohn zahlen mußten. Einsparung für die Kapitalisten: jährlich 365 Mio. Dollar.

Ein Gesetz zur Unterdrückung wirksamer Streikkämpfe hat die Reagan-Regierung schon kurz nach Amtsübernahme eingebracht. Der Senat hat im Rahmen der Justizreform eine Verschärfung des Gesetzes gegen Erpressung vorgelegt. Die Änderung unterwirft Streikkämpfe jetzt dem Bundesrecht. Streiks können danach als „Erpressung“ gegen die Ka-

pitalisten gefaßt werden. Ein Streikender, der Streikbrechern, wenn sie gegen Streikpostenkettten vorgehen, mit Schlägen droht, kann nach dieser Gesetzesvorlage unter Bundesrecht mit bis zu 20 Jahren Gefängnis bestraft werden. Die Provokateure der Firmenleitungen würden weiter der bisherigen einzelstaatlichen und lokalen Rechtsprechung unterliegen.

Der AFL-CIO hat sich auf seinem letzten Bundeskongreß 1981 scharf gegen diese geplante Gesetzesänderung ausgesprochen. Reagan erklärte, daß er auch in dem letzten Jahr neu gewählten Kongreß diese Gesetzesänderung durchsetzen will.

Im Arbeitsministerium hat die Reagan-Regierung Vorstandsmitglieder der anti-gewerkschaftlichen „Recht-auf-Arbeit“ Vereinigung zu führenden Direktoren gemacht. In den nationalen Ausschuß für Arbeitsbeziehungen (NRLB) hat Reagan führende Leute aus dieser antigewerkschaftlichen Vereinigung eingesetzt. Die Beschlüsse dieses Ausschusses sind rechtsverbindlich. Reagans Mannen haben für entsprechende Beschlüsse gegen die Arbeit der Gewerkschaften gesorgt. Der Ausschuß beschloß, falsche Behauptungen von Firmenleitungen, mit denen diese verhindern wollen, daß eine Belegschaft eine Gewerkschaft zu ihrer Vertretung wählt, sind kein Grund mehr dafür, daß eine Wahl ungültig ist. Firmen, die ein Rechtsanwaltsbüro unter Vertrag genommen haben, um die Gewerkschaft mit Klagen zu überziehen, brauchen nicht mehr wie bisher diesen Vertrag der Gewerkschaft bekanntzugeben.

Quellenhinweis: Business and Society Review, Nr. 45/1983; Wall Street Journal 7.7.1983



Mai 1983: Ein örtlicher Vorsitzender der Fluglotsengewerkschaft Patco, gerade zu drei Monaten Haft verurteilt, vor dem Gerichtsgebäude

Kriegsrichter im Kampfanzug

Nachdem seit 1962 etwa 900 Richter, Staatsanwälte und Justizbeamte in vom Bundesjustizministerium finanzierten Seminaren die Kriegsgerichtsbarkeit erproben, ohne daß je im Bundestag eine entsprechende gesetzliche Grundlage verabschiedet worden wäre, hat jetzt der Amtsrichter Vultejus, Mitglied des Bundesvorstandes der Fachgruppe Richter und Staatsanwälte der ÖTV, weitere Einzelheiten über das geplante Wehrstrafrecht in einem Interview (UZ vom 7.7.) enthüllt: „Die Angeklagten werden nur eine Tatsacheninstanz haben ... Zweitens ist eine ordnungsgemäße Verteidigung nicht gewährleistet. Die Ladungsfrist kann auch in Fällen, die mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedroht sind, auf zwölf Stunden verkürzt werden ... Weitgehend abgeschafft ist das Legalitäts-

prinzip. Auch schwerste Straftaten — Lidice, Oradour? — brauchen nicht verfolgt zu werden ... Das Jugendstrafrecht ist abgeschafft ... Fünftens schließlich werden wir an das berüchtigte Strafbataillon 999 erinnert, denn die Strafen sollen in Bewährungseinheiten vollstreckt werden ... Nach unseren geschichtlichen Erfahrungen muß ich die Nähe einer Vollstreckung in Bewährungseinheiten zur Todesstrafe nicht eigens hervorheben.“ Auch die künftigen Einsatzgebiete der derzeit noch übenden Kriegsrichter und -staatsanwälte sind in den Planungen von Justiz- und Verteidigungsministerium berücksichtigt: So enthält die Liste der für die Wehrstrafergerichte vorgesehenen Bücher Lexika der russischen, polnischen und tschechischen Sprache. Auf unsere Anfrage, ob er diese Mitteilun-

gen bestätigen könne, teilte ein Pressesprecher des Justizministeriums bestätigend mit: „Es gibt ja noch keinen offiziellen Gesetzentwurf. Und wenn der (gemeint ist Richter Vultejus, d. Verf.) sich bezieht auf irgendwelche Überlegungen, die es natürlich gegeben hat, kann ich Ihnen jetzt nicht bestätigen, ob das nun die einzig richtigen und die einzig gültigen Überlegungen waren, denn wir sind ja über das Stadium der Überlegungen gar nicht hinausgekommen. Im Moment ruhen auch die Vorarbeiten, weil noch mit dem Verteidigungsministerium überhaupt das weitere Vorgehen abgestimmt werden muß.“ Wann das Stadium der Ausführung dieser Gesetze eintreten soll, hat Richter Vultejus bereits mitgeteilt: Er erwartet, daß die Regierung ihre Gesetze „erst durch den gemeinsamen Ausschuß“, das sogenannte Notparlament, verabschieden lassen will“.

Krefelder „Beweisnot“: Massenverhaftungen

Die zum Zweck der Vorbereitung weiterer Verschärfungen des Demonstrationsrechts von der CDU am 6. Juli im nordrhein-westfälischen Landtag hochgeputschte Debatte um die sogenannten „Krefelder Krawalle“ vom 25. Juni hat schon ihr Echo. Am 8. Juli ist eine 25-jährige Teilnehmerin der Demonstration in Krefeld verhaftet worden und sitzt seitdem als siebte Verhaftete in Untersuchungshaft. Am 10. Juli hat die Wuppertaler Polizei die Debatte mit der Massenverhaftung von 104 Teilnehmern einer Veranstaltung handgreiflich fortgesetzt. Nach Ansicht der Polizei diene die Veranstaltung von Autonomen der „Nachbereitung“ der „Krefelder Krawalle“ und der „Vorbereitung weiterer strafbarer Handlungen“. Der Polizeiüberfall auf das Kommunikationszentrum „Die Börse“ erfolgte ohne Haussuchungsbefehl. Polizeipräsident Köhler begründete dies mit „Gefahr im Verzuge“. Befriedigt äußerte er sich über das Ergebnis, „Beweismaterial“ für die Massenverhaftungen in Krefeld bekommen zu haben. Damit ist offensichtlich gemeint, daß einige der Teilnehmer der Veranstaltung auf Filmen der Polizei aus Krefeld wiedererkannt

wurden. 118 Strafermittlungsverfahren sind über die Krefelder Ereignisse eingeleitet worden. Davon haben selbst nach Angaben der Polizei „nur“ 39 Verfahren „Aussicht auf Erfolg“. Bei den restlichen Verfahren besteht „Beweismangel“. Der politische Spielraum zum Angriff auf das Demonstrationsrecht, den die CDU von Teilen der sogenannten Friedensbewegung durch die „gewaltfreie“ Distanzierung erhalten hat, droht so zu verpuffen. Gegen die 104 in Wuppertal Verhafteten wurde bisher kein Haftbefehl erlassen. Sie wurden nach erkennungsdienstlicher Behandlung am nächsten Morgen freigelassen. Köhler deutete in seiner Erklärung noch an, daß zahlreiche Festgenommene bei dieser erkennungsdienstlichen Behandlung gleich noch verprügelt worden sind.

„Rückkehrprämie“: Türkischer Protest

Nach Besuchen Blüms in der jugoslawischen und türkischen Hauptstadt protestierte jetzt der Ministerpräsident der türkischen Militärjunta Ulusu scharf gegen die mitgeteilte „Rückkehrförderung“ für ausländische Arbeiter. Er warf der BRD vor, sie „exportiere Arbeitslosigkeit“, die beschlossenen Fördermaßnahmen seien „ungerecht und

zum Nachteil unserer Arbeiter“. Tatsächlich würde diese von den BRD-Monopolen ausgelagerte Arbeitskraft statt der türkischen Bourgeoisie Devisen einzubringen, entweder das Heer der Arbeitslosen in der Türkei vergrößern oder auf Invalidenhilfe angewiesen sein. Zwangsläufig würde diese Entwicklung die Schwierigkeiten der Militärherrschaft vergrößern. In den Verhandlungen mit Blüm verlangten die Vertreter der Junta erstens eine Verdoppelung der Prämien auf 21000 DM, sodann die Ausweitung der Anspruchsberechtigung auf alle von Arbeitslosigkeit betroffenen türkischen Arbeiter in der BRD. Diese Forderungen lehnte Blüm rundweg ab. Für die Übertragung der Rentenversicherungsanwartschaften, die seit Jahren von der Türkei gefordert wird, sagte er eine „Überprüfung“ zu. Mit geringen Beträgen können gegenwärtig rückwandernde bzw. abgeschobene Türken für ihre Rentenanwartschaften abgefunden werden. Die zugesagte „Überprüfung“ wird diesem schon laufenden Geschäft der BRD-Imperialisten keinen Abbruch tun. Denn mit dem schon vorgelegten Gesetzentwurf soll vorübergehend die zweijährige Wartezeit für die Auszahlung der Versicherungsansprüche an türkische Arbeiter aufgehoben werden.

„... größte Friedensbewegung unserer Zeit“

Diesen Titel gab Bundespräsident Carstens auf der Abschlußfeier des Deutschen Turnfestes 1983 in Frankfurt der deutschen Turn- und Sportbewegung. Das fiel ihm umso leichter, da es den Veranstaltern gelungen war, wie die FAZ berichtet, zu verhindern, daß das Deutsche Turnfest als „politische Plattform“ mißbraucht wurde: „Aufgesetzte Versuche, etwa über die Raketen zu reden, blieben eben nur aufgesetzte Versuche.“ Der Bundespräsident war zufrieden. Den Veranstaltern glückte erstmals auf dem alle fünf Jahre durchgeführten Spektakel, die alten Traditionen des Deutschen Turnfestes mit Formen zu verbinden, welche die Jugend ansprechen. Steffen Haffner, Kommentator in der FAZ: „Dabei wurde endgültig klar, daß die Zöpfe abgeschnitten sind, und die Turner sich im modernen Styling zeigen. Jahns altes Lied erklingt in neuem Sound.“ Der Text dieses alten Liedes ist „nationale Besinnung“ und die „Hoffnung auf eine neue nationale Gemeinschaft aller Deutschen“. In der Vorbereitung aller Kriege der deutschen Bourgeoisie hat das Deutsche Turnfest seine Rolle gespielt. Bismarck gelang es, vor dem Krieg 1870/71 die nationalen Sehnsüchte der bürgerlichen Turnvereine auszunutzen. General Dieffenbach erklärte im 1. Weltkrieg: „Die wunderbare Widerstandskraft und Leistungsfähigkeit unserer herrlichen Truppen verdanken wir zum größten Teil der körperlichen und moralischen Durcbildung in den Turnvereinen.“ Hindenburg forderte auf dem Deutschen Turnfest 1928 „Die Notwendigkeit der Befreiung aller Deutschen, die noch nicht im Mutterlande sind“. Das Mittel, die Turn- und Sportvereine für die Ziele der deutschen Bourgeoisie einzusetzen, war immer die Idee der Volksgemeinschaft. Carstens: „Gemeinsinn ist gefordert, Mitmachen erwünscht, Teilnahme gleich Teilhabe, so präsentiert sich ein Volkssport mit Leib und Seele.“ Volksgemeinschaft zum Zwecke der „Verteidigung des Friedens in Freiheit“ ist den Teilnehmern des Sportfestes vom Bundespräsidenten als „politische Plattform“ aufgenötigt worden. Die Sportler konnten sich auf dem Fest dagegen nicht wehren. Ob sie damit einverstanden sind, wird die Zukunft zeigen.

Kampagne für 35-Stunden-Woche eröffnet – Begründung schräg

Mit der Juli-Ausgabe des „Gewerkschafter“ hat die IG Metall die öffentliche Kampagne für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche im nächsten Jahr eröffnet. Gesamtmetall hat im „Handelsblatt“ mit einer Gegenkampagne begonnen.

Die Arbeiterbewegung hat guten Grund, die Verkürzung der Arbeitszeit zu verlangen. Eine ausreichende Reproduktion der Arbeitskraft, so daß man unter normalen Umständen gesund das Rentenalter erreicht, ist heute nahezu unmöglich geworden. Die Kapitalisten haben in den vergangenen Jahren mit wachsendem Tempo die Arbeit verdichtet. Sie vernutzen heute pro Arbeitstag mehr Arbeitskraft, als auf Dauer wiederhergestellt werden kann. Sie treiben Raubbau an der Arbeitskraft, verstärkt durch die Senkung des Reallohns seit drei Jahren. Eine Kampagne gegen die Intensivierung der Arbeit würde allerhand Stoff für

stenz durch eigene Arbeit sichern müssen, haben das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Kürzere Arbeitszeit macht die wachsende Arbeitsbelastung ein wenig wett. 3. Leben und Gesellschaft gestalten. Die Arbeitnehmer brauchen mehr Zeit für sich und ihre Familien, für ihre Hobbys und für die Politik. Sie sollen mitmachen können bei der Gestaltung dieser Gesellschaft: Zeit haben für das soziale, kulturelle und gesellschaftliche Leben. Mit Arbeitszeitverkürzung wird das leichter. Sie ebnet auch den Weg zu mehr Gleichheit von Frauen und Männern in dieser Gesellschaft. Partnerschaftliche Arbeitsteilung im Haushalt und bei der Kindererziehung wird leichter.“

In der Öffentlichkeit wird die Kampagne aber nur mit dem ersten Punkt, „Beschäftigungseffekt“, begründet und geführt. Dabei hat der Hauptvorstand der IGM das Material für eine wirkungsvolle Kampagne gegen die In-

tervention der Arbeit geführt werden? Weil der Hauptvorstand offensichtlich nach Wegen sucht, eine schroffe Gegenüberstellung von Arbeiterinteressen und Kapitalinteressen zu vermeiden und stattdessen mit einem angeblichen Interesse der ganzen Gesellschaft an Arbeitszeitverkürzung zu operieren. Wo doch die Kapitalisten auch den „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ beschwören. In Wirklichkeit haben die Kapitalisten auch in Krisenzeiten keinerlei Interesse an Verkürzung des Arbeitstags, an einem Normalarbeitstag ohne Überstunden, Nacht- und Schichtarbeit. Eine Arbeitszeitverkürzung mit einem Lohnausgleich (der an dem abgesenkten Lohnniveau gar nichts ändern würde) muß auf Kosten der Profite gehen. – Entsprechend läuft die Gegenkampagne von Gesamtmetall: Es komme nichts in Frage, was „Kosten belastet“ und die Gewinnerwartung schmälere. Neueinstellungen, wie sie die IGM erwarte, werde es nicht geben, eher werde das Gegenteil eintreten. Statt Arbeitszeitverkürzung „Arbeitszeitflexibilisierung“ mit Teilzeitarbeit, Arbeit auf Abruf usw.

Quellenhinweis: Der Gewerkschafter 7/83, Bundesweite Bestandsaufnahme der IGM gegen negative Folgen von Rationalisierung und technischem Wandel (Juni 1983), Handelsblatt vom 29.6. bis 8.7.

die arb
besser
verteile
35
stunden

35
Stundenwoch
ist das Ziel

Bemühungen um eine bessere Verteilung der Arbeit oder Kampf gegen die Intensivierung der Arbeit?

die Verkürzung der Arbeitszeit wie auch für die Lohnbewegung liefern.

Wie begründet nun der Hauptvorstand der IGM die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung? Er begründet sie zunächst dreifach: „1. Arbeitsplätze sichern und schaffen. Die Verkürzung der Arbeitszeit bekämpft die Arbeitslosigkeit. Sie sichert und schafft Arbeitsplätze. Sie führt zu einer gerechteren Verteilung der Arbeit. Unser Motto ist richtig: Statt Dauerarbeitslosigkeit für viele mehr Freizeit für alle! 2. Arbeit humanisieren. Der Streß muß weg. Die Arbeitskraft soll nicht verschlissen werden. Auch Menschen, die ihre Exi-

tensivierung in der Hand. Im Juni veröffentlichte seine Abteilung Automation/Technologie eine „Bundesweite Bestandsaufnahme gegen negative Folgen von Rationalisierung und technischem Wandel“, die auf Beschluß des letzten Gewerkschaftstags mittels Befragung von mehr als 1000 Betriebsräten gemacht worden ist. Eindeutiges Ergebnis: Ein Schub von Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit in den letzten Jahren, insbesondere 1982. Bei nahezu allen Belastungsfaktoren eine erhebliche Zunahme.

Warum soll die Kampagne nicht mit diesem Material und gegen die Intensi-

Dividenden

Aktienmärkte im Hoch, Rekord-Dividenden

„Kursfeuerwerk am Aktienmarkt“, „Historisches Hoch am Aktienmarkt“ – die Begeisterung der Bourgeoisprese über die Kursentwicklung am Aktienmarkt kannte letzte Woche schier keine Grenzen mehr. Die FAZ am 6.7.: „Der Kurswert der deutschen Aktien stieg allein in der ersten Jahreshälfte um 40 Milliarden DM und hat jetzt erstmalig 200 Milliarden DM erreicht (1974 = 100 Milliarden DM).“ Insbesondere die Automobilkonzerne, die Banken, aber auch Siemens, die VEBA und die IG-Farben-Nachfolger Bayer, BASF und Hoechst seien derzeit sehr gefragt.

Kein Wunder, melden diese Kapitalisten doch glänzende Geschäfte. Der Siemens-Konzern etwa gab letzte Woche einen Auftragsbestand von weltweit 63 Mrd. DM bekannt, darunter allein zwei neue Kernkraftwerksaufträge in der BRD. Das entspricht dem ein-einhalbfachen Jahresumsatz von Siemens. Mitte des Jahres erwarte man einen Bestand an „liquiden Mitteln“ von 14 Mrd. DM. Das macht auf jeden der 310000 Lohnabhängigen des Konzerns umgerechnet 45000 DM. Die BMW-Kapitalisten teilten auf ihrer

Aktionärsversammlung mit, sie hätten die gesamte für dieses Jahr geplante Produktion bereits verkauft. Die Daimler-Benz-Kapitalisten konterten mit der Feststellung, nun sei man der umsatzstärkste Automobilkonzern Europas und werde die größte Dividende aller westdeutschen Aktiengesellschaften ausschütten: 320 Millionen DM. Siemens, Daimler-Benz und VEBA zusammen gaben so in der gleichen Woche, in der Familienminister Geißler seine neuen Sozialhilfekürzungen ankündigte, Dividenden von zusammen 900 Millionen DM in diesem Jahr bekannt.

Dennoch: Mit einem „soliden Aufschwung“ auf breiter Front rechnet trotz dieser Dividendenankündigungen keiner der Kapitalisten. Eher mit glän-

zenden Geschäftsmöglichkeiten für einzelne Kapitalisten, etwa im Kraftwerksgeschäft, bei Rüstungsaufträgen, bei den Aufträgen der Bundespost oder im Geschäft mit Pkw's für die höheren bis höchsten Gehaltsklassen. Die Investitionsgüterkapitalisten dagegen melden weiterhin stagnierende bis rückläufige Aufträge. Immer noch drücken offenbar große Massen an überschüssigem Kapital auf ihr Geschäft und insbesondere auf ihren Profit. So sehr, daß selbst die neuerlichen Lohnsenkungen durch die Tarifabschlüsse dieses Jahres und die von der Bundesregierung beschlossenen neuerlichen Senkungen der Vermögenssteuer und anderer Steuern keinen „Kursaufschwung“ bei den Investitionsgüter-Aktien herbeigeführt haben.

Quellenhinweis: FAZ, Handelsblatt, 2.7. bis 9.7.83

Türkei

Die Militärjunta rührt eine nationalistische Parteiensuppe an

Am 24. August um 17 Uhr müssen die Parteien in der Türkei, die sich am 6. November zur Parlamentswahl stellen wollen, ihre Organisationen in 34 von 67 Provinzen des Landes etabliert haben, sonst können sie laut Wahlgesetz nicht kandidieren. Außer der Ablehnung etlicher Gründungsmitglieder von verschiedenen Parteien, die sich konstituiert haben, hat die Militärjunta auch die „Große-Türkei-Partei“, die unter dem Vorsitz von Süleyman Demirel, Regierungschef vor der Machtergreifung der Militärjunta in der Türkei, kandidieren wollte, Ende Mai verboten. Professor Erdal İnönü, der die „Partei der sozialen Demokratie“ (SODEP) gegründet hat, wurde die politische Betätigung für diese Partei verboten. Der SODEP unter Führung von İnönü, Sohn des früheren Regierungschefs İsmet İnönü, waren von der türkischen Presse große Erfolgchancen bei den Wahlen eingeräumt worden, ebenso wie der „Großen-Türkei-Partei“ unter Demirel.

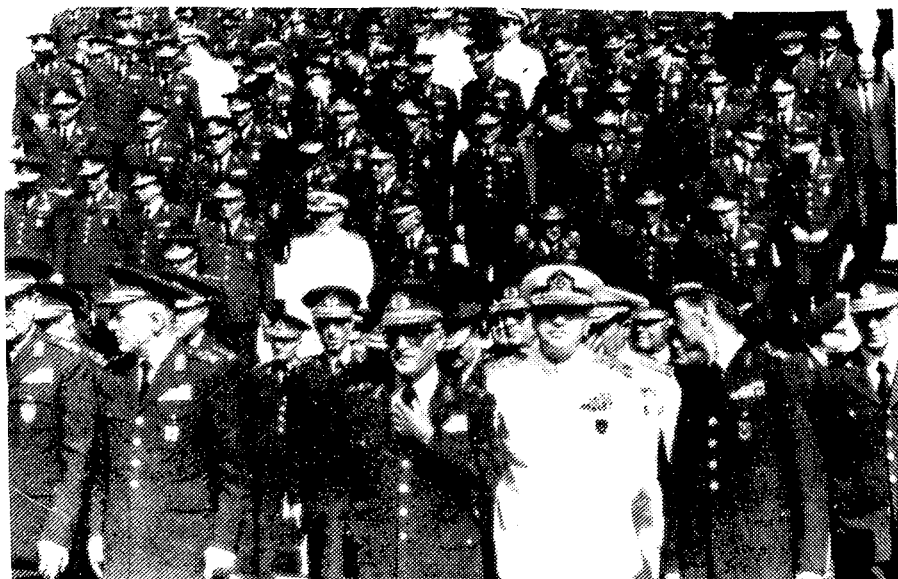
Insgesamt sollen sich inzwischen elf Parteien gebildet haben, die meisten davon rechtsgerichtet. Die größten dieser Parteien sind: Die „Partei der Nationalistischen Demokratie“ unter der Führung des Ex-Generals Sunalp. Er war besonders während der militärischen Auseinandersetzungen um Zypern zwischen 1964-67 aktiv und gründete nach dem Einmarsch der türkischen Armee in Zypern die Armee der Ägäis, die 4. Armee. Das Parteiprogramm enthält als Programmpunkt, daß die Partei eine große und starke Türkei anstrebe. Der Nationalismus als hervorgehobenes Ziel wird folgender-

maßen beschrieben: „Nationalismus ist nicht zerstörerisch, sondern zusammenfügend. Eine Kultur, die alle Bürger vereint, ist nationalistisch ...“ Im Wirtschaftsprogramm wird dem privaten Sektor der Industrie der Vorrang eingeräumt, der Staat habe nur infrastrukturelle Maßnahmen zu ergreifen und sich in weitere Bereiche nicht einzumischen. Unter Führung des ehemaligen Wirtschaftsministers Turgut Özal hat sich die „Partei des Vaterlandes“ (ANA-P) gegründet. Özal war Ingenieur für Elektrotechnik und hatte den Vorsitz des Verbandes der Metallarbeitgeber. Er war maßgeblich an der Aufstellung und Durchführung des IWF-Programms für die Türkei betei-

ligt. Seine Partei hat sich die „freie Marktwirtschaft“ zum Ziel gemacht, die Auflösung der Staatsbetriebe („sie müssen der Nation übergeben werden“) und die Trennung von Staat und Religion, wobei dies aber „kein Hindernis zum Schutz der ideellen Werte sowie der Freiheiten der Religion und des Glaubens“ ist.

Unter der Gruppe der sogenannten linken Parteien sind besonders aufzuzählen: Die „Populistische Partei“ (HP) unter Necdet Calp, der Staatssekretär im Ministerpräsidium der Militärjunta war. Diese Partei verpflichtet sich der „freiheitlichen, parlamentarischen Demokratie“, tritt für die Republik und den Nationalismus ein und will die Monopole in der Privatwirtschaft verhindern. Die schon oben genannte SODEP, die sozialdemokratische Partei, hat ihr Parteiprogramm noch nicht veröffentlicht.

Juntachef Evren erklärte öffentlich, daß das Vorgehen des Nationalen Sicherheitsrates, Gründungsmitglieder der Parteien abzulehnen und Parteien zu verbieten, nicht demokratisch sei, aber für eine Übergangsperiode sei es nötig, undemokratisch zu verfahren. Als Grund für das Parteienverbot erklärte die Militärjunta in ihrem Dekret, daß die Partei Demirels mit ihrem Verhalten das Land wieder in Lager spalten wollte. Seine eigenen Ziele drückte Juntachef Evren in einer Rede am 15.5.83 folgendermaßen aus: „Wenn wir unsere Geschichte gut untersuchen, so stellen wir fest, daß immer dann, wenn die Türkei schwach war, die fremden Mächte sie für ihre Interessen ausgenutzt haben. Dann begann sogleich das Spiel in der Türkei. Aber wie jedes Mal hat die türkische Nation mit ihrer Einheit und Gemeinsamkeit, mit ihrem Fleiß und der Unterstützung, die sie der Regierung gegeben hat, diese Hindernisse zu einem



Pressefoto der Junta anlässlich des Militärputsches am 12. September 1980 in der Türkei

großen Teil überwunden. Die türkische Nation bestand schon, bevor sie an der EWG teilnahm und wird auch weiterbestehen, ob die EG nun existiert oder nicht ...“ Deutlich wird in diesem Teil der Rede, daß die Militärjunta eine nationalistische Bewegung unter Staatskontrolle aufbauen will, deren Nutznießer ohne Zweifel die türkische Bourgeoisie sein wird. Nicht umsonst wird von der türkischen Presse vermutet, daß die Partei der „Nationalistischen Demokratie“ unter Sunalp die neue Regierungspartei sein wird. Und nicht umsonst ließ das Militärgericht von Ankara ein Verfahren gegen den Vorsitzenden der faschistischen Idealistenvereine am 9.6.83 verjähren. Die Idealistenvereine sind Organisationen, die für ein Großtürkisches Reich kämpfen, in dem alle Turk-Völker vereint sind.

Vor dem Militärputsch 1980 hatte die Regierung Demirel zusammen mit den Banden der faschistischen MHP versucht, die Volksbewegung zu zerschlagen, war aber nicht in der Lage gewesen, ihrer Herr zu werden. Die Militärjunta will nun eine Lage schaffen, wo der Nationalismus und der legale Staatsterror das Land regieren, auch ohne Militärregierung und durch Wahlen abgesegnet. Der Einfall der türkischen Armee in den Irak hatte zum Ziel, einmal die Kurden, die für einen eigenen Staat kämpfen, zu vernichten. Der faschistische MHP-Ideologe Atsız drückte es vor einigen Jahren so aus: „Wenn ihr Kurden weiter eure primitive Sprache spricht ... werdet ihr von den Türken ausgerottet, wie man schon die Georgier, die Armenier und die Griechen bis auf die Wurzeln ausgerottet hat.“ Zum anderen wollte die türkische Militärjunta beweisen, daß sie in der Lage ist, den Ordnungshüter der Region zu spielen.

Die westlichen Imperialisten haben sich die chauvinistischen Ideen der Militärjunta längst zunutze gemacht. Was die bürgerlichen Politiker in der BRD immer mit „ein anderes Staats-, Kultur- und Politikverständnis“ umschreiben, ist nichts anderes als die Nutzbarmachung des türkischen Chauvinismus für ihre Pläne im Nahen Osten und auch gegenüber den Völkern der Sowjetunion. Unter dem Schlagwort „Bindeglied zur Islamischen Welt“ hatte Bundesaußenminister Genscher im letzten Herbst für die Billigung der Türkeihilfe im Parlament geworben. Die USA haben inzwischen den Flughafen ausbau von zehn Flughäfen in Türkei-Kurdistan begonnen, von denen auch die Schnelle Eingreiftruppe im Nahen Osten operieren kann.

Egal welche Partei sich tatsächlich an den Parlamentswahlen beteiligen wird und welche dann auch tatsächlich gewählt wird, die Militärjunta hat bereits sichergestellt, daß die Parteien

sich nicht gegen die Militärs und ihre Ziele stellen können. Es ist ihnen per Verordnung schon jetzt verboten, auch nach den Parlamentswahlen sich gegen den Putsch vom 12.9.80 zu wenden, Beschlüsse, Maßnahmen und Gesetze des Nationalen Sicherheitsrates oder Äußerungen des Staatspräsidenten, der auch zukünftig General Evren sein wird, zu kritisieren.

Quellenhinweise: Jürgen Roth/Kamail Taylan, Die Türkische Republik unter Wölfen; Türkeiinfodienste Nr. 57, 58, 59/83; FAZ vom 20. und 21.6.83

NS-Verbrechen Anklageerhebung gegen Thälmanns Mörder

Am 24.8. 1983 beschloß das Kölner Oberlandesgericht, die Staatsanwaltschaft zu verpflichten, Anklage wegen Beihilfe zum Mord an Ernst Thälmann, dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands, zu erheben. Die Anklageerhebung ist ausschließlich den jahrzehntelangen Kämpfen vor allem der Angehörigen Thälmanns zu verdanken. Im April 1962 hatte seine Frau Rosa Strafanzeige wegen Mordes gegen die früheren SS-Mitglieder Otto und Berger erstattet. Nach ihrem Tod im Herbst desselben Jahres wurde der juristische Kampf von ihrer Tochter Irma Gabel-Thälmann fortgesetzt. Mehrere Ermittlungsverfahren wurden eingestellt.

Zum erstenmal sah sich jetzt ein westdeutsches Gericht gezwungen, das Verbrechen an Thälmann überhaupt als Mord zu behandeln. In dem Einstellungsbescheid vom November 1974 war ausdrücklich die Tatsache des Mordes bestritten worden, der als „vorsätzlich, rechtswidrig, heimtückisch und aus niedrigen Beweggründen begangene Tötung eines Menschen“ definiert ist. Heimtücke sei ausgeschlossen, urteilte die Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen in Konzentrationslagern, da zugunsten der Beschuldigten anzunehmen sei, „daß Thälmann nicht arglos gewesen ist, als er nächstens in das Krematorium des KL Buchenwald gebracht worden war“. Diese perverse juristische Argumentation bedeutet: Ein Kommunist, der in völlig klarer Beurteilung der Todfeindschaft eines faschistischen Regimes gegen seine ganze Tätigkeit auch mit seiner Liquidierung rechnet, kann nie ermordet, sondern nur totgeschlagen werden.

Ernst Thälmann wurde am 3. März 1933 verhaftet aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4.2. 1933. 1935 wurde er wegen Vorberei-

tung zum Hochverrat angeklagt; die Hauptverhandlung wurde nie eröffnet. Am 11. August 1943 wurde er in das Zuchthaus Bautzen nach über zehnjähriger Haft gebracht. Ein Jahr später wurde er von Bautzen ins Konzentrationslager Buchenwald gebracht und dort in der Nacht vom 17. zum 18. August 1944 im Krematorium erschossen und verbrannt.

Von der SS-Mörderbande, die seinen Tod direkt zu verantworten hat, lebt heute noch ein einziger, der langjährige Lehrer an einem katholischen Mädchen-Gymnasium, Wolfgang Otto. Seine Strafverfolgung ist zwei Jahrzehnte unterbunden worden, seine Person von alten SS-Kameraden, z.B. dem NS-Richter Dr. Morgen, gedeckt worden durch die Behauptung, nur der ehemalige KZ-Kommandant Pister, zum Zeitpunkt der Aussage verstorben, und ein weiterer inzwischen toter SS-Führer seien bei der Hinrichtung zugegen gewesen. Damit wurden die Aussagen des einzigen Augenzeugen, des KZ-Häftlings Marian Zgoda, der bereits 1948 durch seine Aussagen Otto und andere als Täter belastete, als unglaubwürdig hingestellt.

Quellenhinweis: UZ vom 30.6. 1983

Hochschulen Hochschulrahmengesetz soll novelliert werden

Bundesbildungsministerin Wilms hat Vorkehrungen für die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) treffen lassen. Eine Expertenkommission, in der z.B. Studenten und Gewerkschaften nicht vertreten sind, hat dazu zunächst einen Fragebogen an Hochschulen, Institutionen und Vertreter der Kapitalisten verschickt, der klären soll, welche Änderungen gewünscht werden. Das HRG war erst 1976 verabschiedet worden und hatte eine Reihe einschneidender Veränderungen zur Folge: absolute Mehrheit der Professoren in allen Universitätsgremien, Möglichkeit der Abschaffung der Studentenvertretungen, Ordnungsrecht gegen die Studenten und Verschärfung der Prüfungsordnungen sowie eine Neuordnung der Personalstruktur.

Das HRG ist nicht direkt bindendes Gesetz, sondern stellt Forderungen an die Ländergesetzgebung, der die Regelung der Hochschulverfassung obliegt. Erst vor kurzem ist die Angleichung der Landesgesetze an das HRG von 1976 abgeschlossen worden. Bei einem so komplizierten Umsetzungsverfahren des Gesetzes ist klar, daß die Bundesregierung jetzt nicht nur kleine Korrekturen im Sinn hat.

Geplant sind in der Hauptsache die Beseitigung noch verbliebener Hinder-

nisse für direkte Einwirkung der Kapitalisten auf Forschung und Lehre. Im Gespräch ist auch die völlige Beseitigung noch verbliebener minimaler Vertretungsrechte der Studenten.

Vor allem geht es darum, die Verwendung sogenannter Drittmittel jeglicher Kontrolle zu entziehen. Dies sind Mittel, die außerhalb des regulären Haushaltes für die Forschung eingesetzt werden und oft direkt von Industrieunternehmen kommen.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) hat in einer Stellungnahme dazu erklärt: „... die (bisher) vorgesehene Verwaltung der Drittmittel durch die Hochschule ... kann dazu



VDS-Demonstration, 4.12. 1982 in Bonn

führen, daß der mit Drittmitteln forschende Wissenschaftler bei der Verfügung über die Mittel, sowie bei der Auswahl und Einstellung seiner Mitarbeiter eingeschränkt wird ... Dies gilt vor allem dann, wenn die in Rede stehenden Zuwendungen in den Landeshaushalt eingestellt werden ... eine solche Praxis muß in jedem Fall (zugunsten von Sonder- und Verwahrkonten) vermieden werden ... Es müssen Lösungen gefunden werden ..., die in jedem Fall einen Übergriff der Personalvertretung in die, auch verfassungsrechtlich geschützten, Belange von Forschung und Lehre ausschließen“.

In diesem Zusammenhang fordert die WRK auch Änderungen des Tarif- und Arbeitsrechtes, d.h. die in der Drittmittelforschung Beschäftigten sollen private Angestellte des Professors oder Drittmittelgebers werden, ohne Vertretung durch den Personalrat und ohne Tarifvertrag.

Das ganze soll abgerundet werden durch eine weitere Verschärfung der Konkurrenz im Beamtenapparat selbst (erneute Änderung der Personalstruktur) und durch den Ausbau der Mehrheit der Professoren zu einer $\frac{2}{3}$ -Mehrheit in allen Hochschulgremien.

Quellenhinweis: Beschluß des 38. WRK-Senats, Berlin, 31.5.83 zur HRC-Novellierung

Arbeitslosenversicherung

Das Arbeitslosengeld wird auf die Höhe des Sozialhilfesatzes gedrückt

Am 29.6.1983 hat die Bundesregierung die Haushaltsbegleitgesetze verabschiedet. Nur durch Kürzungen bei den Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit ließen sich die dringend notwendigen Arbeitsplätze schaffen, erläuterte Blüm die Beschlüsse zur „Arbeitsförderung“. Der Inhalt der Beschlüsse gibt genaueren Aufschluß darüber, wie das vonstatten gehen soll:

– Die Leistungssätze beim Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld und beim Schlechtwettergeld werden für Versicherte ohne Kinder ab 1984 um 5% auf 63% gesenkt. Weil bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes usw. auch bisher schon keine einzige tarifliche Sonderzahlung und auch keine Überstunden berücksichtigt werden, werden tatsächlich jetzt nur noch 57% des vorher erreichten Lohns gezahlt.

– Wer nach abgeschlossener Berufsausbildung arbeitslos wird, erhält nur noch 50% statt bisher 75% des erzielbaren Facharbeiterlohns.

– Der Leistungssatz bei der Arbeitslosenhilfe wird für Bezieher ohne Kinder um 2% von 58% auf 56% abgesenkt. Bezogen auf den letzten tatsächlichen Lohn werden also nur noch 52% gezahlt.

– Das Unterhaltsgeld für Umschüler wird für solche mit Kindern von 75% auf 70% und für alle übrigen von 68% auf 63% gesenkt. In gleichem Ausmaß wird das Übergangsgeld bei Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation gesenkt.

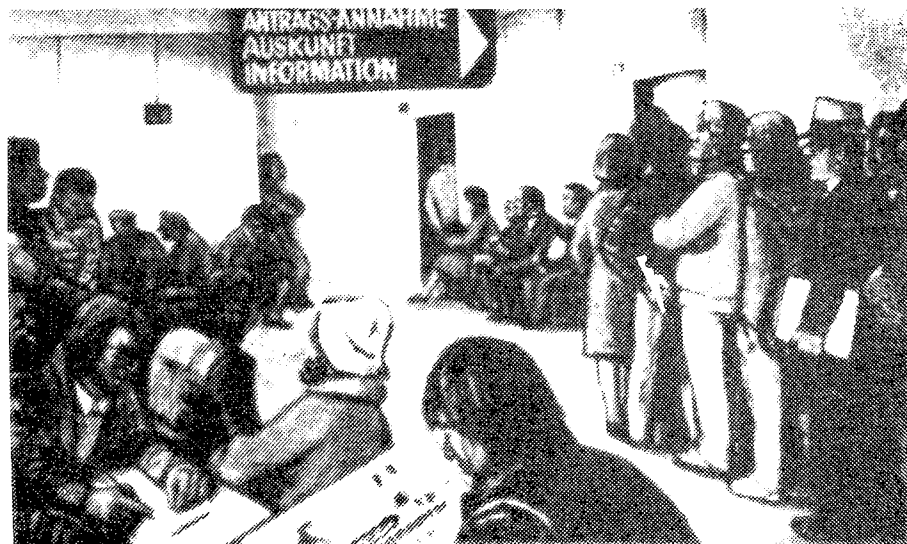
– Desweiteren werden der Einarbeitungszuschuß, das Darlehen bei

Weiterbildungsmaßnahmen und die „Mobilitätshilfen“ gesenkt.

– Die Beitragssätze sind indirekt noch einmal erhöht worden, indem Einmalzahlungen wie das Urlaubsgeld jetzt vollständig in die Beitragspflicht einbezogen werden und indem das Krankengeld beitragspflichtig wird.

Insgesamt will die Bundesregierung mit diesen Maßnahmen die Zahlungen an die Bundesanstalt für Arbeit bis 1987 um 10,76 Milliarden DM verringern. Gegenüber Radio Luxemburg gab Bundesarbeitsminister Blüm am 17.4.83 einen Hinweis, warum die Senkungen so breit gestreut und so unterschiedlich ausgefallen sind: „Ich will nur darauf hinweisen, daß die Sparmöglichkeiten nicht so groß sind, wie manche sich vorstellen. Heute muß ein Arbeitnehmer mit zwei Kindern und einer Miete von 450 Mark schon 2800 Mark verdienen, um nicht als Arbeitsloser ein Arbeitslosengeld zu erhalten, das unter dem Sozialhilfesatz liegt ... Sparen ist doch nicht, wenn die Bundesanstalt weniger Geld ausgibt und dafür die Sozialämter der Städte und Gemeinden mehr belastet werden.“ Mit anderen Worten: Da, wo noch ein Unterschied zwischen der Armenfürsorge und dem Versicherungsschutz bei Arbeitslosigkeit besteht, soll dieser beseitigt werden.

Die Bundesregierung legt Wert auf die Feststellung, daß Familien mit Kindern nicht von den Kürzungen betroffen seien und will das als weiteren Beweis für ihre Familienfreundlichkeit gezählt wissen. Aber viele Arbeitslose



„Arbeitsamt Düsseldorf, Heinrichstraße“. Eine Acrylmalerei von Erhard Heine, aus: arbeitslos, Zeitschrift der KPD

mit Familie sind schon durch die vorangegangenen Senkungen auf das Niveau des Sozialhilfegesetzes getrieben worden. Die Bundesregierung hat in ihr Wahlprogramm geschrieben, die Jugendarbeitslosigkeit zu vermindern. Die Senkung des Arbeitslosengeldes nach abgeschlossener Berufsausbildung um ein Drittel wird diese Jugendlichen schon zwingen, jede Hilfsarbeitertätigkeit anzunehmen.

Als unterste Grenze des Lebensniveaus ist der Sozialhilfessatz (für einen Alleinstehenden liegt er derzeit bei 345 DM zuzüglich Mietkosten) der Bundesregierung noch zu hoch: Bundesfa-

milienminister Geißler will am 13. Juli dem Kabinett weitere Verschlechterungen des Sozialhilfegesetzes zur Beschlußfassung vorlegen. Die Mietbeihilfen sollen begrenzt werden und vor der Gewährung von Sozialhilfe sollen zunächst Enkel und Großeltern zur Zahlung des Unterhalts verpflichtet werden.

Alle diese Maßnahmen dienen dazu, den Arbeitslosenversicherungsschutz soweit aufzuheben, daß die Herausbildung einer Armuts- und Elendsschicht unausweichlich ist. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten wird mit 2,5 Millionen angegeben, die Dauerarbeitslo-

sigkeit nimmt zu und daran wird sich in den nächsten Jahren nichts ändern. Ziel der Kapitalisten und der Bundesregierung ist, diese Lage zu nutzen, um das bestehende System von Tarifverträgen und Arbeitsschutzbestimmungen so Schritt für Schritt einzureißen. Immer mehr Kapitalisten bieten Arbeitsverträge an, welche die Tarifverträge umgehen, immer mehr Arbeiter sind durch das bei Arbeitslosigkeit drohende nackte Elend gezwungen, sich darauf einzulassen.

Das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit verhindert bisher, daß dafür ein offizieller Vermittlungsmarkt entsteht. Deshalb fordert die „Zeit“: „Das Monopol muß weg“, deshalb betont Strauß: „Das Monopol der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit ist überholt“. Bundesarbeitsminister Blum verhandelt augenblicklich mit Stingl, wie das Monopol soweit aufgeweicht werden kann, daß jeder Arbeitsplatz, der angeboten wird, auch besetzt wird.

Der DGB wendet sich strikt gegen diese Bestrebungen und „erinnert an die leidvollen Erfahrungen der Vergangenheit“. Bis 1927 wurde nämlich Arbeitsvermittlung erwerbsmäßig von privaten Arbeitsvermittlern betrieben. Das war ein wesentliches Mittel der Kapitalisten, Tarifverträge auszuschalten, den Lohn ins Bodenlose zu senken und eine ganze Schicht von Tagelöhnern zu erhalten.

Quellenhinweis: Sozialpolitische Informationen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, 30. Juni 1983; Sozialpolitik im Gespräch, Rundfunk-Interview, Dr. Norbert Blum, 17. April 1983, Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung; Nachrichtendienst des DGB Nr. 158/83 vom 30.5.83

Höhere Beiträge und Auflösung des Versicherungsschutzes

1975 Der Beitragssatz für die Arbeitslosenversicherung wird von 1,7% auf 2% heraufgesetzt.

1976 Der Beitragssatz wird auf 3% angehoben.

1978 Das 4. Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes tritt in Kraft. Es beinhaltet Kürzungen des Arbeitslosengeldes und Verschärfungen der Bezugsbedingungen: Für Arbeitslose, die direkt nach bestandener Berufsausbildung arbeitslos werden, gilt als Bemessungsgrundlage nicht mehr der Berufseingangstariflohn, sondern nur noch 75% desselben. Sperrzeiten wegen „unbegründeter Arbeitsaufgabe“ oder „Ablehnung einer zumutbaren Arbeit“ verkürzen künftig die Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld. Der Anspruch auf Arbeitslosenhilfe wird jeweils nach einem Jahr neu überprüft.

1979 Das Bundesverfassungsgericht bestätigt in einem Urteil, daß „sich ein regelmäßig erzieltetes Mehrarbeitsentgelt nur im Rahmen der tariflichen Arbeitszeit auf die Bemessung des Arbeitslosengeldes auswirkt.“

Mit dem 5. Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes wird die „Zumutbarkeit“ für die Aufnahme einer vermittelten Arbeit schärfer gefaßt: Zumutbar ist für einen arbeitslosen Angestellten eine neue Arbeit jetzt auch dann, wenn er dadurch den Angestelltenstatus verliert, zumutbar ist für einen Arbeitslosen eine neue Arbeit auch dann, wenn das einen Wechsel der Arbeitszeiten oder einen Wohnungswechsel notwendig macht.

1980 Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld usw. werden bei der Leistungsbemessung nur noch dann berücksichtigt, wenn der Versicherte sie auch bei einer vorzeitigen Beendigung des Ar-

beitsverhältnisses beanspruchen könnte.

1982 Das Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz tritt in Kraft. Die Mindestversicherungszeit für den Bezug von Arbeitslosengeld wird von sechs auf zwölf Monate erhöht. Die Sperrzeiten werden verdoppelt. Das Unterhaltsgeld für Teilnehmer an Umschulungen wird auf 68% gekürzt, für Fortbildungskurse ganz auf Kredit umgestellt. Tarifliches Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld usw. wird bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes überhaupt nicht mehr berücksichtigt. Der Beitragssatz für die Arbeitslosenversicherung wird auf 4% angehoben.

Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld und Schlechtwettergeld werden besteuert, indem sie beim Lohnsteuerjahresausgleich berücksichtigt werden.

Die Bundesanstalt für Arbeit beschließt eine neue Zumutbarkeitsanordnung: Die Arbeitslosen werden in fünf Qualifikationsstufen unterteilt. Nach vier Monaten Arbeitslosigkeit ist die Vermittlung in eine niedrigere Qualifikationsstufe zumutbar. Die untere Grenze des zumutbaren Lohns ist dann die Höhe des Arbeitslosengeldes, bei Beziehen von Arbeitslosenhilfe die Höhe der Arbeitslosenhilfe. Zweieinhalb Stunden Fahrtzeit zur Arbeit täglich sind zumutbar. Für arbeitslose Teilzeitarbeiter wird nach vier Monaten das Arbeitslosengeld gestrichen, wenn sie sich weigern, Vollzeitarbeitern wahrzunehmen.

1983 Der Beitragssatz wird auf 4,6% erhöht. Die Leistungsdauer des Arbeitslosengeldes wird stark eingeschränkt. Um z.B. sechs Monate Arbeitslosengeldanspruch zu erwerben, ist eine 18-monatige Beitragszahlung erforderlich, statt bisher zwölf.

Quellenhinweis: Zeitschrift für Sozialhilfe, Jahrg. 1977—1983

Beamtenbesoldung Nominelle Kürzungen bis zu 20 Prozent

Ein Grundsatzbeschluß der Bundesregierung zum Haushalt 1984 lautet, daß die Lohn- und Gehaltsanpassung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf den 1. April 1985 verschoben wird. Deshalb bewertet es der geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV in der Juli-Ausgabe des ötv-magazins als Erfolg, daß der abgeschlossene Tarifvertrag nicht entsprechend dem Grundsatzbeschluß der Bundesregierung über 24 Monate läuft, sondern für 18 Monate gilt und daß die jetzt gültige Erhöhung von 2,5% bereits im März 1984 um 0,5% aufgestockt wird. Doch diese positive Bewertung ist doppelt falsch. Erstens ist dieser Abschluß auf die Normallaufzeit von zwölf Monaten umgerechnet weniger als 1,8% wert und zweitens ist dieser Abschluß alles andere als dazu geeignet, die Zumutungen der Bundesregierung gegen-

über den verbeamteten Lohnabhängigen des öffentlichen Dienstes zurückzuweisen. Die Unterwerfung des geschäftsführenden Hauptvorstandes der ÖTV findet ihre Widerspiegelung in der Schärfe, mit der die Bundesregierung gegen die verbeamteten Lohnabhängigen vorgeht.

Die Forderung nach Angleichung der Besoldungsanpassung an die Entwicklung im Tarifbereich wird brüsk abgelehnt, d.h. die Besoldung wird im Gegensatz zu Löhnen und Gehältern

aufrechterhalten werden“. Als Übergangsvorschrift wird der Anpassungszuschlag ab 1.1. 1984 um ein Drittel vermindert, um schließlich stufenweise ganz beseitigt zu werden.

Drastische Preiserhöhungen beim Kantinenessen sind durch die Änderung der „Richtlinien für Kantinen bei Dienststellen des Bundes“ zu erwarten, die den Wegfall des Zuschusses zur Gemeinschaftsverpflegung regeln.

Durch sogenannte „Prüfaufräge“ an Innenminister Zimmermann hat die

den) und – so jedenfalls der Vorschlag von KOV und PCO – eine entsprechende Senkung der Gehälter um ebenfalls 10%. Dadurch, so KOV und PCO, ließen sich 30000 arbeitslose Lehrer einstellen.

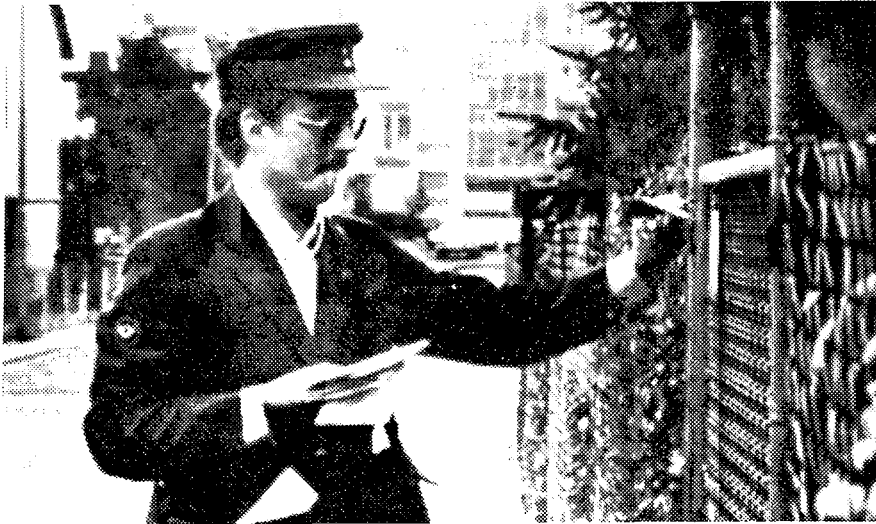
Der Vorschlag der ABOP ist nicht ganz so weitreichend. Die ABOP, der 48000 Lehrer angehören, ist lediglich bereit, auf die „Inflationsanpassung“ der Gehälter zu verzichten. Das läßt zwar den Tariflohn unangetastet, läuft aber in der Praxis auf den gleichen Reallohnverlust hinaus. Daran ändert auch nichts, daß der Vorstand der ABOP auch ansonsten noch eine Reihe von Bedingungen an seinen Vorschlag geknüpft hat, so etwa, daß die gesetzlichen Vorschriften über die maximale Größe der Schulklassen nicht geändert werden dürften, daß keine anderweitigen Lohnsenkungen hinzukommen dürften usw.

Welchen Bärendienst die Vorstände der drei Lehrerergewerkschaften den niederländischen Lohnabhängigen, insbesondere denen im öffentlichen Dienst, mit ihrem Vorschlag gemacht haben, zeigt sich schon jetzt in den ersten Reaktionen der Regierung. Diese hat sich zu den geforderten zusätzlichen Einstellungen bisher nicht geäußert. Dafür hat sie ihre ersten Haushaltspläne für das kommende Jahr veröffentlicht – und diese sehen prompt eine Lohnsenkung für den gesamten öffentlichen Dienst um 10% vor!

Zwar hat die Regierung angekündigt, diese Lohnsenkung werde mit „entsprechenden“ Arbeitszeitverkürzungen verbunden sein – nur, eine schwere Lohnsenkung bleibt sie allemal, und wie „entsprechend“ die Arbeitszeitverkürzung ausfallen wird, ob z.B. durch Urlaubsverlängerung, durch Verringerung insbesondere der Arbeitszeit für Jugendliche auf 20 Stunden, verbunden mit entsprechender Intensivierung der Arbeit, wie verschiedentlich angekündigt – das ist vorerst alles noch offen.

Den Mitgliedern der ABOP jedenfalls scheint der Vorschlag ihres Vorstands inzwischen immer weniger zu gefallen. Bereits im Juni hatte der Vorstand der ABOP seinen Vorschlag auf 50 bis 60 regionalen Konferenzen vorgestellt und gleichzeitig einen Sonderkongreß der Gewerkschaft zur Beschlußfassung über seinen Vorschlag für den 30. September einberufen. Inzwischen teilt der Vorstand der ABOP mit, die Reaktion der Mitglieder auf seinen Vorschlag sei „gemischt“. Insbesondere die der Regierung angebotene Lohnsenkung sei wohl ziemlich umstritten. Kein Wunder, wo die Regierung z.B. die Eingangsgehälter für Lehrer bereits auf 2000 hfl (ca. 1800 DM) brutto gesenkt hat.

Quellenhinweis: Algemeen Dagblad, 1.6. bis 9.7.83; telefonische Auskunft des ABOP-Vorstandes



Die bürgerliche Propaganda gegen Beamte unterschlägt die harte Arbeit, die Beamte leisten müssen.

ab Juli 1983 nur um 2% erhöht. Gegenüber den Beamten gilt nach wie vor der Grundsatzbeschuß, daß die nächste Besoldungsanpassung erst 1985 vollzogen werden soll, womit die zweiprozentige Besoldungsanpassung – auf die Normallaufzeit von zwölf Monaten umgerechnet – sich noch einmal halbiert. Nur der eine zusätzliche Tag Urlaub soll auch für Beamte gelten.

Zum 1. Januar 1984 soll ein Gesetz zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes in Kraft treten, das die Absenkung der Eingangsbesoldung im höheren und gehobenen Dienst zum Ziel hat. Rund 30 Millionen DM sollen dadurch 1984 bei Bund, Bahn, Post, Länder und Gemeinden den jungen Beamten vorenthalten werden. Damit werden die Bezüge von Beamtenanwärtern ab 1. Januar 1984 um 20% niedriger als noch vor zwei Jahren liegen.

426 Millionen DM sollen 1984 den Versorgungsempfängern durch eine Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes gestrichen werden. In der Gesetzesbegründung heißt es dazu: „Die verfassungsrechtlich nicht gebotene Weitergabe struktureller und quasi-struktureller Verbesserungen im Bereich der aktiven Beamten durch einen Anpassungszuschlag ab 1.1. an die Versorgungsempfänger kann angesichts der angespannten Haushaltslage der öffentlichen Kassen künftig nicht

Bundesregierung bereits weitere Kürzungsmaßnahmen anvisiert. Die Prüfaufträge beziehen sich u.a. auf die Absenkung der Eingangsbesoldung im höheren und gehobenen Dienst über den Zeitraum der Probezeit und weiterer zwei Jahre hinaus, auf den Wegfall des Verheiratenzuschlags im Ortszuschlag bei Einkommen beider Ehegatten und die Begrenzung von Zulagen.

Quellenhinweis: Der Deutsche Beamte, 7/83, Zeitschrift des DGB; Der Beamtenbund 6/83, Zeitschrift des DBB; Hannoversche Allgemeine Zeitung, 6.7.1983

Niederlande Lehrergewerkschaften zu Lohnsenkungen bereit?

Seit Anfang Juni liegt der niederländischen Regierung ein Vorschlag zur „Bekämpfung der Lehrerarbeitslosigkeit“ vor, für den sie sich nur bedanken kann. Der Vorschlag stammt von drei der vier großen Lehrerergewerkschaften, der FNV-Gewerkschaft ABOP, der katholischen Lehrerergewerkschaft KOV und der protestantischen Lehrerergewerkschaft PCO, die zusammen 70% der ca. 200000 niederländischen Lehrer vertreten. Er sieht eine Verringerung der wöchentlichen Pflichtstundenzahl um 10% vor (in der Presse heißt es: 26 statt bisher 29 Stun-

Nach Ehrenberg nun Blüm: Die Sozialreaktion marschiert, die Rentner werden weggetreten

Wenn auch der Abstand zwischen den finanziellen Voraussetzungen des „angemessenen Ruhestands“ und den von Jahr zu Jahr real gekürzten Renten zusehends größer wird: für die 9,5 Millionen Empfänger von Versicherten- und Witwenrenten aus der gesetzlichen Rentenversicherung wächst die Aussicht, zur Krönung ihres Lebensabends noch einmal in den Genuß des höchsten Danks des Vaterlandes zu gelangen.

Denn was gegenwärtig mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1983 und der

und Angestellten plötzlich konfrontiert mit dem Vorwurf: „Was Beamte und Rentner auf sich nehmen, kann für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst keine Zumutung sein.“ Kaum ist die Lohnbewegung im öffentlichen Dienst zu Vertragsunterschriften gebracht, werden nun mit dem Haushaltsgesetz 1984 die Rentner belehrt: „Es ist den Beitragszahlern nicht zuzumuten, bei eigenen niedrigen Lohnabschlüssen, von denen auch noch die Abzüge abgehen, wesentlich höhere Rentenerhöhungen zu finanzieren, die

zialhilfe ausmacht. Nimmt man als Maßstab für die Beurteilung des Rentenniveaus weiter die Forderung des DGB nach drei Viertel des letzten Bruttolohnes bzw. -gehaltes oder die Forderung der IGM nach einer angemessenen Altersversorgung in Höhe von „ca. 90% des Nettoeinkommens eines vergleichbaren Arbeitnehmers“ (12. o. Gewerkschaftstag 1977, Entschl. 15), so wird die grundsätzliche Gegnerschaft dieser Sozialpolitik gegen die Sozialversicherung noch klarer: Drei Viertel des Durchschnittslohns betragen 1980 1862 DM, 90% des durchschnittlichen Nettoeinkommens betragen 1547 DM. Nimmt man nun diese letzte niedrigere Marke der IGM zum Vergleich, so kommt man zu dem Ergebnis, daß ein Rentenanspruch mit wenigstens dieser Höhe im Jahre 1980 für ganze 7,1% der rund 9,5 Mio. Empfänger von Versicherten- und Witwenrenten gegeben war.

Beide Daten – sowohl der Anteil der niedrigen Renten an den Ursachen der Sozialhilfegewährung wie der geringe Anteil von gesetzlichen Renteneinkommen, die eine gewerkschaftlich für notwendig erachtete Rentenhöhe erreichen – liefern einen deutlichen Hinweis auf die bestehende Existenznot eines erheblichen Teils der verrenteten lohnabhängigen Bevölkerung. Die erklärte „Garantie der Leistungsfähigkeit“ der Versicherungen hat keineswegs zum Inhalt, etwa selbst diese zu niedrigen Rentenansprüche zu schützen, im Gegenteil.

Denn diese „Bundesgarantie“ – im jüngsten Wahlkampf den Rentnern gelegentlich als Beruhigungsspiel verabreicht – ist praktisch seit 1977 genau nach Vorschrift (RVO) im Einsatz. Sie wird wahrgenommen durch „Sondergesetze“, die Leistungen werden entsprechend dem Kassenstand gekürzt, die „Leistungsfähigkeit“ garantiert. Fällt der Kassenstand dabei ein wenig zu hoch aus, wie z.B. im Jahre 1981, so werden durch Kürzung des Bundeszuschusses z.B. entsprechende Einnahmeausfälle herbeigeführt, neue Sondergesetze sind die Folge. Garantiert wird dadurch den Kapitalisten, daß die staatliche Förderung ihrer Profit- und Rüstungswirtschaft nicht nur nicht eingeschränkt, sondern durch die Staatsverwaltung der Versicherungskassen erweitert wird.

An den Wirkungen des Haushaltsbegleitgesetzes 1983 wird dieser Zusammenhang deutlich. Mit Beginn dieses Jahres sind Arbeitslose nicht mehr ren-



Protestkundgebung des VdK Ende Juni in Augsburg

Vorlage für 1984 in der Rentenpolitik am deutlichsten wird, ist die grundsätzliche Aufkündigung sozialer Ansprüche der Lohnabhängigen durch die Bourgeoisie. Wenn Sozialpropagandaminister Blüm erklärt, hinsichtlich der Versicherungen ginge es um ein „zurück zu den Anfängen“, so mag daran in Bezug auf seine nächsten Kürzungen und Streichungen bestimmt allerhand wahres sein. Wer aber glaubt, daß mit dieser Politik andere Ziele verfolgt würden als die Zerstörung von wichtigen Einrichtungen der materiellen und politischen Solidarität der Lohnabhängigen, z.B. etwa die „Rettung des Kerns der sozialen Sicherung“, ist auf dem besten Wege, Mitglied in der von der Bourgeoisie sehr praktisch beschworenen Opfergemeinschaft zu werden.

In der Lohnbewegung des öffentlichen Dienstes sahen sich die Arbeiter

noch dazu brutto = netto gezahlt werden.“ Somit bekommen jetzt die Rentner die Rechnung präsentiert in Gestalt einer „Aktualisierung“ (d.h. jetzt Verringerung) der Rentenanpassung und einem ganzen Bündel weiterer Maßnahmen, mit dem u.a. künftig für sie nicht mehr „brutto = netto“ ist, sondern dem Grundsatz Bahn gebrochen werden soll: „Lohnersatzleistungen sind zu behandeln wie Lohn!“ (Geißler)

Die aktuelle Erklärung Geißlers über die beabsichtigte Einbeziehung der „Verwandten zweiten Grades“ in die Haftung vor Gewährung von Sozialhilfe unterstreicht deutlich die Absichten dieser Politik hinsichtlich des „Kerns der sozialen Sicherung.“ Keinesfalls zufällig weisen die Verbände der Rentner darauf hin, daß zu „kleine Renten“ ein knappes Drittel (31,5%) der Gründe für die Gewährung von So-

tenversichert. Seit 1978 mußte die Bundesanstalt für Arbeit Versicherungsbeiträge auf Grundlage des letzten Bruttolohns an die Rentenversicherung abführen. Entsprechendes galt für Kurzarbeit und Schlechtwettergeld. Seit Jahresbeginn werden für das Leistungsrecht diese Zeiten in der Rentenversicherung wieder als nicht versicherte Ausfallzeiten behandelt. Im Beitragsrecht wurde jedoch die Bundesanstalt für Arbeit verpflichtet, für die Arbeitslosen, Kurzarbeiter usw. an die Rentenversicherung zu bezahlen, und zwar bemessen nach dem Arbeitslosengeld, der Arbeitslosenhilfe, dem Kurzarbeitergeld usw., also auf Grundlage der „Lohnersatzleistung“. Für Bezieher von Arbeitslosengeld wurden damit die Beiträge an die Rentenversicherung auf ungefähr 48%, für Empfänger von Arbeitslosenhilfe auf durchschnittlich 41% der früheren Beiträge auf Grundlage des Bruttolohns ge-

senkt. Der so hergestellte Beitragsausfall wird nach den Ergebnissen für 1982 auf 5,2 Mrd. DM allein für das Jahr 1983 in der Rentenversicherung geschätzt. Gleichzeitig wurden folgende Ausgabenkürzungen der Rentenversicherung beschlossen: Verschiebung der Rentenanpassung um ein halbes Jahr auf den 1. Juli 1983 (3,3 Mrd. DM weniger Rentenausgaben); Kürzung des Beitragszuschusses zur Krankenversicherung der Rentner (minus 1,0 Mrd. DM); Eigenbeitrag der Rentner zur Krankenversicherung von 1% (minus 1,2 Mrd. DM); ergibt zusammen von den Versicherten zu tragende Ausgabenkürzungen von 5,5 Mrd. DM. Dazu kommen noch 0,8 Mrd. DM Mehreinnahmen durch die zum 1. September dieses Jahres beschlossene Beitragserhöhung von 18% auf 18,5%.

Somit ergibt sich aus dieser Gegenüberstellung: im wesentlichen werden

die Kosten der Arbeitslosigkeit gesenkt, und da die Rentenkassen leer gehalten werden, werden zum „Ausgleich“ auch noch die Renten gekürzt.

Kernstück der Haushaltbegleitpolitik 1984 ist die vorgesehene „Aktualisierung“ dem Rentenanpassung. Nach dem bisher noch bestehenden Gesetz wäre der Anpassungssatz für die Renten zum 1. Juli 1984 zu bestimmen aufgrund des Lohnanstieges im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1982 gegenüber dem Zeitraum 1979 bis 1981. Unter Berücksichtigung vorläufiger Lohnangaben für 1982 ergibt diese Berechnung einen Anpassungssatz von 4,7%. Nach der Änderungsabsicht soll der niedrigere Lohnanstieg des Vorjahres für den Anpassungssatz maßgeblich sein: für den 1. Juli also der Lohnanstieg 1983 gegenüber 1982. Nach gegenwärtigen Erwartungen wären das maximal 3,5%. Berücksichtigt man,

Lehre, KZ, Wehrmacht, Arbeiter, Vertreter — was hinter einer Rente von 400 DM steht

Willi H. aus Dortmund bekommt jetzt, nach der letzten Anpassung, eine monatliche Rente von 396,40 DM, eine Hungerrente, sagt er. Nach einer vom Verband der Rentenversicherungsträger herausgegebenen Statistik erhalten 55% der Rentner weniger als 900 DM, insgesamt also 9,5 Millionen. Die Mehrzahl von ihnen sind Frauen, die Zeit ihres Lebens in niedrigen Lohngruppen arbeiten mußten oder nicht selbst versichert waren. Viele sind Arbeiter oder Angestellte, wie Willi H., die einen mehr oder weniger typischen Lebenslauf hinter sich haben, in dessen Verlauf sie hohe Versicherungsbeiträge zahlten, die trotzdem nur zu einer Niedrigrente führen.

W. wurde 1913 geboren. Während seiner Lehrzeit als Bäcker und Konditor von 1929 bis 1932 war er, damals selbstverständlich, nicht versichert. Die Zeit wird heute auch nicht als Ausfallzeit angerechnet. „Damals bekamst du ja Kost während der Lehre und sonst nichts“, sagt W. Nach der Lehrzeit in einem kleinen Sauerlandort zieht er zu Schwester und Schwager nach Dortmund, bekommt über seinen Schwager Kontakt zur KPD und wird Mitglied des Rotfrontkämpferbundes. 1932/33 war die kapitalistische Krise auf ihrem Höhepunkt. Auch Willi H. ist während dieser Zeit arbeitslos. „Damals kriegte ich 7,50 DM in der Woche Unterstützung“.

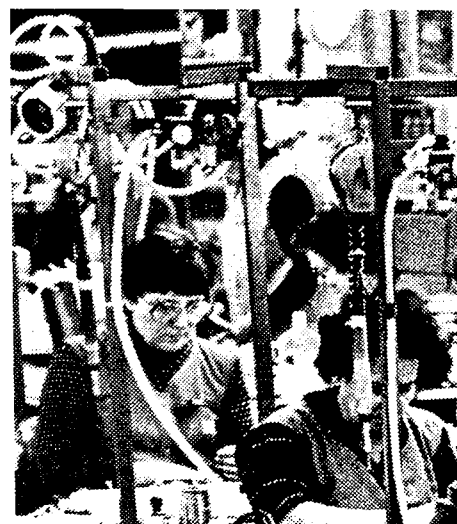
Nach der Machtergreifung gibt W. die Arbeit für den (schon 1929 verbotenen) Rotfrontkämpferbund nicht

auf. Wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ und Verstoß gegen Verordnungen zum „Schutz der inneren Ordnung“ wird er 1934 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Später, nach dem Krieg, läßt sich W. von den Justizbehörden bescheinigen, daß er verurteilt wurde „weil er dem Rotfrontkämpferbund auch nach dem Verbot vom 3.5.1929 angehört hat“. Wegen der Strafe bekommt er 1956 4200 DM Entschädigung. Auf die Rentenberechnung wird die Zeit nicht angerechnet, auch nicht als Ausfallzeit.

Die Bundesversicherungsanstalt für Arbeiter rechnet auch die folgenden 1 ½ Jahre „Schutzhaft“ im KZ Esterwege nicht an. „Als ich aus dem Gefängnis kam, standen zwei Gestapoleute vor der Tür. ‚Sind Sie H.?‘ — ‚Ja‘ — ‚Sie kommen in Schutzhaft‘. Ein Auto stand vor der Tür.“ Später wird ein Antrag auf Haftentschädigung abgelehnt, berichtet W., mit der Begründung, daß es sich nicht um eine Haftstrafe, sondern „nur“ um Schutzhaft gehandelt habe.

W. sagt, vielleicht hätte er nach Beantragung der Rente noch weiter versuchen sollen, die Gefängnis- und KZ-Zeiten als Ausfallzeiten angerechnet zu bekommen. Aber schon beim Ausfüllen des taschenbuchdicken Rentenantrages selbst habe er den Überblick verloren und Hilfe gebraucht.

Nach dem KZ, 1936, verpflichtet sich W. für ein Jahr zur „Landhilfe“, um aus Dortmund wegzukommen. Die Landhilfe ist eine staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Für 20 Mark im Monat müssen die meist jugendlichen



Akkordarbeit in Niedriglohngruppen

Teilnehmer schwere Landarbeit leisten. W. wird zur Arbeit auf einen großen Hof in Ostpreußen geschickt, wo das Essen schlecht und die Unterbringung noch schlechter ist. Er bricht seinen Einsatz vorzeitig ab und findet mit einem Freund Arbeit auf einem Hof in Pommern, im Akkord. „Für einen Morgen Kartoffeln haben wir damals 21 Mark gekriegt, zwei Tage haben wir dafür gebraucht“, sagt W. Der Gutsbesitzer zahlt Rentenversicherungsbeiträge, aber viel kommt natürlich bei den Löhnen nicht herum.

1938 arbeitet er ein Jahr in Berlin als Versicherungsvertreter. Die Volksfürsorge beschäftigt ihn als sogenannten „Selbstständigen“, d.h. er muß sich selbst versichern. Die Provisionen werden dadurch nicht höher, W. braucht jeden Pfennig und klebt in der Zeit nicht.

1939 mustert ihn die Reichswehr nach, nachdem sie ihn zwei Jahre vor-

daß jeweils zum 1. Juli 1984 und 1985 Rentenkürzungen von 2% bereits beschlossen sind (für die „Selbstbeteiligung“ der Rentner), so bleibt eine Rentenanpassung von 1,4% zum 1. Juli nächsten Jahres. Die Lohnbewegungen des Jahres 1984 sollen sich daran ein Beispiel nehmen können.

Weitere Maßnahmen des vorgesehenen Gesetzes betreffen u.a. die Beschränkung des Rentenzugangs. Renten wegen Erwerbsunfähigkeit oder verminderter Erwerbsfähigkeit soll bloß noch erhalten, wer in den letzten fünf Jahren wenigstens drei Jahre sozialversicherungspflichtig beschäftigt war. Nach Angaben des Ministeriums wäre mit dieser Regelung beinahe jeder sechste der 630000 neu zugegangenen Versichertenrenten abgelehnt worden. Damit wird angesichts der hohen Zugänge wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit eine neue Legendenbildung

über den „Mißbrauch der Rentenversicherung“ nahegelegt. Tatsächlich sind diese Rentenanträge (Altersdurchschnitt für Frauen 58 Jahre, für Männer 54 Jahre) begründet durch gesundheitlichen Verschleiß und Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt, die das verbliebene Arbeitsvermögen auf absehbare Zeit unverkäuflich erscheinen lassen.

Zusammenfassend zur Charakterisierung dieser Sozialpolitik: Unmittelbarer Zweck ist die Beseitigung von Lohn(folge)kosten. Diese sind bereits entstanden und entstehen mit dem *Verbrauch* der Arbeitskraft (Arbeitslosengeld, Krankengeld, Renten). Die Verringerung dieses Teils der Lebensmittel der lohnabhängigen Bevölkerung (einschließlich Arbeitslose, Rentner etc.) vergrößert den Anlagefonds und die Profitrate der Kapitalisten. Da sich diese Beseitigung der Versicherungsleistungen aus ihrer Höhe nicht begründen läßt – sie sind in der Masse bereits

erheblich zu niedrig – ist das Faustargument: „Das Geld ist nicht da!“ das grundlegende Argument. Die Versicherungskassen *leer* zu halten, ist daher zwingendes Gebot. Zur Aufrechterhaltung der Versicherungsleistungen bei leeren Klassen wäre das nächste ein Zuschuß aus der erheblich gestiegenen Steuermasse. Da dies die steigenden allgemeinen Interessen der Kapitalisten an der (weiteren) Förderung ihres wirtschaftlichen Wohlergehens und ihrer Wehrtüchtigkeit notwendig und empfindlich beschränken würde, ist die Ausgestaltung der „Bundesgarantie“ als Peitsche der Gesetzgebung zwingend, um die Versicherungsleistungen (ständig) an die Finanzkraft leerer Versicherungskassen anzupassen.

Nicht bloß moralisch ergibt diese Verelendung der Masse der von Versicherungsleistungen abhängigen (lohnabhängigen) Bevölkerung auch noch ein Druckmittel für Lohnverzicht.

her wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ nicht zum Wehrdienst eingezogen hatte. Nach vier Wochen wird W. gezogen, bleibt sechs Jahre Soldat. Als Ausfallzeit wird das heute angerechnet (im Gegensatz zur KZ-Zeit), aber Rentenbeiträge zahlt die Wehrmacht natürlich nicht. Nach fünf Verwundungen, davon einer Selbstverstümmelung, beendet W. den Krieg als Gefreiter und kommt 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Nach sechs Wochen wegen seiner politischen Vergangenheit entlassen, arbeitet er eine Zeitlang als Hilfsbeamter, später bei der Polizei, bevor er Ende der vierziger Jahre nach Dortmund zurückkehrt.

W.s Rentenansprüche heute begründen sich im wesentlichen auf die folgenden Jahre. Zehn Jahre arbeitet er im Stahlwerk bei Hoesch. Die Arbeit ist schwer, und W. verdient als angelernter Arbeiter nicht viel. Die Kapitalisten, für die er im Blockwalzwerk schuftete, lassen ihn heute die Werkskantine benutzen und eine Werkswohnung bewohnen. Aber 200 DM kalt für zwei kleine Zimmer (ohne Küche) nehmen sie ihm dafür ab.

Nach der Arbeit im Stahlwerk zieht W. nach Bayern um, weil er dort heiratet. Sechs Jahre lang arbeitet er bei zwei Firmen auf dem Bau. Nach dem Ende der Ehe geht er zurück nach Dortmund, findet eine Stelle als Vertreter. Das Muster ist das gleiche wie 30 Jahre zuvor. Die Kapitalisten sparen Versicherungsbeiträge ein, indem sie ihre Vertreter zu „freien Handelsvertretern“, zu „Selbstständigen“ erklären. An ihrer Abhängigkeit von den Kapitalisten ändert das nichts. W. will viel verdienen, das klappt ohnehin nicht, und zahlt für die zehn Jahre, die



... im Alter eine Niedrigrente

er als Vertreter arbeitet, keine Rentenversicherungsbeiträge.

Als er 1978 schließlich mit 65 Jahren Rentner wird, zieht die Rentenkasse Bilanz eines Arbeiterlebens. Heraus kommt die Rente von heute 396 DM. W. bekommt heute zusätzlich 275 DM vom Sozialamt, wovon 97 DM gleich für Heizung und Strom an die Stadtwerke weggezahlt werden. Von dem Gesamteinkommen von 671 DM gehen also 200 DM für Miete, 97 DM für Heizung und Strom weg, es bleiben gerade 374 DM.

Er ist jetzt 70 und noch relativ gesund. Mittags ißt er, wenn möglich, für knapp drei Mark in der Hoesch-Werkskantine, aber der Weg ist sehr weit, und das Fahrgeld teuer. Kostenlos darf er nicht fahren, denn der Arzt hat ihm nur eine Behinderung von 35% bestätigt, das reicht nicht für den Schwerbehindertenausweis. Die kleine Wohnung ist möbliert mit Möbeln, die

W. von Freunden bekommen hat. Küche und Wohnzimmer sind ein Raum. Essen gehen ist überhaupt nicht drin, sagt W., und nur ganz selten kann er sich einen Kneipenbesuch leisten. Er versucht, sein Einkommen mit Nebenbeschäftigungen aufzubessern, als Vertreter. Wenn 100 DM oder 200 DM im Monat dabei herauspringen, ist das viel, und als ihn jemand beim Sozialamt anzeigte, gab es selbst darum noch großen Krach.

Mit seinen beiden erwachsenen Kindern hat W. erst in letzter Zeit wieder Kontakt, mit dem Rest der Familie gar nicht. Nach Geißlers neuen Vorstößen zur Sozialhilfe kann W. damit rechnen, daß ihm die Sozialhilfe ganz gestrichen wird, daß dann entweder er oder das Sozialamt seine Angehörigen verklagen müssen, wie die christlich-demokratische Förderung des Familiensinns das verlangt.

Minister Blüm rechtfertigte am 17. April in einem Radiointerview die niedrigen Rentenerhöhungen unter anderem so: „Trotzdem hat die Aktualisierung außer Ersparnis noch den Sinn, Rentner und Lohnempfänger einander näher zu bringen.“ Der Herr Minister stellt sich das „Näherbringen“ so vor, daß Arbeiter und Rentner gemeinsam Opfer bringen. Die Niedrigrente, wie sie W. bekommt, deutet aber auf einen ganz anderen Zusammenhang: daß nämlich die Arbeiter sich nicht auf solche Lohnsenkungen und auf den Fortbestand der Niedriglohngruppen einlassen dürfen, wollen sie nicht über Jahrzehnte zahlen.

Quellenhinweis: Der Artikel beruht auf einem Interview mit Willi H. vom 6.7. 1983.

Die „unmöglichen Fonds“ des Prof. Mackenroths und ihre Folgen für die Rentenreserven

„Nun gilt der einfache und klare Satz, daß aller Sozialaufwand immer aus dem Volkseinkommen der laufenden Periode gedeckt werden muß. Es gibt gar keine andere Quelle und hat nie eine andere Quelle gegeben, aus der Sozialaufwand fließen könnte, es gibt keine Ansammlung von Fonds, keine Übertragung von Einkommensteilen von Periode zu Periode, kein ‚Sparen‘ im privatwirtschaftlichen Sinne –, es gibt einfach gar nichts als das laufende Volkseinkommen als Quelle des Sozialaufwands ... Volkswirtschaftlich gibt es nämlich keine Ansammlung von Konsumfonds, die bei Bedarf konsumiert werden kann ... Kapitalansammlungsverfahren und Umlageverfahren sind also der Sache nach gar nicht wesentlich verschieden ... Volkswirtschaftlich gibt es immer nur ein Umlageverfahren ...“

Nun könnte man diese Erklärung, 1952 von dem „Sozialexperten“ Prof. Mackenroth auf einer Tagung des „Vereins für Sozialpolitik“ zur Begründung für die Einführung des „Generationenvertrags“ in der Rentenversicherung entwickelt, heute kurzerhand unter die vielen Versuche von Bourgeoisideologen einreihen, nach 1945 der Kapitalistenklasse einen Vorwand zu liefern, mit dem sie sich aus der Rückzahlung der während des zweiten Weltkriegs verpulverten Reserven der Rentenversicherung davonstehlen konnte. Allein: eine nähere Befassung mit der These des

Prof. Mackenroth lohnt sich doch. Zumal sie besonders dreist ist.

Entweder muß der Professor nämlich die imperialistische Wirtschaft der westdeutschen Finanzbourgeoisie in ihrer Fähigkeit zur Bildung von Reserven noch schlechter als etwa die Sklavenhalterwirtschaft der ägyptischen Pharaonen einordnen – die bekanntlich bereits zu umfangreichen Reservebildungen in Form von Getreidelagern und ähnlichem fähig war. Oder aber er behauptet allen Ernstes, daß jede Geldreserve im Grunde wertlos sei. In welchem Fall nicht nur sämtliche privaten Lebensversicherungen der Kapitalisten und zum Beispiel die 115 Mrd. DM, die die westdeutschen Kapitalisten heute bei den Banken als „Termineinlagen mit mehr als 4 Jahren Frist“ hinterlegt haben, zu wertlosem Papier würden. Die Reaktion der Kapitalistenklasse auf eine solche Mitteilung etwa von seiten der Bundesregierung mag sich jeder selbst ausmalen.

Aber so hatte der Professor und Mitschöpfer der 1957er Rentenreform

Vermögen der privaten Lebensversicherungen und der gesetzlichen Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten im Vergleich, in Mrd. DM

Jahr	Private Lebensversicherung	Gesetzliche Rentenversicherung der Arbeiter der Angestellten	
1956	o.A.	2,816	5,547
1961	16,712	o.A.	o.A.
1972	o.A.	13,100	27,307
1975	96,967	15,849	42,664
1978	138,140	8,799	13,194
1980	173,103	9,582	13,129

Denn das Absinken der Versicherungsleistungen auf ein Elendsniveau läßt umgekehrt z.B. die Facharbeitskraft ständig als gesellschaftlich besser bewertet erscheinen, selbst wo der Lohn durch Inflation und Abzüge real sinkt. Deshalb gilt also: Je brutaler die Senkungsrate der Versicherungsleistungen, desto größer kann die korrumpierende Wirkung auf im besonderen die Facharbeiter und die technischen Sonderfachkräfte sein, selbst wenn deren Lohn real sinkt und ihre Ausbeutung steigt. Die Tatsache dieser korrumpierenden Wirkung ist angesichts der Stellung eines bedeutenden Teils der gewerkschaftlichen Funktionäre zu den jüngsten Lohnabschlüssen unbestreitbar.

Die oppositionelle und gewerkschaftliche Kritik bestätigt diese Befürchtungen. Die Gewerkschaftszeitung „metall“ z.B. in ihrer letzten Juni-Ausgabe kommt zu dem Schluß: „Keine Reform in Sicht.“ „Die Regierung klempnert haushaltstechnisch am Sozialsystem“. Der Schwerpunkt der

Kritik wird auf die „Ungleichheiten“ innerhalb des Rentensystems gelegt, ohne daß sich die Verfasser dabei den Standpunkt und die Aufgabenstellung zu eigen machen würden, für die Beseitigung der Existenznot des erheblichen Teils der Rentner aufzutreten. Über die Aufmischung zahlreicher „Ungleichheiten“ zwischen Rentnern, die der Redaktion vielleicht auch noch ein peinliches Dankeschreiben Blüms eintragen könnte, kommt die Titelgeschichte der „metall“ schließlich zur ausdrücklichen Zustimmung zu der Position Oswald von Nell-Breunings, als Vertreter der katholischen Soziallehre immerhin einer der Lehrherren der Geißler, Blüm u. Co., daß die bruttolohnbezogene Rentenformel (und damit auch das Rentenniveau) nicht mehr zu finanzieren sei. In einem Kommentar erklärt Vorstandsmitglied Janzen gleichzeitig „90% des Nettoarbeitsentgelts“ als *Obergrenze* der Gesamtversorgung. Dadurch wird eine Gewerkschaftsaussage zum Rentenniveau in ein Argument für Renten Kür-

seine Theorie gar nicht gemeint. Es ging ihm darum, einen Vorwand für die Nicht-Rückzahlung der verpulverten Rentenreserven zu finden, einen Vorwand zudem, um auch für die Zukunft Forderungen der Lohnabhängigen nach Rücklage von Reserven für ihre Versicherungsansprüche von vornherein zu verhindern.

Daß diese seine „These“ deshalb auch *nur* für Versicherungsansprüche von einfachen Lohnabhängigen gelten sollte, machte unser Professor noch auf der gleichen Tagung klar, als ihn ein Dr. Wissler mit der Frage anfuhr, ob er solche Grundsätze etwa auch für Versicherungsansprüche von Bourgeois einführen wolle:

„Wenn mir bei einem Autounfall ein Bein abgefahren wird, so habe ich einen Rechtsanspruch privatrechtlicher Art gegenüber dem Schuldigen an dem Unfall ... Ein zugefügter Schaden (ein dezenter Hinweis darauf, daß auch der Raub von Versicherungsreserven als „Schaden“ verstanden werden kann, d. Verf.) wird einigermaßen ersetzt. Wenn ich aber infolge der politischen und wirtschaftspolitischen Entwicklung ... mein Vermögen verloren habe, ... so erhalte ich (nach der ‚Theorie‘ des Prof. Mackenroth, d. Verf.) Hilfe lediglich nach

zungen verwandelt. Will die IG Metall gar noch Beifall klatschen, wenn damit gleichzeitig die Masse der Renten ins Bodenlose gesenkt wird?

Zum Schluß an solche wie die Redakteure der „metall“, die an der vergeblichen Suche nach einer „Reform“ im Regierungswerk verzweifeln, ein Hinweis in dünnen Zahlen über die Perspektive der Sozialreaktion. Ein Rentner mit 40 Versicherungsjahren bei durchschnittlichem Lohn hatte vor dem 1.7. 1978 Anspruch auf 1008 DM monatliche Rente (48,5% des Bruttolohndurchschnitts 1978). Anfang 1983 hat dieser Rentner Anspruch auf eine Rente von 1205 DM oder 190 DM weniger als nach den bis 1977 geltenden Gesetzen (im Verhältnis zum Bruttolohndurchschnitt 1982 noch 45%). Nach den feststehenden Maßnahmen Blüms wird die neue „Nettorente“ im Juli 1985 mit 1295 DM um 310 DM oder 19,3% geringer als nach den bis 1977 gültigen Gesetzen berechnet. Rechnet man für diese Rente den finanziellen Ertrag der Ehrenberg- und

meiner Bedürftigkeit ... Ähnlich liegen die Dinge beim Vergleich der Lage des verarmten Klein-Rentners, der früher seine Obligationen verzehrte, einerseits, und dem Besitzer von Aktien andererseits". Worauf ihm Prof. Mackenroth beruhigend antwortet, an eine Ausdehnung seiner Versicherungsgrundsätze auf Bourgeoisiekreise habe er nie gedacht: „In bezug auf die von Herrn Wissler befürchtete Gleichartigkeit aller Sozialleistungen kann ich nur auf das verweisen, was ich zur Rangordnung der Ansprüche an das Volkseinkommen gesagt habe.“

Womit bereits im Jahre 1952 das Programm der Kapitalistenklasse in den folgenden Jahrzehnten beschrieben wäre: Verhinderung jeglicher Reservenbildung in den staatlichen Rentenversicherungen, um so alle Kapitalmassen in die Modernisierung ihrer Fabriken und in die Aufrüstung der Bundeswehr stecken zu können; gleichzeitig aber zügiger Aufbau privater Reserven für die Bourgeoisie selbst wie für ihren besser bezahlten engeren Anhang, die „Obligationenverzehr“ des Dr. Wissler. Am Ende dieser Entwicklung haben die Kapitalisten heute alle vorhandenen Alterssicherungsfonds unter ihrer privaten Kontrolle, die gesetzlichen Rentenversicherungen dagegen sind pleite. Wie sagte noch der Prof. Mackenroth im Jahre 1952? „Kapitalansammlungsverfahren und Umlageverfahren sind also der Sache nach gar nicht wesentlich verschieden.“

Quellenhinweis: Prof. Dr. G. Mackenroth, Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan, in: E. Boettcher (Hrsg.), Sozialpolitik und Sozialreform, Tübingen 1957; ders. in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Neue Folge, Band 4, Berlin 1952

Blüm-Gesetze für die Bourgeoisie für den Zeitraum 1.7.78 bis 1.7.88 aus (der noch nicht abgeschlossen ist) so beträgt die Minderung der Rentensumme für diese zehn Jahre und für einen solchen Rentner im Vergleich zu den bis 1977 gültigen Vorschriften immerhin 24726 DM.

Berücksichtigt man schließlich, daß diese Rente um etwa 20% über dem Rentendurchschnitt liegt, so kann man eine Vorstellung über die Größenordnung der finanziellen Mittel geben, die die Bourgeoisie mit der bisher feststehenden Rentenpolitik seit 1978 bis 1988 den Sozialrentnern bestreitet: Für die Summe ergibt sich eine Größenordnung von 190 Mrd. DM, das ist z.B. das Vierfache des Rüstungshaushalts, der offiziell mit 46,7 Mrd. DM für 1983 angegeben wird. Das ist eine Abgabe für das Wohlergehen imperialistischer Profit- und Kriegswirtschaft, die in Vorkriegszeiten ihresgleichen sucht.

Quellenhinweis: Die Angestelltenversicherung, Organ der BfA; Deutsche Rentenversicherung, Organ des VdR; sozialpolitische Informationen vom 30.6.83, Hrsg.: BMA; metall, Zeitung der IG Metall vom 24.6.83

Perspektiven der Sozialreaktion. Blüms Rentenkürzungen in Stichworten

1. In der *Hinterbliebenenversorgung* muß nach dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts bis 1984 die unterschiedliche Behandlung von Mann und Frau aufgehoben werden. Gegenwärtig erhält die Frau von über 45 Jahren eine unbedingte Witwenrente von 60% der Versichertenrente des Verstorbenen unbeschadet eigener Ansprüche; der Mann jedoch nur, wenn er nachweist, daß sein Lebensunterhalt überwiegend von der verstorbenen Gattin bestritten wurde. Dazu Blüm:

„Aus finanziellen Gründen kommt zunächst nur eine begrenzte Lösung in Betracht, die eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen gewährleisten soll. Diese Neuregelung soll nur neue Rentenfälle erfassen. Darüberhinaus bleibt es das Ziel ...“ (sozialpolitische Inf. v. 30.6.)

Dazu einer der Rentenberater der Bundesregierung, Prof. Dr. Winfried Schmähl: „Näher (als die Übertragung der Witwenregelung auf den Witwer) läge deshalb, die *Regelung für die Witwenrenten auf die Witwen zu übertragen*. Das hieße, daß eine Witwenrente nur dann gezahlt wird, wenn der Mann überwiegend zum Lebensunterhalt der Familie bzw. des Ehepaares beigetragen hat.“ (Die Angestelltenversicherung, Februar 1983)

Dazu der DGB: „Nach (in Bonn kursierenden Beschlüssen) soll in Zukunft der überlebende Ehegatte ... eine 60% Hinterbliebenenrente erhalten, auf die Einkommen teilweise angerechnet wird. Beim Zusammentreffen mit eigener Rente soll eine Obergrenze von 70% für beide Renten eingeführt werden ...“ (Presseerklärung v. 21.6.83)

2. Zur *Neuregelung versicherungsfremder Leistungen* bzw. Bewertung beitragsloser Zeiten erklärt Blüm: „Für die Neuregelung sollen grundsätzlich maßgebend sein: ... Bewertung der Zeiten nach dem Verhältnis der tatsächlichen zur möglichen Beitragszahlung (größere Beitragsgerechtigkeit)“. (Blüm a.a.O.) Auf deutsch: niedrigere Renten sollen durch relativ geringere Bewertung z. B. von Ausfallzeiten wegen Arbeitslosigkeit noch niedriger werden, höhere Renten werden relativ besser gestellt.

3. *Nettoanpassung der Renten*: „Die gleichgewichtige Entwicklung der Renten und der verfügbaren Arbeitsentgelte sind bis 1985/86 durch die stufenweise Beteiligung der Rent-

ner an ihren Krankenversicherungsbeiträgen sichergestellt. Danach kann sie im wesentlichen durch rentenversicherungsinterne (A) oder rentenversicherungsexterne (B) Lösungen erreicht werden ... (zu A:) Dabei kommen – von der bruttolohnbezogenen Rentenberechnung und Rentenanpassung ausgehend – pauschale oder nach Rentenhöhe differenzierte Abschläge in Betracht ... (zu B:) Dabei kommt vor allem eine Vollbesteuerung der Rente mit bestimmten Freibeträgen oder eine modifizierte Ertragsanteilbesteuerung in Betracht.“ (Blüm a.a.O.)

4. *Besteuerung der Renten*: „Bei der konkreten Ausgestaltung (der Nettoanpassung) wird dem Verfassungsgerichtsurteil zur Besteuerung von Renten und Pensionen Rechnung getragen werden, womit zugleich die Frage der Harmonisierung der Alterssicherungssysteme gestellt ist.“ (Blüm a.a.O.)

5. *Steigender Rentenzugang*: „Bei den Belastungen aus der Anpassung der Rentenversicherung an die verän-



derten ökonomischen und demographischen Rahmenbedingungen werden alle an der Rentenversicherung Beteiligten ausgewogen berücksichtigt.“ (Blüm a.a.O.) Dazu der inzwischen dementierte, aber sicher interessierte Bericht der „Welt am Sonntag“ vom 22.5. über die Arbeit einer CDU-Kommission unter Vorsitz von Geißler: „Kernstück des Konzepts für eine Strukturreform ist eine neue Rentenformel, die zu gleichen Teilen höhere Beiträge für die Aktiven und niedrigere Renten vorsieht.“

Freilassung von Sakir Bilgin

Köln. Am 4.7.83 hat in Köln eine Demonstration für die Freilassung von Sakir Bilgin stattgefunden. Der Lehrer Bilgin wurde bei einer Reise in die Türkei festgenommen. Die Militärjunta wirft ihm Kritik am Staat vor und hält ihn schon ein halbes Jahr gefangen. Die IGM, IG DruPa, Stadt-, Landes- und Bundes-GEW, HBV-Fachgruppenvorstand Versicherungen, Bezirksschülervertretung Köln u.a. hatten aufgerufen. Ca. 500 beteiligten sich. Auf der anschließenden Kundgebung wurde die Einstellung der Türkeihilfe durch die Bundesregierung und die Weiterbezahlung der Dienstbezüge von Bilgin gefordert.

Aktionen gegen den NPD-Landesparteitag

Schweinfurt. Nachdem die Verwaltungsgerichte Würzburg und München der NPD die Stadthalle für den Landesparteitag Bayern zusprachen, konnte die NPD am 9.7. den Parteitag unter dem Schutz mehrerer Hundertschaften Polizei durchführen. Ab acht Uhr wurde das abgesperrte Gelände um die Stadthalle von Anti-

Die Belegschaften mehrerer Stahlwerke legten in den letzten Tagen die Arbeit nieder, um erneut gegen die Rationalisierungsabsichten der Stahlkapitalisten zu protestieren. Allein die Belegschaft von Hoesch in Dortmund streikte zwei Mal, am 30. Juni und 7. Juli (Bild), um zu Sitzungen der Aufsichtsräte der Hoesch Hüttenwerke AG und der übergeordneten Hoesch Werke AG zu demonstrieren. Damit konnte die Verschiebung eines Beschlusses zur Stilllegung der Feineisenstraße P4 erreicht werden, den der Vorstand eingebracht hatte.



faschisten belagert. An der Demonstration des DGB gegen den NPD-Parteitag nahmen ca. 2000 teil. Auf der Schlußkundgebung forderte der stellvertretende Landesvorsitzende des DGB, Schösser, das Verbot der NPD. Er griff die Bundesregierung an und nahm Stellung gegen die Verschärfung des Demonstrationsrechts, gegen die Ausländerpolitik, gegen die Kredite für die türkische Junta. Im Anschluß an die Demonstration des DGB wurde die Belagerung der Stadthalle durch Antifaschisten fortgesetzt.

Bundespräsidialamt antwortet

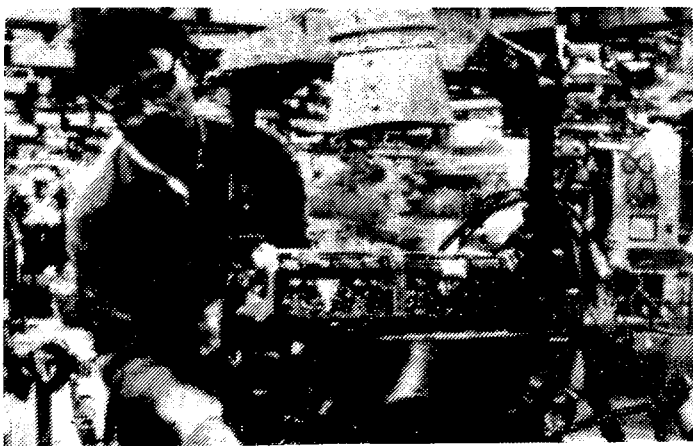
Heidelberg. Nach seiner Weihnachtsansprache erhielt Carstens einen Brief mit der eindringlichen Aufforderung, auf Wiedervereinigung zu verzichten. Er ließ daraufhin Monate später antworten: Die Wiedervereinigung Deutschlands ist eine Rechtspflicht. Dabei müsse es „freilich den berufenen Organen der Bundesrepublik Deutschland überlassen bleiben zu entscheiden, welche Wege sie zur Herbeiführung der Wiedervereinigung als politisch richtig und zweckmäßig ansehen.“ Weiter läßt Carstens ausrichten: „Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen.“ Unter Hinweis auf den Deutschlandvertrag heißt es weiter: „Auch wenn zwei deutsche Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland, ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein.“

Aus einer Resolution der IGM Heidelberg

„... Oberbefehlshaber Rogers fordert von den Mitgliedsstaaten eine Erhöhung der Rüstungsetats bis 1988 um jährlich 4 statt 3%, zur gleichzeitigen ‚Verstärkung der konventionellen Bewaffnung‘ ... US-Kriegsminister Weinberger hat bereits ... ‚technische Vorbereitungen‘ für die Raketenauflistung bestätigt. Was ist das anderes als Kriegsvorbereitung? Die Arbeiterbewegung hat blutige Erfahrungen gemacht, was es heißt, für Kapitalisteninteressen marschieren zu müssen. Der Rüstungshaushalt muß gesenkt, dem Sozialabbau Einhalt geboten werden! Wir begrüßen ausdrücklich die Entschließung der DGB-Kreisdelegiertenversammlung Rhein-Neckar-Heidelberg vom 18.2.83, in der u.a. ... Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen zur Verhinderung der Atomwaffen-Stationierung vorgeschlagen werden. Für den Fall der praktischen Umsetzung ... durch den Bundesvorstand möchten wir hiermit unsere vorbehaltlose Unterstützung zusagen. Zu diskutieren wäre schließlich auch der Vorschlag des Landesbezirks der IG Druck: das Volk selber soll durch eine Volksbefragung über die Stationierung entscheiden ...“ (21.6.83, einstimmige Resolution der Delegiertenkonferenz der IGM Heidelberg).

Lohnabschluß Bekleidung: ca. 3,1%

Bielefeld. Die Gewerkschaft Textil, Bekleidung (GTB) hat den Lohn- und Gehaltstarifvertrag für die 200000 Beschäftigten der Bekleidungsindustrie abgeschlossen. Nachdem sie die Verhandlungen mit den Textilkapitalisten bereits für gescheitert erklärt hatte, sind sie am 4. Juli wieder aufgenommen worden. Das Ergebnis sieht für Mai eine Abschlagzahlung von 35 DM vor, für Juni 3% und ab Juli 3,2%. Die Ausbildungsvergütungen, die die Kapitalisten gar nicht erhöhen wollten, werden zwischen 10,15 DM und 20,00 DM erhöht. Die Laufzeit des Vertrages beträgt zwölf Monate bis zum 30.4. 1984. Der Ecklohn liegt damit bei 9,47 DM. Die Erhöhung macht auf das Jahr ca. 3,1% aus.



Fünftausend Automobilarbeiter aus dem Werk Cowley des britischen Staatskonzerns British Leyland stimmten am 4. Juli für die Annahme eines „letzten Angebots“ der Kapitalisten bezüglich der Waschzeiten. BL bot ihnen eine einmalige Zahlung von 50 Pfund (etwa 200 DM) für die Abschaffung der Waschzeiten von drei Minuten am Ende der Frühschicht und neun Minuten bei Spät- und Nachtschicht an. Für die Beibehaltung dieser Waschzeiten hatten die Arbeiter im April erfolglos 27 Tage gestreikt. In der vorletzten Woche beschlossen die Vertrauensleute mit knapper Mehrheit einen erneuten Streik, verloren aber die Urabstimmung auf den Betriebsversammlungen. Bei der Tagschicht stimmten 80%, bei der Spätschicht 60% gegen Streik. Diese Niederlage ist empfindlich für die Gewerkschaft TGWU, die sich in beinahe allen Automobilwerken einer zunehmend gemeineren Knapperei der Kapitalisten an der Zeit für Waschen und Mahlzeiten gegenüber sieht. In anderen BL-Werken mußten die Arbeiter schon für die Beibehaltung von Kurzpausen streiken.

Landesregierung gegen Entschwefelungsanlage beim Kohlekraftwerk Buschhaus

Braunschweig. Spätestens seit 1981 ist bekannt, daß das Gebiet Braunschweig/Salzgitter/Wolfenbüttel zu den Emissionsgebieten Niedersachsens gehört. Im April 1983 erhob die Stadt Braunschweig gegenüber dem niedersächsischen Minister für Bundesangelegenheiten, W. Hasselmann (CDU) die Forderung nach einem Luft-Emissionskataster, das alle Emissionen in der Stadt erfaßt, und nach einer Immissionsanalyse. Grundlage dafür war die Mitteilung des Ordnungsamtes, daß Braunschweig mit 0,058 Milligramm pro Kubikmeter Luft die höchste Schwefeldioxidbelastung (u.a. verantwortlich für sauren Regen und Erkrankungen der Atmungsorgane) im Bereich des lufthygienischen Überwachungssystems Niedersachsens (LÜN) habe, noch vor Oker/Harz (Preussaghütte) und Hannover. Das Ministerium lehnte die Forderung ab und leugnete die Schwefeldioxidbelastung.

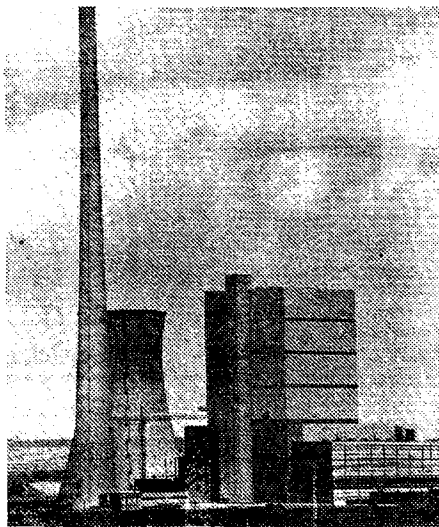
Diese Auseinandersetzung muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß 1984 ein neues Kraftwerk in Braunschweig und das Kraftwerk Buschhaus bei Helmstedt in Betrieb genommen werden sollen. Für Bau- und Betriebsgenehmigung beider Kraftwerke ist das Braunschweiger Gewerbeaufsichtsamt zuständig, das Hasselmanns Minister und Parteikollegen Schnipkoweit unterstellt ist. Sozialminister Schnipkoweit sitzt nebenbei im Aufsichtsrat der BKB (Braunschweigische Kohlenbergwerke), die das Kraftwerk Buschhaus bauen.

Für das neue Braunschweiger Kraftwerk ist jetzt nach einjähriger Auseinandersetzung, geführt von verschiedenen Initiativen und der Stadtratsfraktion der Grünen, eine Entschwefelungsanlage „im Gespräch“. Für Buschhaus bisher nicht, obwohl dieses 18,6 Tonnen Schwefeldioxid pro Stunde emittieren wird, fast 40mal so viel wie das Braunschweiger Kraftwerk; stattdessen wird ein 300 Meter hoher Schornstein (einer der höchsten Europas) gebaut, der die Emissionen gut verteilt. Nach der am 29.4. 1983 im Bundesrat verabschiedeten „Verordnung über den Betrieb von Großfeuerungsanlagen“ müssen Kraftwerke, die mehr als 400 Milligramm Schadstoffe pro Kubikmeter emittieren, mit einer Rauchgasentschwefelungsanlage ausgestattet werden. Buschhaus wird 12650 Milligramm Schwefeldioxid pro Kubikmeter emittieren, braucht aber keine Entschwefelungsanlage, da es

schon 1978 die Genehmigung für den Bau vom Gewerbeaufsichtsamt erhielt, und damit nach der Verordnung schon zu den Altanlagen gehört, obwohl noch jetzt im Bau. Erst ab 1993 ist für dieses Kraftwerk eine Entschwefelungsanlage vorgeschrieben.

25 bis 35 Mio. DM kostet eine Entschwefelungsanlage. Die Braunschweiger Versorgungs AG kündigt Preiserhöhungen von zwei bis drei Pfennig pro Kilowattstunde bei Strom und eine zwanzigprozentige Erhöhung des Fernwärmepreises an, falls die Entschwefelungsanlage gebaut wird. Die niedrigen Sondertarife für die Kapitalisten, die 55% der Energie aus dem Kraftwerk beziehen werden, sollen beibehalten werden.

Der besonders hohe Schwefeldioxidgehalt in den Abgasen des Kraftwerks Buschhaus beruht auf der schlechten Qualität der im Raum Helmstedt abgebauten Braunkohle („Salzkohle“, mit



Kohlekraftwerk Buschhaus

einem Schwefelanteil von 3,5%). „Noch nirgends wurde Kohle mit einem so hohen Schwefelgehalt verarbeitet ... noch in keinem Kraftwerk gab es einen Versuch damit“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.5.83). Der Anteil des Kraftwerks Buschhaus an der gesamten Stromerzeugung in der BRD wird 0,4% betragen, sein Anteil an den Schwefeldioxidemissionen aus allen Kraftwerken in der BRD aber 6,3%. Die Investitionskosten sollen 850 Mio. DM (ohne Entschwefelungsanlage) betragen. Warum also ein teures Kraftwerk bauen, dessen Technologie noch

nicht erprobt ist, das Kohle schlechter Qualität verfeuert und auch nicht viel Strom liefert? Wegen der Sicherung der 800 Arbeitsplätze etwa, wie die BKB-Kapitalisten behaupten?

Die FAZ ist da etwas direkter: „Es geht auch um die Region“. Sie trauert um die Schürfrechte der 1873 gegründeten BKB „für ein Areal, das im Westen wenige Kilometer vor Helmstedt und im Osten ein gutes Stück vor Magdeburg begrenzt war“. 1952 „ließ die DDR die in der sowjetisch besetzten Zone gelegenen Tagebaue durch Volkspolizisten besetzen, vorher schon war dem Unternehmen das Kraftwerk Harbke abgenommen worden und in einen volkseigenen Betrieb umgewandelt worden. Die neue, die unnatürliche Grenze durchschnitt das Kohlefeld; im Westen verblieb den abrupt geteilten Kohle-Bergwerken eine deutlich kleinere Fläche.“ Dort sind „die Kohleflöze nicht sehr mächtig ... sie lassen sich nur mit erheblichem finanziellen und technischen Aufwand abbauen.“ Jetzt steht erstmal das Kraftwerk; an die besseren und größeren Kohlevorräte und das enteignete Kraftwerk Harbke in der DDR will man noch rankommen.

Anmerkung: Emissionen sind die von einer Anlage ausgehenden Luftverunreinigungen
Immissionen sind die auf den Boden einwirkenden Luftverunreinigungen, sie werden im allgemeinen 1,5 m über dem Erdboden gemessen.

Ausländer

Keine Lehrstelle wegen Sprachkenntnis?

Ingolstadt. In Bayern verließen 1980/81 5400 Jugendliche die Hauptschule. 1780 davon schieden vor der neunten Klasse aus, 820 verließen die neunte Klasse ohne Abschluß. Nur knapp über die Hälfte der Schüler erreichte einen Hauptschul-Abschluß: 1830 den einfachen, 860 den qualifizierenden.

Nach einer Umfrage des Ingolstädter Ausländerbeirats suchten zwei Drittel der 110 ausländischen Jugendlichen, die 1981 die Hauptschule verließen, eine Lehr- oder Arbeitsstelle. Die Hälfte davon hatte Erfolg. Ein Absolvent der zweisprachigen Modellklasse dazu: Wer mit einem Zeugnis der Modellklasse Arbeit suche, werde „bei potentiellen Arbeitgebern in die unterste Stufe eingeordnet“. So waren denn im Juni 1982 in Ingolstadt nur 105 ausländische Jugendliche unter 20 Jahren beschäftigt, 197 dagegen waren arbeitslos gemeldet.

Bürgermeister Wegmann, auch Vorsitzender des Ausländerbeirats, erklärt, dies liege an „mangelnden Deutschkenntnissen“ und daran, daß „zum größten Teil von den ausländi-

schen Jugendlichen nur einfache Arbeitnehmerstellen bevorzugt“ würden, „weil der Wunsch nach sofortigem Geldverdienen, der von den Eltern unterstützt werde, besonders ausgeprägt sei“. Die Umfrage des Ausländerbeirats selber spricht dagegen: Zwei Drittel der Schulentlassenen hatten ausreichende Deutschkenntnisse, drei Viertel erklärten, eine Berufsausbildung antreten zu wollen.

Der Hauptgrund für die schlechte Lage der ausländischen Schulabgänger ist das Interesse der Kapitalisten an billigster Arbeitskraft. Stingl von der Bundesanstalt für Arbeit drückte das auf einer Veranstaltung in Ingolstadt so aus: Eine hochentwickelte Gesellschaft brauche ca. „21% Leute, die Hilfsarbeiten verrichten“.

Die Textilmaschinenfabrik Schubert & Salzer, mit ca. 2000 Beschäftigten zweitgrößter Industriebetrieb Ingolstadts, hat 22% ausländische Arbeiter beschäftigt, in der Gießerei des Werks sind 47% der Arbeiter ausländischer Nationalität. Die Handvoll ausländischer Jugendlicher, die Schubert & Salzer ausbildet, müssen einen achtmonatigen „Vorbereitungslehrgang“ erdulden. Das Audi-Werk mit ca. 20000 Beschäftigten weist einen



Beim Einstelltest bei Audi

Ausländeranteil von 12% auf. Seit 1980 laufen auch dort „Berufsvorbereitungslehrgänge“ für pro Lehrgang ca. 40 auserwählte Jugendliche, womit sich der Konzern vergewissern will, daß nur die Allerbesten später in Ausbildung kommen. Doch was danach kommt: Audi steckt die große Mehrzahl aller frisch ausgebildeten Facharbeiter ans Band.

Bayern

Kommunalverbände: Mehr Mittel für „wachstumsfördernde Investitionen“

Dachau. In diesem Monat will der bayerische Landtag den Doppelhaushalt 1983/84 und das Finanzausgleichsänderungsgesetz 1983 verabschieden. Nach den Regierungsentwürfen soll das Gesamtvolumen des Staatshaushalts 1983 um 2% gegenüber 1982 ansteigen; die Ausgaben des Landes für den Finanzausgleich an die Kommunen sollen dagegen um 3,6% gesenkt werden, nach Berechnungen des bayerischen Gemeindetags sogar um 5% (362 Mio. DM). Die Kommunen müssen infolgedessen in ihren seit über einem halben Jahr laufenden Haushalten eine Kürzung um rund 33 DM je Einwohner verkräften.

Die kommunalen Spitzenverbände Bayerns – Gemeindetag, Städtetag, Landkreisverband und Bezirksverband – hatten offensichtlich Befürchtungen in dieser Richtung und deshalb schon im August 1982 in einem gemeinsamen Schreiben an den Finanzminister appelliert, „äußerste Anstrengungen zu unternehmen, die Zuweisungen des Staates nicht zu schmälern und der Versuchung zu widerstehen, ähnlich wie andere Bundesländer staatliche Haushaltsdefizite auf die Kommunen abzuwälzen.“ Begründung: „Auch in den Kommunen stagnieren oder sinken

die Einnahmen auf breiter Front ... Die Bemühungen der Kommunen, laufende Ausgaben zu drosseln, müssen vor allem angesichts der Auswirkungen der Operationen 81 und 82 des Bundes auf die Kommunalhaushalte wirkungslos bleiben. Bei weiter steigenden Arbeitslosenzahlen drohen die Sozialla-

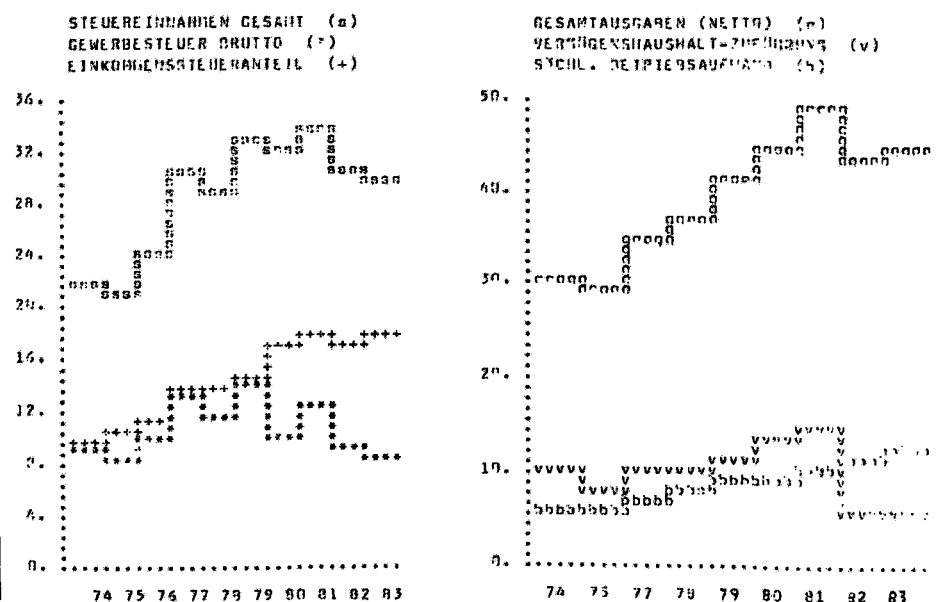
sten die Kommunen bewegungsunfähig zu machen.“

Trotz programmatischer „Kommunalfreundlichkeit der CSU“ blieb der Appell der CSU-Funktionäre in den Kommunalverbänden im Haushaltsentwurf der CSU-Landesregierung unberücksichtigt, und die CSU-Landtagsfraktion wird diesen Entwurf verabschieden. Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Rücknahme der Finanzausgleichskürzungen und spekuliert offensichtlich auf Krach in der CSU.

Ernsthaften Krach wird es aber nicht geben in der CSU. In den Zielen ist man sich auf Landes- und Kommunalebene einig. Die Kommunalverbände hatten in ihrem Schreiben 1982 „eine konsequente Politik der Konzentration der Mittel vor allem auch für arbeitsplatzhalternde und wachstumsfördernde Investitionen“ gefordert, Investitionen, die „Folgeinvestitionen anregen“ – die CSU-Kommunalpolitiker wollen mehr Geld, um über kommunale Investitionen die örtlichen Kapitalisten besser subventionieren zu können. *Dagegen* hat die CSU-Landesregierung wirklich nichts. Die Frage liegt darum, woher das Geld kommen soll.

Am Beispiel einer bayerischen Kleinstadt (Dachau, 34000 Einwohner): Die für die Investitionsmöglichkeiten der Stadt entscheidenden Überschüsse der laufenden Einnahmen über die laufenden Ausgaben – die „Zuführungen des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt“ – sind von 1974 bis 1981 von 9,9 auf 14,6 Mio. DM gestiegen, 1982 sind sie auf 6 Mio., 1983 auf 5 Mio. DM gesunken. Für die Finanzierung des Vermögenshaushalts 1983 werden deshalb alle Rücklagen der vergangenen Jahre aufgebraucht. Wesentliche Ursache für den Rückgang der Zuführungen vom Verwaltungs-

HAUSHALT DACHAU: STEUEREINNAHMEN U. VERWALTUNGSHAUSHALT-AUSGABEN / MIO. DM



den Vermögenshaushalt war das rapide Sinken der Gewerbesteuererinnahmen von 14 Mio. DM 1979 auf 8 Mio. DM 1983 (inkl. Gewerbesteuerumlage), bewirkt durch fünfmalige Freibetragsgerhöhungen für Gewerbesteuerpflichtige zwischen 1975 und 1981 auf Bundesebene. Zum Vergleich: Während die Einnahmen aus der Gewerbesteuer im Haushalt Dachaus von 1974 bis 1983 inflationsbereinigt um 28% gesunken sind, sind die Einnahmen aus der Einkommenssteuer um 19% und aus Gebühren um 33% gestiegen.

Weitere Steigerung der Steuer- und Gebührenplünderung von Arbeiter-, Angestellten- und Rentnerhaushalten und zunehmende Durchlöcherung kommunaler Versorgungsleistungen, in diese Richtung will die Staatsregierung die Kommunen noch stärker drücken. Die kommunalen Spitzenverbände haben die Einigungsmöglichkeit auf dieser Grundlage schon 1982 signalisiert: „Sofern der Freistaat Bayern nicht in der Lage sein sollte, seine Leistungen im sog. Sozialhilfeausgleich für die Bezirke zu erhöhen, bitten wir Sie, dafür einzutreten, daß Bayern im Bundesrat eine Gesetzesinitiative zur Einschränkung der gesetzlichen Sozialhilfeleistungen der Bezirke ergreift.“ Der Deutsche Städtetag erwartet in seinem Gemeindefinanzbericht für 1983 „Gebührenanhebungen auf breiter Front ... Der Zuwachs wird insgesamt auf 7 v.H. prognostiziert.“

Quellenhinweis: Der Gemeindefinanzbericht 1983 des Deutschen Städtetags; Haushaltsrechnungsergebnisse 1974-1981 und Haushaltspläne 1982/83 Stadt Dachau.

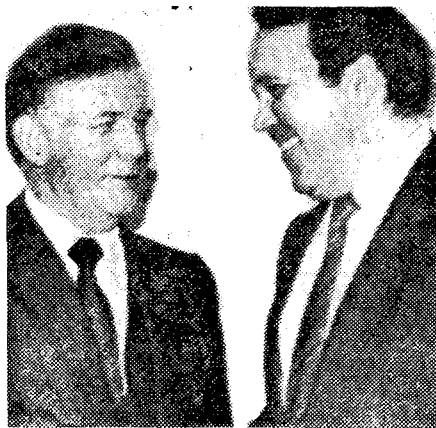
NRW CDU setzt Startpositionen für die Landtagswahl

Essen. Nach heftigen personellen Auseinandersetzungen hat die CDU in Nordrhein-Westfalen wichtige Entscheidungen für die 1985 anstehenden Landtagswahlen getroffen. Am 7. Mai wurde der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Rheinland und bisherige stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Düsseldorfer Landtag, Dr. Bernhard Worms, von der Landesversammlung der CDU zum neuen Spitzenkandidaten gewählt. Prof. Kurt Biedenkopf, der bei den Landtagswahlen 1980 als Spitzenkandidat der CDU angetreten war, wurde abserviert. Bei Neuwahlen des Fraktionsvorstandes wurde er nicht einmal mehr zum Stellvertreter des neuen Fraktionsvorsitzenden Worms gewählt. Als Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe wurde er am 2. Juli jedoch mit 77% der Stimmen bestätigt.

Ist der frühe Zeitpunkt der Festlegung des Spitzenkandidaten mit den

bereits im nächsten Jahr anstehenden Europaparlaments- und Kommunalwahlen begründet, so fand die Auseinandersetzung darum unter dem Eindruck der Bundestagswahlergebnisse statt. Erstmals seit Mitte der sechziger Jahre hat die CDU in Nordrhein-Westfalen mit 45,2% der Stimmen die SPD übertroffen. Gerade im Ruhrgebiet hat sie jedoch deutlich geringere Zuwachsraten erzielt und nur in vier von 23 Wahlkreisen mehr als 40% der Stimmen erreicht. Gerade hier und zwar unter der Arbeiterbevölkerung muß sie aber Einbrüche erzielen, wenn sie die „roten Rathäuser“ stürmen will und die Landtagswahlen 1985 sicher gewinnen will.

Hierfür erscheint der CDU Worms als der bessere Mann. Worms, von „Bild am Sonntag“ als der „Sieger mit



Biedenkopf (links), Worms (rechts)

Herz“ bezeichnet, ist seit 1946 Mitglied der CDU und – ganz im Gegensatz zu Biedenkopf – ein enger Vertrauter Kohls. Er setzt vor allem auf das „C“, insbesondere die katholische Soziallehre. Mit ihm als neuen Spitzenkandidaten will die CDU stärker an die Tradition der Zentrumsparterie anknüpfen, die mit ihrer christkatholischen, erzreaktionären Politik vor 1933 dennoch eine Hochburg im Ruhrgebiet hatte.

Mit Biedenkopf wäre dies schwerlich in der Weise denkbar. Als ehemaliger Henkel-Manager, Rektor der Universität Bochum und CDU-Generalsekretär ist das erstrebte klebrige Gemisch aus christlicher Nächstenliebe, Familiendylle und völkischer Heimatverbundenheit von ihm schwieriger anzurühren. Daß vor allem Zeitungen wie die „Frankfurter Allgemeine“ und das „Handelsblatt“ sich von Anfang an dafür engagierten, ihn nicht ganz abzuschießen, hängt mit seiner Rolle als „Kopf“ zusammen, die ebenfalls in NRW von Bedeutung ist. Seine Dissertation schrieb er zum Thema „Grenzen der Tarifautonomie“. Modelle, wie sie enger zu ziehen wären, hat die westfälische CDU längst ausgearbeitet.

Hamburg Proteste gegen Krankenhausschließung

Hamburg. Ca. 1200 Betten will die Gesundheitsbehörde bis 1990 in Hamburger Krankenhäusern streichen. Erreicht werden soll dies u.a. durch die Schließung des Allgemeinen Krankenhauses Bergedorf (AKB). Dagegen gibt es massive Proteste von Seiten der Krankenhausbeschäftigten, des Gesamtpersonalrats und der ÖTV sowie innerhalb der Bevölkerung. Im Stadtteil Bergedorf haben Demonstrationen und Veranstaltungen stattgefunden, im AKB hängt ein Transparent gegen den Krankenhausbedarfsplan des Senats, Krankenhausbeschäftigte protestierten im Rathaus gegen Personalabbau und Verschlechterung der Patientenversorgung als den bekannten Folgen von Bettenstreichungen und überreichten eine Liste von 35000 Unterschriften gegen die Schließung des AKB, die in kurzer Zeit unter der Bergedorfer Bevölkerung gesammelt worden waren.

Laut den Plänen der Gesundheitsbehörde soll die medizinische Versorgung Bergedorfs nach Schließung des AKB (277 Betten) vom Ev. Krankenhaus Bethesda übernommen und dazu der dortige Bettenbestand von zur Zeit 235 auf knapp 400 Betten ausgebaut werden. Neben Bettenstreichungen bedeutet das weitere Privatisierung im Gesundheitswesen und Aussperrung der Gewerkschaft sowie Aushöhlung des §218. Im AKB werden regelmäßig Abtreibungen vorgenommen, was man in Bethesda „in Gottes Namen“ nur in ganz beschränktem Umfang tut.

Die Gesundheitsbehörde begründet die Schließung des AKB mit der Bevölkerungsentwicklung in Bergedorf. Die Bevölkerungszahl sei von 88594 im Jahre 1978 auf 87999 im Jahr 1982 gesunken und werde 1990 nur noch 68014 betragen. Die Statistik zeigt dagegen, daß für die medizinische Versorgung der Bergedorfer Bevölkerung beide Krankenhäuser dringend gebraucht werden. Beim AKB weist die Patientenstatistik eine Steigerung von 3% bei stationären und 19% bei Notfallpatienten auf und das ohne Berücksichtigung der ambulanten Fälle. Beide Krankenhäuser waren 1982 zu 86% ausgelastet, eine Zahl, die als volle Auslastung gilt und deutlich über dem durchschnittlichen Auslastungsgrad der Hamburger Krankenhäuser (84,3%) liegt. Wäre die Reduzierung auf 400 Krankenhausbetten im Bergedorf bereits durchgesetzt, hätten in den letzten zwei Jahren 4150 Bergedorfer Patienten nicht versorgt werden können.

Der Fall Heike Klar

Nach Mißhandlungen durch Polizei und Justiz 20 Monate Gefängnis

Westberlin. Am 22.9. 1982 wurde Heike Klar im Anschluß an die Klaus-Jürgen-Rattay-Gedenkdemonstration (am 22.9. 1981 war Klaus Jürgen Rattay im Zuge eines Polizeieinsatzes von einem BVG-Bus erfaßt und zu Tode geschleift worden) lebensgefährlich verletzt. Sie erlitt eine Gehirnerschütterung und einen Schädelbruch durch Schlagstockeinsatz.

Nach ihrer Verhaftung wurde Heike Klar nicht ins Krankenhaus gebracht, sondern über zwei Stunden in der Stadt herumgefahren. Das, obwohl sie die Polizisten mehrfach auf Kopfschmerzen aufmerksam machte und den Verdacht einer Gehirnerschütterung äußerte. Nach 23 Uhr wurde sie dann der Feuerwehr übergeben und von dieser ins Haftkrankenhaus Moabit gebracht. Dort verweigerte man ihre Aufnahme, weil die medizinische Versorgung nicht gewährleistet war. Heike Klar wurde auf die Intensivstation des Krankenhauses Moabit gebracht, wo sie rund um die Uhr von einer Schließerin bewacht wurde. Der erste „Besuch“, den sie bekam, war eine Staatsschutzagentin, die den Versuch unternahm, Heike Klar auszufragen. Innerhalb von drei Tagen wurde sie zweimal zwischen Krankenhaus und der Haftanstalt hin- und herverlegt. Schon in der ersten Nacht unternahmen Polizisten den Versuch, sie aus der Intensivstation abzutransportieren, was nur durch das Eingreifen des diensthabenden Arztes verhindert wurde.

Im ärztlichen Gutachten heißt es: „Über dem rechten Ohr ein von frontal nach occipital längs verlaufendes Hämatom von ca. 6 cm Länge und 3 cm Breite. Es finden sich keinerlei Hautabschürfungen, auch keine Platzwunde, so daß die Verletzung mit großer Wahrscheinlichkeit durch einen länglichen stumpfen Gegenstand verursacht ist. Außerdem findet sich ein etwa 5 Mark Stück großes Hämatom am Hinterkopf, sowie eine Prellmarke über dem linken Jochbein von lat. nach medial längs verlaufend. Diese ist ebenfalls mit sehr großer Wahrscheinlichkeit durch einen stumpfen länglichen Gegenstand verursacht.“

Nach fünf Wochen Aufenthalt im Haftkrankenhaus wurde Heike Klar in die Frauenhaftanstalt Lehrterstraße verlegt. Dort lernte sie die politischen Gefangenen Karola Mack (§ 129, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) und Ruth Christiansen (Teilnahme an der Anti-Reagan-Demonstration am 11.6.82) kennen. Um den Kontakt zu unterbinden, wurde Heike Klar in die Haftanstalt Kantstraße verlegt. Die offizielle Begründung war Platzmangel.

In der Kantstraße unterlag Heike Klar einer Defacto-Isolation, da sie zu den Mitgefangenen keinen Bezugspunkt hatte. Für diese war es wichtiger, sich mit den Schließern gut zu stellen, als untereinander Solidarität zu entwickeln. Als Heike Klar aus Ver-

bundenheit mit einer Gefangenen, die wegen Verstoßes gegen die Vollzugsordnung in Einzelhaft gehalten wurde, den Umschluß verweigerte, stieß sie bei den gefangenen Frauen nur auf Unverständnis. Diese glauben, durch Kumpanei mit den Schließern ihre Lage verbessern zu können. So kommt es nicht selten vor, daß eine Gefangene Arm in Arm mit einer „Wachtel“ den Gang entlangspaziert.

In den ersten Prozeßwochen war der Gesundheitszustand von Heike Klar immer noch sehr schlecht. Sie hatte Hörschwierigkeiten, Konzentrationschwäche und Blutstauungen im linken Oberarm und Oberkörper. Trotzdem wurde sie in einem ungefederten Gefängnistransporter bis zu zwei Stunden in der Stadt umhergefahren, bevor sie das Gerichtsgebäude betrat. Sie forderte den Transport in einem Krankenwagen und ihre Rückverlegung in die Lehrterstraße. Der Antrag auf Rückverlegung wurde abgelehnt, der Krankenwagen wurde ihr schließlich mit Hilfe eines medizinischen Gutachtens zugestanden. Erst nach drei Monaten bekam Heike Klar die dringend nötige fachärztliche Untersuchung durch einen Neurologen. Dieser diagnostizierte erst nachträglich Hirnquetschungen.

Die Anklage gegen Heike Klar lautet auf Widerstand und Landfriedensbruch. Richterin Reißbach lehnte Anträge der Verteidigung meist naserümpfend ab und erwies sich gegenüber den polizeilichen Belastungszeugen als sehr zuvorkommend, gab ihnen bisweilen auch Schützenhilfe, wenn sie durch die Fragen der Verteidigung zu sehr in Bedrängnis gerieten. Ein Polizeizeuge saß vor seiner Vernehmung schon mehrere Male im Gerichtssaal, was bei Richterin Reißbach jedoch nicht ins Gewicht fiel. Die Entlastungszeugen wurden meist nicht ernstgenommen. Der Staatsanwalt Wedhorn bekundete offensichtliches Desinteresse. Die Aussagen einer Frau mittleren Alters, die den Polizeieinsatz gegen Heike Klar mitverfolgt hatte, wurde mit dem Hinweis abgeschmettert, ihre Tochter sei ja selbst Hausbesetzerin.

Die Standardsätze der Zeugen der Staatsanwaltschaft lauteten meist: Ja, wenn ich das in meiner ersten Vernehmung so gesagt habe, dann stimmt das. Oder: Daran kann ich mich heute nicht mehr erinnern.

Heike Klar wurde wegen Widerstand und Landfriedensbruch zu 20 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Der Staatsanwalt forderte drei Jahre und will in Berufung gehen. Ebenso wird die Verteidigung Berufung einlegen. Sie fordert Freispruch für Heike Klar.



Polizeieinsatz gegen die Demonstration am 22.9. 1982

Prozeßklärung von Heike Klar

Ich fühle mich hunds miserabel, habe sehr starke Kopfschmerzen, Schwindel, kann mich kaum auf den Beinen halten. Das ist die eindeutige Folge davon, daß ich zu früh transportiert, einen Tag nach der Verletzung hin und her gefahren, zwei Tage danach verlegt wurde. Daß wichtige Untersuchungen von den Anstaltsärzten nicht rechtzeitig gemacht oder in die Wege geleitet wurden. Das EEG wurde erst 14 Tage später als erforderlich gemacht. Daß ich im Haftkrankenhaus sehr schlecht betreut wurde.

Ich lag z.B. mit stark rauchenden Patienten zusammen. Daß ich vom 27.10. bis 28.12. ohne fachärztliche Betreuung oder Hilfe war, obwohl den Ärzten meine Gehirnverletzung und die Veränderung meiner Gehirnströme bekannt waren. Der praktische Arzt in der Lehrter Straße beguckte mich einmal in der Woche, verschrieb mir dann Beruhigungstropfen.

Die Schwester in der Kantstraße war nicht einmal dazu befähigt. Mir wurde erst am 28.12. meine Gehirnverletzung mitgeteilt. Erst am 28.12. wurde festgestellt, daß ständige Kontrolluntersuchungen nötig sind.

Daß vom Gericht meine Bitte vom 19.11. um Ausführung zu einem unabhängigen Neurologen zu der dringend notwendigen Untersuchung bis heute nicht genehmigt wurde. Ich habe mich bei Ihnen, Frau Reißbach, zweimal diesbezüglich beschwert und um schnelle Bearbeitung des Antrages vom 19.11. gebeten. Diese Hilfe wurde mir bis heute verweigert.

Ich bin nervlich so heruntergekommen, daß ich vergangene Nacht nicht schlafen konnte, sondern nur geweint habe. Heute nun wollen sie mit mir einen Prozeß zu Bedingungen führen, die wiederum meinen gesundheitlichen Zustand völlig außer acht lassen. Ich fühle mich dazu nicht in der Lage. Entweder ich bekomme jetzt die Hilfe, die mir zusteht, oder ich nehme an diesem Prozeß nicht teil. Dann schließen sie mich bitte aus.

Postanschrift von Heike Klar:

Heike Klar, Buch Nr. 603/82, Jugendvollzugsanstalt, Kantstraße 79, 1000 Westberlin 19.

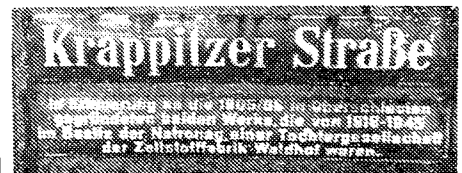
„Ostland-Patenschaft“ „Vertriebenen“politik von Kommune und PWA

Mannheim. Für die Ziele der Landsmannschaften haben die von Ländern und Kommunen proklamierten „Ostland-Patenschaften“ einen hohen Stellenwert. Die Landesregierung von Baden-Württemberg übernahm neben der Patenschaft für die „Donauschwaben“ 1979 auch gleich noch die für die „Rußlanddeutschen“. Die Stadt Mannheim hat bereits 1915 eine Patenschaft mit der Stadt Memel, Ostpreußen, begründet. 1953 wurde sie am „Tag der Heimat“ erneuert, da „beide Städte, Mannheim und Memel, in ihrer wechselvollen Geschichte durch ein gemeinsames Grenzschicksal verbunden sind.“

Durch den Versailler Vertrag (1919) mußte Deutschland das Memel-Gebiet an die Alliierten abtreten, ein Zustand, mit dem sich die Regierung des Deutschen Reiches nie abfand. „Trotzdem wurden in Deutschland und im westlichen Ausland der wirtschaftlichen Entwicklung des Memelgebietes erhebliche Chancen eingeräumt, so daß sich von 1919–1922 eine Reihe von Zweigniederlassungen ausländischer Firmen an der Memel ansiedelten“, so die Mannheimer Hefte. Und die Jubiläumsschrift der Papierwerke Waldhof Aschaffenburg (PWA) stellt fest, sie hätten schon um die Jahrhundertwende „erkannt, daß sich an der Memel ein günstiger Standort zur Erzeugung von Zellstoff bot“. Die PWA kaufte von 1919–1920 „nach und nach die Aktien der Zellstofffabrik Ragnit (Memel) ... 1925 wurden Ragnit und Waldhof fusioniert“. 1939 schließlich die Krönung: Das Memelgebiet wurde an Deutschland „zurückgegeben“.

1939, zur Zeit ihrer größten Ausdehnung, hatten die PWA 60% ihrer Betriebe auf dem Gebiet der heutigen DDR, Polens und Rußlands (Gesamtbeschäftigtenzahl 18400). Aber dann brach „das politische Schicksal und der Eiserne Vorhang“ herein, „verblieben sind nur die in Westdeutschland verbliebenen Fabriken“ – die 1958 aber bereits den gleichen Ausstoß wie die gesamten Papierwerke 1938 brachten. Wobei sie finanzkräftige Unterstützung hatten. 1952 übernahm Dr. Abs, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank, den Vorsitz im Aufsichtsrat.

Der „Lastenausgleich“ stand auch der PWA offen. Das Innenministerium dazu: „Deutsche, die in den Schadensgebieten Vermögen besaßen, ohne dort ihre Heimat zu haben, wurden wirtschaftlich – oft schwer – durch die



1983: Einige Straßenschilder der PWA-Siedlung in Mannheim

Wegnahme ihrer Vermögen getroffen. Das Gesetz bezeichnet solche Schäden ... als Ostschäden“, und die sind hauptentschädigungspflichtig. Und nicht nur hier profitiert der Zellstoffkapitalist vom Revanchismus. Mit halbseitigen Anzeigen in der „Siebenbürgischen Zeitung“ sucht die PWA besonders arbeitsame Arbeitskräfte, die die Freiheit des Westens bevorzugen. Das nützt der Arbeitsdisziplin und dem Profit. Nach § 54 des Arbeitsförderungsgesetzes zahlt die Bundesanstalt für Arbeit zur beruflichen Eingliederung von „Aussiedlern“ 80% des Arbeitslohnes bis zur Dauer von zwei Jahren.

Es ist anzunehmen, daß die „Patenschaft“ Mannheim-Memel mit der PWA abgesprochen ist.

Quellenhinweis: Betrifft: Eingliederung der Vertriebenen ... Hrsg: Innenministerium, Nov. 1982; Mannheimer Hefte 1963/2 und 1970/2; 75 Jahre Zellstofffabrik Waldhof, Hrsg. ebenso, 1959

Reservisten-Übungen: SS-Organisation HIAG seit Jahren dabei

Freiburg. Durch Nachforschungen der Badischen Zeitung ist aufgefliegen, daß die HIAG („Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS“) seit Jahren offiziell geladener Gast bei den Schießübungen der Freiburger Reservistenkameradschaft ist, an denen auch Polizei und Zoll teilnehmen. Dem für diese Übungen verantwortlichen Bundeswehr-Oberstleutnant Kern, Verteidigungsbezirkskommando Freiburg, „war die Nennung der HIAG im Teilnehmerfeld kein einziges Mal aufgefallen“ (BZ. 15.6.). Wörners Ministerium gibt sich aufgescheucht entrüstet: von „örtlichen Versäumnissen“, „Freibur-

ger Panne“ und „Unvereinbarkeit mit dem Traditionserlaß“ ist die Rede. Die Heuchelei ist plump: Wörner höchstpersönlich hatte bereits 1975 als Redner auf einem Treffen der HIAG in Stuttgart gesprochen zum Thema: „Wie sicher ist die Bundeswehr?“ und sich seitdem immer wieder für Auftritte von Nazi-Generälen in der Bundeswehr stark gemacht, u.a. für den kürzlich verschiedenen Oberst Rudel, dessen Zulassung zum Treffen beim „Geschwader Immelmann“ in Bremgarten er gefordert hatte. Was die innigst mit zahlreichen Nazi-Organisationen verbundene CDU-Reaktion allenfalls derzeit noch vermeiden möchte, ist zuviel öffentliches Gerede darüber. Der Freiburger Reservistenvorsitzende ist da offener: „Die HIAG ist ein Traditionsverband, der sich mit dem Traditionserlaß der Bundeswehr deckt. Das ist ein ganz typisch deutscher Verein, der nichts mit brauner Zeit und Kriegsverherrlichung zu tun hat.“ (BZ). Aus Anlaß dieser HIAG-Teilnahme hat die SPD-Landtagsfraktion eine Anfrage an die Landesregierung eingebracht, „ob sie bereit sei, dem Kameradschaftsverband der ‚Leibstandarte Adolf Hitler‘ nun die Gemeinnützigkeit und damit die steuerliche Begünstigung wieder abzuerkennen“ (BZ).

Die Reservistenverbände spielen für die Sammlung eines zu allem entschlossenen Anhangs – wie die SS – keine unbedeutende Rolle: z.B. führten sie allein 1979 26000 Veranstaltungen mit über 600000 Teilnehmern durch. Schwerpunkt ihrer „wehrpolitischen Öffentlichkeitsarbeit“ sind Informationsveranstaltungen „über das östliche Bedrohungspotential und die Folgen einer einseitigen Abrüstung“ (Wehrtechnik 10/81). Gegen die Bewegung gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen hatte der Verband schon 1981 eine bundesweite Kampagne gestartet: „Ich bin für Verteidigung“.

Truppenübungsplatz Wörner stellt sich der „Diskussion“

Ulm/Bollingen. Am 28.6. kam der Verteidigungsminister Wörner nach Ulm, um sein vor drei Jahren gegebenes Versprechen einzulösen: als Verteidigungsminister nach Ulm zu kommen zur Diskussion über die geplante Erweiterung des Truppenübungsplatzes, um die Argumente der Betroffenen zu hören. Empfangen wurde er von einem Protestspalier von 102 Traktoren und Demonstranten mit Spruchbändern wie: „Tiefflug und Düsenknall, ist hier

bei uns der nächste Fall“, „Weizen statt Panzer“, aber auch „Verteidigung mit Verstand braucht nicht noch mehr Land“. Der Panzerübungsplatz von 250 ha soll um weitere 100 ha vergrößert werden, d.h. Bauern droht der Ruin durch weiteren Landentzug, die Anwohner, Schule und Kindergarten nur 250 m entfernt, leiden unter Panzerlärm und Tiefflügen, ein Naturschutzgebiet wird zerstört.

Bereits im Oktober 1981 rückte der Ulmer Gemeinderat mit den Stimmen von CDU und SPD vom einstimmig gefaßten Beschluß gegen die Erweiterung ab. Die CDU brachte positive Alternativen im Regionalverband ein. In dieser Zeit wuchs auch der Widerstand. Die Initiativen in den Ortsteilen schlossen sich zu einer großen „Bürgeraktion Lerchenfeld“ zusammen. Und jetzt plötzlich präsentierte sich bei dem Besuch von Wörner eine Riege von CDU-Honoratioren als Anwälte der Betroffenen: Staatssekretär Schöttle: „klare Entscheidungen“



statt jahrelanger Ungewißheit. Staatssekretär Ludwig: „Störung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Bürger und Bundeswehr“ und der Vorsitzende des Kreisbauernverbandes: Die Bauern müssen seit Jahren vom besten Boden an die Stadt (Umbau), das Land (Autobahn), den Bund (Bundeswehr) abtreten.

Der Minister zeigte sich bürgernah und betroffen, besonders davon, wieviel Vertrauenskapital Bundeswehr und Politiker schon verspielt haben. Dabei steht die Ablehnungsfront keinesfalls mehrheitlich in Gegnerschaft zu Aufrüstung oder gar Bundeswehr.

Wörner versprach, das Thema „Lerchenfeld“ sauber und schnell zu beraten und zu entscheiden – und das kann man ihm auch glauben. Die Bürgeraktion überreichte ihm 7000 Unterschriften für ein kompromißloses „Nein“. Das kleinere Übel sei schon der jetzige Zustand.

Signalversicherung Fristlose Kündigung von Betriebsrätin ungültig

Dortmund. Ende Januar wurde die HBV-Betriebsrätin B. Hasenjürgen bei der Signalversicherung fristlos gekündigt. Grund: Sie hat die Beschäftigten in ihrer Abteilung über ein geplantes Kontrollsystem in der Datenverarbeitung informiert.

Nach dem von der Unternehmensleitung dem Betriebsrat vorgelegten „Konzept zur mitarbeiterbezogenen Auswertung von Systemdateien“ sollen in Zukunft die Programmierer einer Kontrolle unterworfen werden, wo Fehler, Leistung, Schnelligkeit und selbst der Papierverbrauch registriert werden. Aufgrund der aufgebrachten Diskussion im Betrieb erklärte die Geschäftsleitung im Nachhinein die Information als streng vertraulich, zitierte die Betriebsrätin zur Personalabteilung und warf ihr vor, Geschäftsgeheimnisse weitergegeben zu haben.

Ein paar Tage später lehnte der Betriebsrat die geplanten personalbezogenen Auswertungen einstimmig ab. Dies geschah sicher deswegen, weil es große Schwierigkeiten gegeben hätte, das „Konzept“ gegen die Belegschaft durchzusetzen. Denn noch einmal eine Woche später stimmt der Betriebsrat der fristlosen Kündigung zu, obwohl die Gewerkschaft HBV den Betriebsrat aufforderte, die Zustimmung zur Kündigung zu verweigern. Gerade in dieser wichtigen Frage stellte sich der Betriebsrat nicht gegen die Geschäftsleitung.

Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung, um eine vorläufige Weiterbeschäftigung bis zum Abschluß des Kündigungsschutzverfahrens durchzusetzen, wird vom Arbeitsgericht abgelehnt.

Am 29.6. fand der erste Prozeß vor dem Dortmunder Arbeitsgericht statt. B. Hasenjürgen stellte folgende Anträge: Rücknahme der fristlosen Kündigung und sofortige Wiedereinstellung. Den Prozeß hat B. Hasenjürgen gewonnen, die fristlose Kündigung ist zurückgewiesen; sofort wiederingestellt worden ist sie nicht, weil die Signalversicherung noch die Möglichkeit besitzt, vier Wochen nach der Urteilsverkündung in Berufung zu gehen.

Am 5. Juli erklärte der Betriebsrat seinen Rücktritt, Neuwahlen finden im September statt. Die Begründung ist „der verlorene Arbeitsgerichtsprozeß“. Spannend wird es bei diesen neuen Betriebsratswahlen, denn der alte Betriebsrat hat kräftig an Vertrauen verloren, und B. Hasenjürgen hat weiterhin passives Wahlrecht, und sie wird auch kandidieren.

Für ein „Randgebiet der Europäischen Gemeinschaft“ ist den Kapitalisten das Lohnniveau noch nicht niedrig genug

Traunstein. Im bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr ist man immer noch damit befaßt, einen Nachfolger für die im März 1983 in Liquidation gegangenen Gorenje-Körting-Werke in Grassau (Landkreis Traunstein) zu finden. Allerdings, so machte der zuständige Minister A. Jaumann deutlich, käme eine staatliche Unterstützung, wie Gorenje sie 1978 bei der Übernahme von Körting erhalten habe, angesichts der Lage auf dem Markt für elektrotechnische und elektronische Erzeugnisse nicht in Frage. Gorenje hatte von der bayerischen Staatsregierung eine Investitionshilfe in Höhe von 15% des Kaufpreises erhalten.

Den Vorwurf der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, man habe im Wirtschaftsministerium nicht alles unternommen, um den Konzern zu retten, und insbesondere sei eine Kooperation der Gorenje-Werke in Grassau mit den Siemens-Kapitalisten nicht entschieden gefördert worden, konnte Jaumann lässig von der Hand weisen. Seitens der Siemens-Kapitalisten war auf Empfehlung von Jaumann geprüft worden und eine Übernahme oder Kooperation für profitlich unbefriedigend befunden worden. Eine Prüfung durch andere Kapitalisten dürfte wenig anders ausfallen. Denn, so wird im Wirtschaftsministerium immer wieder angedeutet, nach wie vor ist das Lohnniveau im südostoberbayerischen Raum für kapitalfreundliche Ansiedlung zu hoch.

Die statistischen Durchschnittslöhne der Region liegen zwar um rund 10% unter denen im Raum München, doch immer noch um 10% über denen, die in Teilen Nordbayerns oder der Oberpfalz gezahlt werden. Zudem liegen die Durchschnittslöhne im Bereich der Elektrotechnik über den in diesem Bereich gezahlten Durchschnittslöhnen in München. Und das freilich hält anlagewilliges Kapital – trotz guter verkehrsmäßiger Erschließung und der Nähe der Märkte in Süd- und Südosteuropa – davon ab, „Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern“.

Von 15000 Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe im Landkreis Traunstein sind mehr als 44% im Bereich Elektrotechnik, zum überwiegenden Teil bei Bosch-Siemens in der Produktion von Hausgeräten und bei Siemens in der Leuchtenherstellung beschäftigt. Im Zeitraum von 1980 bis 1982 haben die Elektrokapitalisten die Belegschaften um mehr als 10% abge-

baut, bei den Arbeitern – und hier insbesondere in den unteren Lohngruppen – um über 14%. Die Bruttolohnsumme ist um 7% gesenkt worden auf 119,7 Mio. DM. Die geleisteten Arbeiterstunden sind um 18% gefallen.

Bei Bosch-Siemens in Traunreut – noch im Frühjahr haben die Kapitalisten in etlichen Bereichen der Produktion kurzarbeiten lassen – ist der Produktionsausstoß erheblich angewachsen. An fast allen Montagebändern, aber auch in den Bereichen der Vorfertigung sind die Stückzahlen heraufgesetzt worden. Teilweise werden pro Schicht bis zu 10% mehr Herde gefahren, bei reduzierter Bandbesetzung dieselben Stückzahlen verlangt. Die Kurzarbeit erweist sich für die Kapitalisten als Mittel, die Arbeitsintensität in den Arbeitsperioden kräftig zu steigern.

Ein Arbeiter im Bereich der Elektroindustrie im Landkreis Traunstein verdient 1980 durchschnittlich 26500 DM 1981 – bedingt vor allem durch Kurzarbeit – steigt der Lohn um 1,7% auf 26900 DM und 1982 um 6,7% auf 28700 DM. Der durchschnittliche Stundenlohn entwickelt

sich demgegenüber von 1980 mit 15,62 DM auf 1981 mit 17,03 DM und auf 1982 mit 17,83 DM. Der Anstieg von 1980 auf 1981 um 9% widerspiegelt den gewaltigen Intensitätszuwachs bzw. den Versuch der Arbeiter, Lohn-einbußen bei Kurzarbeit durch höhere Akkordleistung auszugleichen. Bei Siemens sind in der Folge in etlichen Abteilungen die Kalkulatoren tätig, um – nach einem ungeschriebenen Siemens-Gesetz – bei Akkordabrechnungen über 75 Zeitgradminuten die Akkorde durch Neufestsetzung herunterzudrücken.

Beispiel: Siemens-Arbeiter, eingestuft in SAB 06, der Jahreslohn liegt 1981 bei 30100 DM – die Siemens-Lohngruppen 04 und 05 dürften in etwa dem Durchschnittslohn entsprechen – erbringt 61% des Jahreslohns durch Verausgabung der Arbeitskraft im Akkord, der abgerechnete Zeitgrad bewegt sich übers Jahr zwischen 76,32 und 83 Minuten. Am höchsten ist er in den Monaten, in denen Überstunden gearbeitet werden bzw. wo Kurzarbeit angeordnet ist. 1982 steigt der Jahreslohn auf 31000 DM, also nur um 2,6%. Der Anteil der Akkordminuten steigt



Mit dem Machtantritt des Hitlerfaschismus beginnt auch der Aufstieg der Körting-Werke. Sie erlangen Berühmtheit als Hersteller des „Volksempfängers“. Nach dem Krieg – aus Leipzig in den Chiemgau übersiedelt – nimmt Körting die Produktion von Radio- und später von Fernsehgeräten auf. Als Zulieferer von Neckermann und Elac steigt der Umsatz auf über 300 Mio. DM jährlich. 1978 wird Konkurs angemeldet, die Abnehmer für Körting sind ausgefallen. Gorenje übernimmt das Werke für 22 Mio. DM, wovon die bayerische Staatsregierung 15% im Rahmen regionaler Industrieansiedlungspolitik als Investitionshilfe zuschießt. Im Bild: Demonstration gegen die Schließung der Körting-Werke 1978.

auf über 65%, und wieder ist die Akkordleistung am höchsten bei Überstunden bzw. Kurzarbeit.

Von den sogenannten wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Kapitalisten in diesem „strukturschwachen Gebiet“ bleibt also im wesentlichen übrig: höhere Leistungsanforderungen an die Arbeitskraft und wirtschaftliche Schwierigkeiten im Geldbeutel der Arbeiter. Die „Katastrophe bei Gorenje“, verschiedene andere Werkschließungen sowie die Androhung von KHD, sein Zweigwerk ebenfalls zu verlagern, haben sämtliche bürgerliche Politiker auf den Plan gerufen. Mit der Schließung von Gorenje hat die Arbeitslosenquote im südlichen Landkreis Traunstein die 13%-Marke überschritten. Noch immer sind Arbeiter, die beim Konkurs von Körting 1978 entlassen wurden, ohne Arbeit. In Grassau – dem Werkssitz – beträgt die Arbeitslosenquote über 25%.

Einige der betroffenen Gemeinden haben „Notprogramme“ zur Zwangsbewirtschaftung der Arbeitskraft erstellt. Z.B. werden im Zusammenhang

mit dem Arbeitsamt Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wie Kurparkerneuerung, Ausbau von Skiabfahrten und Wanderwegen durchgeführt. Die CSU fordert Umdenken, man müsse im Achental (Gegend um Grassau) wegkommen von der „Monostruktur der Wirtschaft“ und sich mehr dem Fremdenverkehr zuwenden. Sofern der Arbeiter also über ein Eigenheim verfügt, soll er doch eine Pension mit Übernachtung und Frühstück draus machen. Sofern nicht, kann er ja versuchen, seine Arbeitskraft als Kellner oder Zimmermädchen zu verkaufen. Die SPD fordert Abwendung von der „Monostruktur des Fremdenverkehrs“ und Förderung von Kapitalan siedlung um jeden Preis, insbesondere um die im Preis gefallene Arbeitskraft.

CSU und SPD haben sich dafür eingesetzt, daß die Landkreise Traunstein und Berchtesgadener Land nicht aus der „Gemeinschaftsaufgabe der EG“ als Fördergebiet herausgenommen werden, im wirtschaftlichen Sinn sei der südostbayerische Raum – unter dem Druck des niedrigen Lohnniveaus

im EFTA-Land Österreich – eindeutiges „Randgebiet der EG“.

Unter dem Druck des Arbeitsmarkts findet bereits Abwanderung in Niedrigstlohnbranchen statt: Noch 1980 beklagten Hoteliers und Gaststättenbesitzer in Südostoberbayern, der Arbeitsmarkt sei leer gefegt. Illegal wurden türkische und jugoslawische Arbeiter für 600 bis 800 DM bei 65-Wochenstunden ausgebeutet. Als diese Sorte „Schwarzarbeit“ aufgrund der EG-Bestimmungen unterbunden werden mußte, hatten selbige Hoteliers mit der Arbeitskraft britischer Arbeitsloser vorlieb nehmen müssen. Die Klagen über lange Teepausen häuften sich in der Öffentlichkeit. Heute vermeldet der Hotel- und Gaststättenverband, es stehe ausreichend deutsche Arbeitskraft zur Verfügung für Küche, Service und Zimmerservice. Das Arbeitsamt bietet Kurse zur Einarbeitung Branchenfremder an und stellt fest, daß die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme im Hotel- und Gaststättengewerbe zunimmt, wenn auch noch nicht im gewünschten Ausmaß.

CSU fordert Olympische Winterspiele 1992 nach Oberbayern

Das Nationale Olympische Komitee (NOK) entscheidet im Herbst über die Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 1992. Die Bayerische Staatsregierung begrüßt die Austragung der Spiele in den bayerischen Alpen. Das Berchtesgadener Land und Garmisch-Partenkirchen bewerben sich darum.

Die Gemeinderäte im Berchtesgadener Land und im Chiemgau haben sich mit den Mehrheiten der CSU für eine Bewerbung ausgesprochen. Die Finanzierung soll durch den Verkauf der Fernsehübertragungsrechte für 100 Millionen Dollar gesichert werden. Dies hat sich die CSU eigens auf einem Kongreß „Politik für den Sport“ vom NOK-Präsidenten und Fabrikbesitzer Daume vorrechnen lassen. Eingriffe in die Natur werden sich – so die CSU – in Grenzen halten, und außerdem dienen Olympische Spiele der heimischen Fremdenverkehrswirtschaft – so die CSU.

Eine Reihe von Bürgerinitiativen ist strikt gegen die Austragung der Spiele in den bayerischen Alpen. „Zur Wahrung der Interessen alpiner Natur, Umwelt und der sozialen sowie kulturellen Belange der Bevölkerung wird festgehalten: Sportliche Großveranstaltungen ... stellen eine unvermeidbare Belastung für die Bevölkerung, ihre Kultur und Umwelt

... dar ... Die Durchführung Olympischer Winterspiele ... wird ... aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen abgelehnt.“ (Aus der Resolution der „Schutzgemeinschaft Alpen“, die von verschiedenen Bürgerinitiativen und Naturschutzvereinigungen sowie von der örtlichen SPD und den Grünen unterstützt wird.)

Die Bürgerinitiativen befürchtet neben Eingriffen in die Natur der Alpenwelt Bau- und Bodenspekulationen, Mietpreiswucher, Folgekosten für den Bau der Sportanlagen verbunden mit

kommunalen Gebührenerhöhungen. Außerdem wollen sie den Zugriff von großen Freizeit- und Hotelgesellschaften auf das Gebiet verhindern.

Zur Zeit ist die CSU an den Bewerbungsorten mit „Befriedungsaktionen“ beschäftigt. Z.B. wurde ein Informationsstand gegen die Bewerbung vom Berchtesgadener Gemeinderat verboten. Denn ohne „Friedhofsruhe“ – wie sie der Präsident des Deutschen Bob- und Schlittenverbands fordert – läßt sich die Bewerbung vor dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) nicht durchsetzen, und damit wäre eine große Chance, bayerisch-deutsches Wesen weltweit zu präsentieren und zu propagieren, dahin.



Goebbels: „... werden wir uns mit den Völkern der Erde messen und ihnen zeigen, welche Kräfte die Idee der deutschen Volksgemeinschaft auszulösen imstande ist.“

1972 wird auf maßgebliches Betreiben des bayerischen Ministerpräsidenten Goppel in Seefeld/Tirol die Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp) gegründet. Mitglieder der Arge Alp sind: der Freistaat Bayern, die autonome Provinz Bozen-Südtirol, die schweizerischen Kantone Graubünden und St. Gallen, die italienischen Regionen Lombardei und Trient sowie die österreichischen Bundesländer Tirol, Salzburg und Vorarlberg. An einer weiteren Arbeitsgemeinschaft zwischen den südlichen Bundesländern Österreichs sowie Regionen im Nordosten Italiens und im Norden Jugoslawiens nimmt Bayern als „Berater“ und „aktiver Beobachter“ teil. Auf diese Weise ist es den BRD-Imperialisten gelungen, Ansprüche gegenüber den an der Arge Alp beteiligten Staaten unter dem Mantel transnationaler und regionaler Zusammenarbeit in organisatorische Formen zu gießen.

Die Arge Alp als Instrument des BRD-Imperialismus: Untergrabung bestehender Grenzziehungen und Verträge (z.B. Österreichischer Friedensvertrag) und „europäisch-transnationale“ Förderung von „Heim-ins-Reich-Bestrebenungen“.

„Die Alpenregion als europäische Aufgabe:

Die Region stellt den Versuch dar, innerhalb eines politisch-organisatorischen Rahmens die gemeinsamen Probleme zu bewältigen. Sie knüpft an ein gemeinsames kulturelles Erbe, gleichgelagerte politische Ziele, und weiterhin übereinstimmende wirtschaftliche und soziale Interessen an, aus denen sich die Notwendigkeit zu gleichgerichteter Problemlösung ergibt.

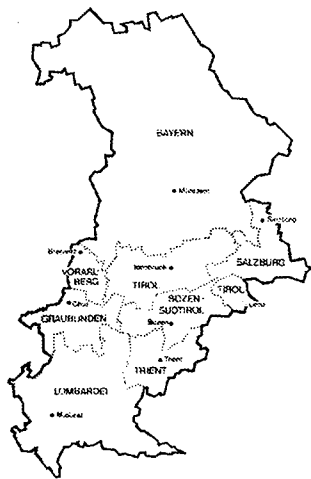
Regionen finden sich innerhalb von Staaten; sie können aber auch Teilgebiete verschiedener Staaten umfassen und so eine transnationale Einheit bilden. Der Alpenraum bietet sich von der politischen Geographie her als ein herausragendes Beispiel einer nicht erfundenen, sondern gewachsenen transnationalen Einheit an.

Die Staaten dieser Region gehören mit Ausnahme Jugoslawiens zwar alle dem Typus der westlichen Demokratie an; ein Teil dieser Staaten aber ist in ein europäisches Bündnisssystem integriert, während andere Staaten dieser Region im Hinblick auf Bündnisssysteme einen neutralen Status haben.“

„Die Arbeitsgemeinschaft wirkt über die Wirtschaftsgrenzen hinweg als Bindeglied in Europa und übt somit eine Brückenfunktion aus. Sie ist ein Modell für eine Zusammenarbeit europäischer Regionen, unabhängig von der Mitgliedschaft in der EG.“

„Die Einheit des Alpenraums durch Zusammenarbeit über die staatlichen Grenzen hinweg zu verwirklichen und

politisch zur Geltung zu bringen, ist die europäische Aufgabe der Alpenländer.“



Die bei Gründung der Arge Alp festgelegten Ziele und Aufgaben: „Die Arge Alp hat sich das Ziel gesetzt, den mittleren Alpenraum durch gemeinsame Anstrengungen als eigenständigen Lebensraum und Heimat für seine Bevölkerung zu erhalten und weiter zu entwickeln. Als ihre wichtigsten Aufgaben sieht die Arge Alp an:

- Erhaltung und Pflege der alpinen Landschaft unter den veränderten Bedingungen der Industriegesellschaft, Förderung einer lebensfähigen Berglandschaft und Forstwirtschaft.
- Abstimmung der alpenländischen Raumordnung, insbesondere der Siedlungsstruktur, Verbesserung des Angebots an Arbeitsplätzen für die einheimische Bevölkerung.
- Koordinierung der Planungen und Baumaßnahmen im alpenüberschreitenden Straßen- und Schienenverkehr.
- Sicherung und Entwicklung der Alpen als großräumige, europäische Erholungslandschaft unter Wahrung ihres natürlichen Gleichgewichts.
- Bewahrung und Pflege kultureller Traditionen und Beziehungen.“

... und was den BRD-Imperialisten von zentraler Bedeutung ist:

A. Jaumann, bayerischer Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, vor dem Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr des bayerischen Landtags 1979: „Wenn es um den grenzüberschreitenden Verkehr geht, so ist mir die Erleichterung des Zugangs zu den Häfen an der Nordsee und am Mittelmeer und die Verbesserung der Verkehrswege über die Alpen besonders wichtig.

Für den Verkehr von Bayern aus über die Alpen stehen – abgesehen von der Brenner-Autobahn – keine Wege zur Verfügung, die voll ausgebaut sind und modernen Ansprüchen genügen. Dies behindert auch den Gütertransport zu den Mittelmeerhäfen. Die bayerische Wirtschaft kann deshalb nicht alle Chancen wahrnehmen, die sich aus deren geographischen Nähe ergeben.

Unter den alpenüberquerenden Verkehrsprojekten hat deshalb der Bau einer Brenner-Flachbahn für Bayern allererste Priorität. Daneben bemühen wir uns, die Realisierung der Pyhrn-Autobahn und der Schnellstraße Ulm – Meran/Mailand vorwärts zu bringen.“

Bayerische Seehafenpolitik: Senkung der Transportzeiten und -kosten für die Kapitalisten und ungehinderter Zugang zu den Mittelmeerhäfen: „Von den rund 2,8 Mio. t Güter, die – ohne Rohöl – im Jahr 1977 über See nach Bayern kamen oder von Bayern aus exportiert wurden, würden sich aufgrund der geographischen Lage der Versender und Empfänger rd. 2,5 Mio. t grundsätzlich ebenso und teilweise besser für die Verschiffung über Mittelmeerhäfen eignen als über Nordseehäfen. Insgesamt waren es aber nur 0,2 Mio. t, die über die Südhäfen gingen.

Die Mittelmeerhäfen könnten ihre Position verbessern, wenn sie sich auf eine Aufteilung ihrer Funktionen einigen würden. Ich habe dies in der Alpenkonferenz ... vorgeschlagen. Es wurde von den anwesenden Hafenvertretern aus Italien und Jugoslawien bereitwillig aufgenommen.“ (Jaumann)

„Eine bedeutsame Erleichterung des Güterverkehrs über den Brenner könnte erreicht werden, wenn für den Verkehr deutscher Fahrzeuge ein Verkehrskorridor zwischen Kuf-

stein und dem Brenner geschaffen würde, der ein vereinfachtes Abfertigungsverfahren bei der österreichischen Ein- und Ausreise gestattet.“

Zäh und entschlossen verfolgt die Bayerische Staatsregierung den Ausbau der Brenner-Autobahn. Ein weiteres Projekt – die Alemagna – , eine direkte Verbindung zwischen München und Venedig, dem „Tor zum Süden und Südosten“, haben die westdeutschen Imperialisten vorerst auf Eis legen müssen aufgrund des Widerstands aus Österreich und Italien.

Anlässlich der Brenner-Blockade im Frühjahr 1983 durch italienische Bauern, fragte der CSU-Landtagsabgeordnete A. Glück die Bayerische Staatsregierung, ob solch gewaltsame Ausschreitungen mit dem Geist der EG-Verträge vereinbar seien, und was die Staatsregierung zu tun gedanke, um Schaden von der bayerischen Exportwirtschaft fernzuhalten. Der Schutz deutschen Exports vor Wegelagern wäre durch eine alpenländisch-transnational-bayerische Polizeitruppe absichtsvoll zu fördern.

Vom Main bis Mailand und darüber hinaus – die Interessen der westdeutschen Imperialisten „typisch alpenländisch“.

... handelt es sich zum großen Teil um typisch alpenländische Probleme, mit denen die Zentralregierungen wegen ihrer umfassenderen Aufgabenstellung nicht in demselben Maße vertraut und befaßt sein können wie die unmittelbar betroffenen Länder, Regionen und Provinzen.“

Denkmalschutz, Naturerhalt, Brauchtum und Volkskunst sollen die nackten wirtschaftlichen und politischen Absichten, die die BRD-Imperialisten in und mit der Arge Alp verfolgen, zudecken. Auf ihrer letzten Konferenz im Juni 1983 haben sich die Arge-Alp-Mitglieder unter Wortführung des bayerischen Wirtschaftsministers strikt gegen eine Teilnahme der Gewerkschaften an den Konferenzen ausgesprochen. Schließlich soll der „Alpenraum“ als Niedriglohnreservoir erhalten bleiben.

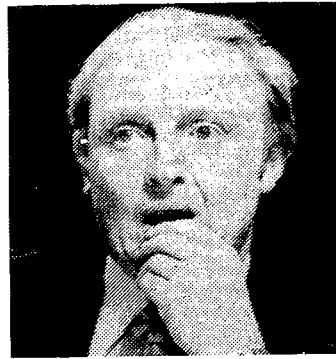
Quellenhinweis: Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.), Seminarberichte Arge Alp. Gemeinsamkeit der Alpenländer als Gegenstand der politischen Bildung, München 1978; A. Jaumann, Wirtschafts- und Verkehrspolitik für Bayern, Reden und Bericht, München 1979; Hanns-Seidel-Stiftung e.V. (Hg.), Politische Studien, Heft 4 1977, Bayern im Wandel, München 1977; Süddeutsche Zeitung, verschiedene Ausgaben.

Brasilien: Generalstreik am 21. Juli

Gegen das von der brasilianischen Regierung auf Druck des Internationalen Währungsfonds verabschiedete Sanierungsprogramm treten immer neue Teile der brasilianischen Arbeiterklasse in Streikaktionen. Nach den Beschäftigten im öffentlichen Dienst bestreikten in den letzten Wochen Tausende von Arbeitern drei Raffinerien des staatlichen Erdölkonzerns Petrobras. Im Werk Matripe bei Bahia entließ die Geschäftsleitung 300 Arbeiter. Zuvor hatte die Polizei eine Besetzungsaktion des Werkes durch 1400 Streikende gewaltsam niedergeschlagen. Im Großraum Sao Paulo schlossen sich Tausende von Chemie- und Textilarbeitern sowie 70000 der insgesamt 140000 Metallarbeiter der ausländischen Automobilkonzerne den Streikaktionen an. Am 7., 8. und 9. Juli bestreikten die Metallarbeiter erfolgreich die Produktion bei Mercedes-Benz, VW, Ford und Saab-Scania. Ihre Forderungen sind: Rücknahme der staatlichen Sparmaßnahmen, Preisstopp für lebensnotwendige Produkte, Unkündbarkeit der Arbeiter, 40-Stunden-Woche

Neue Führung für die Labour-Partei

Im Oktober wird die Labour-Partei einen neuen Vorsitzenden der Parlamentsfraktion wählen. Im Gegensatz zum Parteivorsitzenden, der wenig Einfluß hat, bestimmt der Fraktionschef die Richtlinien der Politik und wird als (offiziell bezahlter) „Leader of Her Majesty's Opposition“, als Führer der Opposition Ihrer Majestät, bestellt. Michael Foot kündigte kurz nach der schweren Wahlniederlage an, er werde nicht wieder kandidieren. Dennis Healey, Champion der Labour-Rechten, kandidiert ebenfalls nicht, und Tony Benn, lange Jahre als



Führer der Linken in der Partei angesehen, verlor seinen Unterhaussitz. Die Ortsgruppen der Partei und die Fraktion haben je 30% und die Gewerkschaften 40% der Stimmen bei der Wahl von Foots

Nachfolger. Nach den bisherigen Äußerungen der Gewerkschaften wird Neil Kinnock, ein Lehrer aus Wales, die Wahl gewinnen. Sein Haupttrivale ist Roy Hattersley, der unter Callaghan Ministerposten innehatte und politisch eng mit den späteren Gründern der Rechtsabsplattung SDP zusammenarbeitete. Während Hattersley klar der Kandidat der Rechten ist, weiß die Linke, vor allem in den Gewerkschaften, nicht so recht, was sie von Kinnock halten soll. Früher galt er als „links“, inzwischen aber benimmt er sich und gibt staatstragende Stellungnahmen zur EG-Mitgliedschaft, dem Falklandkrieg und zu Lohnkämpfen ab.

bei vollem Lohnausgleich, Arbeitslosenversicherung. Für den 21. Juli rufen die Metallarbeitergewerkschaften zum Generalstreik gegen die Regierungspolitik auf.

Irland: Streik für Gewerkschaftsrechte

Fünzig Mitglieder der irischen Gewerkschaft ITGWU streiken seit mehreren Wochen in der Lebensmittelfabrik Dawn Meats in Waterford, Republik

Irland. Sie verlangen von den Kapitalisten die Anerkennung der Gewerkschaft, d.h. Tarifverhandlungen. Die Unternehmensleitung weigert sich und stellt laufend Jugendliche ein, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Mehr als 300 Beschäftigte arbeiten normal weiter. Die 50 ITGWU-Mitglieder waren vor zwei Jahren schon in die Gewerkschaft eingetreten und hatten seitdem versucht, das Tarifrecht zu erreichen.

Malta verstaatlicht Kirchenbesitz

Die maltesische Regierung hat sich bereit erklärt, mit dem Vatikan über eine Entschädigung für die Enteignung fast des gesamten Kirchenbesitzes auf der Insel zu verhandeln. In der vorletzten Woche hatte das Parlament beschlossen, etwa 80% aller Kirchengüter – ohne die kirchlichen Gebäude – zu verstaatlichen. Die Kirche hatte sich geweigert, schriftlich das Prinzip des kostenfreien Schulunterrichts zu bestätigen, außerdem weigerte sie sich, ihre Güter zur Finanzierung der von ihr betriebenen Privatschulen zu nutzen. Der Vatikan protestierte und nannte die Enteignung einen „weitreichenden, einseitigen Akt“. Die maltesische Regierung hatte sich schon 1978 erfolgreich mit dem Vatikan angelegt, als die katholisch beherrschte Universität, die fast nur geisteswissenschaftlich und theologisch ausgerichtet war, aufgelöst und durch staatliche Hochschulen ersetzt wurde.

Chile: Massenkämpfe erschüttern das Regime

Nach den nationalen Protesttagen am 11. Mai und 14. Juni führte die Parteienfront „Multipartidaria“ einen dritten Protesttag durch. Das Pinochet-Regime hatte in den letzten Wochen durch die Verhaftung der Führung des „Nationalen Arbeiterkommandos“ die Massenbewegung ihres organisierten Zusammenhangs berauben wollen. Mit Streiks

hatten die Kupferarbeiter die Freilassung des Vorsitzenden ihrer Gewerkschaft verlangt. Anfang der letzten Woche wurde bekannt, daß das Regime 830 derjenigen, die sich am Streik beteiligt hatten, entlassen hat. Am 7.7. überfielen 50 Geheimpolizisten das Büro des Komitees für Gewerkschaftskoordinierung in Santiago, zertrümmerten die Einrichtung

und verschleppten fünf Personen. Bei ihren Verhaftungsaktionen hat das Regime auch drei Führer der Christdemokraten, die zusammen mit dem Regime die Allende-Regierung gestürzt hatten, festnehmen lassen. Die Christdemokraten werden verantwortlich gemacht für Flugblätter, die für den Protesttag zu Hupkonzerten gegen das Regime, Kaufboykott und zur „aktiven Gewaltlosigkeit“ aufriefen. Das Regime, das bisher jedes Gespräch mit der Opposition abgelehnt hatte, mußte nach der Entwicklung der Streiks taktieren. Der Generalsekretär der Junta erklärte am 26. Juni, dem Ende des Generalstreiks, daß er Gespräche unterstütze mit „echt demokratischen Kräften, die die Verfassung respektieren und den marxistischen Totalitarismus als den Hauptfeind betrachten“. – Auf einer Kundgebung am letzten Wochenende in Frankfurt wandte sich der Sprecher des DGB Frankfurt gegen den Verkauf von U-Booten aus der BRD an das Regime in Chile.



Südafrikanische Soldaten überfallen Lesotho

Zehn südafrikanische Soldaten wurden getötet und einer gefangen genommen, als 30 Soldaten am 29. Juni das Haus des Premierministers von Lesotho, Leabua Jonathan, angriffen, meldete Radio Lesotho. Südafrika versucht mit allen Mitteln, eine unabhängige Politik des eingeschlossenen Staates zu verhindern. So protestierte das Regime in Pretoria wütend gegen diplomatische Beziehungen Lesothos zur Sowjetunion.

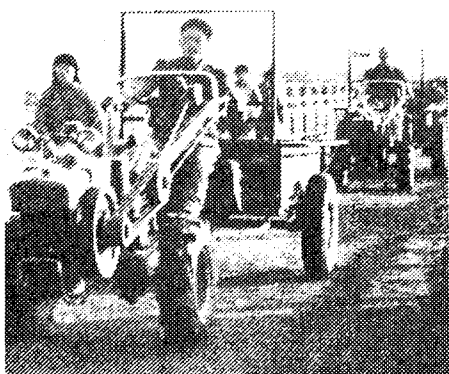
Regierung verkündet große Erfolge in der Landwirtschaft

Auf der im Juni zu Ende gegangenen Tagung des Nationalen Volkskongresses, des chinesischen Parlaments, konnte die chinesische Regierung für die Landwirtschaft im Gegensatz zu manchen anderen Wirtschaftsbereichen mit Erfolgszahlen aufwarten.

Daten zur Landwirtschaft

	1982	%-Ändg. zu 1981	zu 1978
Produktion (Mio t.)			
Getreide	353,0	8,7	16
Baumwolle	3,6	21,3	66
Ölpflanzen	11,8	15,8	126
Schweinefleisch	12,7	7,0	50
Einkommen (Yuan)			
pro Kopf	270,0	15,2	100
Handtrakt. (Tsd.)	298,0	49,7	—

Chinas Premier Zhao Ziyang: „Chinas Landwirtschaft hat sich selbst aus der fortdauernden Stagnation befreit



Ca. eine Mio. Kleintraktoren sind inzwischen im Besitz von Bauernhaushalten. Die Fabriken können die Nachfrage nicht befriedigen.

und einen soliden allgemeinen Aufschwung zu verzeichnen. Der Staatsrat hat in den letzten Jahren mit zahlreichen Maßnahmen den Arbeitsenthusiasmus der Bauern gesteigert. Wir haben die (staatlichen, d. Red.) Ankaufpreise für landwirtschaftliche und Nebenprodukte erheblich angehoben, den Getreideimport vergrößert und die Getreideablieferungsquote in einigen Gebieten gesenkt ... Von besonderer Bedeutung ist, daß die Bauern unter der Führung durch die Partei verschiedene Formen des Verantwortlichkeitssystems, das auf den Haushalten basiert und bei dem die Bezahlung ans Produktionsergebnis gebunden ist, ge-

schaffen haben. Damit haben wir die langjährige Praxis willkürlicher Produktionsdirektiven und einer egalitaristischen Produktverteilung geändert. Das System kombiniert Kleinproduktion auf Haushaltsbasis mit spezialisierter und vergesellschafteter Großproduktion, bewahrt die Errungenschaften der ländlichen Kollektivierungsbewegung und integriert die Überlegenheit des Kollektiveigentums und die bäuerliche Initiative in der Haushaltsproduktion.“

Das Verantwortlichkeitssystem bedeutet meistens, daß der Bauernhaushalt entsprechend Kopfzahl Boden und Produktionsmittel zugewiesen bekommt und dafür dem Kollektiv vertraglich ein bestimmtes Produktionsergebnis garantiert; Überschüsse verbleiben dem Bauernhaushalt. In der früheren Musterbrigade Dazhai, die die Kollektivierung weit entwickelt und „im Vertrauen auf die eigene Kraft“ große Flächen Ödland urbar gemacht hatte, wurde nach einer Kritik-Kampagne gegen „linke Tendenzen“ zunächst das Verantwortlichkeitssystem auf Arbeitsgruppen-Basis eingeführt; die Entlohnung der Arbeitsgruppen wurde an das Arbeitsergebnis gebunden. Seit 1983 wirtschaftet jeder Haushalt auf eigene Rechnung. Pro Hektar Land müssen die Bauern dem Staat 3,75 t Getreide verkaufen, den eventuell erzielten Überschuß können sie selbst behalten und verkaufen. Nach Angaben der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua lag schon 1982 das Pro-Kopf-Einkommen in Dazhai um 33% über dem von 1978, als das Vertragssystem noch nicht praktiziert wurde. Mehrere Familien haben sich inzwischen Handtraktoren angeschafft.

In einem Artikel der „Renmin Ribao“ vom März werden als Gründe für den Erfolg des Verantwortlichkeitssystems angeführt:

- gleiche Arbeitsleistung wird gleich entlohnt;
- die Gemeinkosten der Kollektive sind gesunken, weil auch die Kader ins Verantwortlichkeitssystem einbezogen sind;
- die Vorteile der Haushaltsproduktion werden genutzt, während zugleich dort, wo die Grenzen der Haushaltswirtschaft überschritten sind, die Produktionsaufgaben durch das Kollektiv durchgeführt werden;
- die Spezialisierung – z.B. der Schweinemast – der Bauernhaushalte bzw. von Produktionskollektiven wird gefördert.

Dieser „chinesische Weg zum Sozialismus in der Landwirtschaft“, den die KPCh erklärtermaßen für lange Zeit verfolgen will, ist im Kern die Rückkehr zur Kleinbauernwirtschaft. Dabei gewährt die Fortexistenz der Kollektive und das formelle Verbot von Pacht und Schuldknechtschaft den Bauern eine gewisse Existenzsicherheit. Die hohen Zuwachsraten der letzten Jahre sind zum einen wohl mit der Korrektur von Fehlern der Kulturrevolution (Entlohnungssystem, Verletzung der Kollektivrechte) zu erklären, zum anderen durch den in das jetzige System eingebauten Zwang für die Bauern, den Arbeitseinsatz zu steigern, und sei es durch Ausdehnung des Arbeitstages und Einsatz aller Haushaltsmitglieder, auch der Kinder. Es ist aber absehbar, daß diese Art von Produktions- und Produktivitätssteigerung an ihre Grenzen stoßen wird.

Ein Hauptproblem des Verantwortlichkeitssystems ist die zunehmende und auch noch offiziell geförderte Einkommensdifferenzierung unter den Bauern. Haushalte mit Jahreseinkommen von 10000 Yuan (ein Arbeiter verdient vielleicht 1000 Yuan) sind keine Seltenheit mehr. Andererseits leben hunderttausende Familien – mit kleinen Kindern und wenig Arbeitskräften, mit Krankheits- oder Todesfällen in der Familie – unter der Armutsgrenze und sind der bisherigen Existenzsicherung durch die Kollektive beraubt.

Quellenhinweis: Xinhua News, versch. Ausgaben; China aktuell, versch. Ausgaben

Jugoslawien

Umschuldung zu harten Bedingungen

Jugoslawiens Auslandsschulden an westliche Länder betrugen Anfang 1983 19 Milliarden Dollar. Um seinen Zinsverpflichtungen nachzukommen, hätten allein im ersten Viertel dieses Jahres 80% seines Jahresbetrages, nämlich 5,4 Milliarden Dollar, aufgebracht werden müssen. Das war nicht möglich. Seit Januar wurden Stundungs- und Umschuldungsverhandlungen geführt. An den Verhandlungen beteiligten sich 15 Länder, darunter maßgebend auch die BRD, die mit mindestens 1 Mrd. Dollar an der Auslandsverschuldung beteiligt ist. Ein Gläubiger-Beirat wurde gebildet, an dem neben amerikanischen Banken auch die Westdeutsche Landesbank beteiligt ist. Ergebnis dieser Verhandlungen ist ein Kredit von 1,3 Mrd. Dollar (3,1 Mrd. DM) in Form von mittelfristigen Wirtschaftskrediten. Gleichzeitig wurde Jugoslawien Zahlungsaufschub bis zum 31. März und noch ein-

mal bis zum 27. Juni 1983 gewährt. 564 westliche Geldinstitute haben Forderungen an Jugoslawien. Die Banken werden 600 Mio. Dollar an neuen Krediten aufbringen und stimmen einer Umschuldung von 1,4 Milliarden im Jahre 1983 fälligen mittelfristigen und zwei Milliarden an kurzfristigen Krediten zu. Die westlichen Banken rechnen mit neuen Umschuldungsverhandlungen 1984.

Die Bedingungen für die neue Finanzhilfe sind hart. Der jugoslawische Staat haftet mit seinem Auslandsvermögen für die Schulden. Wird ein Zahlungstermin um 15 Tage überschritten, kann Jugoslawien von seinen Gläubigern vor einem Belgrader, Londoner oder New Yorker Gericht verklagt werden. Von den Kreditgebern wurde eine Wirtschaftsreform gefordert, die im August im jugoslawischen Parlament behandelt werden soll. Freigabe der Preise und Stilllegung unrentabler Betriebe sind nur einige der Bedingungen. Die schon jetzt bei 18% liegende Arbeitslosenquote könnte dann leicht auf 25 bis 30% steigen. Um dieses Problem zu lösen, soll Jugoslawien, auch das ist eine Forderung der Geldgeber, seine Wirtschaft mehr als bisher dem Privatgewerbe öffnen. Die Bedingungen, die man Jugoslawien stellt, sollen das blockfreie Land politisch noch enger an den Westen binden. Milka Planinc, derzeit amtierende Ministerpräsidentin, übte Selbstkritik an der bisherigen Wirtschaftspolitik: „In der richtigen Einschätzung unserer wirtschaftlichen Lage und in der richtigen Politik kommen wir schon Jahre zu spät.“ Es wird für Jugoslawien immer schwieriger, seinen Verpflichtungen nachzukommen und dabei die politische Selbständigkeit zu wahren.

Quellenhinweis: SZ vom 27.4.1983 und 5.7.1983, FAZ vom 12.1.1983, Neue Zürcher Zeitung vom 16.1.1983 und 29.4.1983.

Spanien: Gewerkschaftsbewegung unterwirft sich nicht

Auf die Vertiefung der Weltwirtschaftskrise antwortet die spanische sozialdemokratische Regierung mit Maßnahmen der kapitalistischen Krisenwirtschaft. Ende April hat die Regierung der PSOE ihren Haushaltsplan vorgelegt. In diesem Plan sind die bei Regierungsantritt versprochenen Zielsetzungen nicht einmal mehr in Worten enthalten. Vor die Schaffung der versprochenen „Arbeitsplätze“ hat die Regierung jetzt die Sanierung der „nationalen Wirtschaft“ gesetzt.

Gegenwärtig beträgt die Arbeitslosenquote rund 17%, die geplanten Re-

gierungsmaßnahmen werden sie weiter erhöhen. Dazu gehören drastische Senkung der Importe, Erhöhung der Einnahmen aus indirekten Steuern um 28%, der Einnahmen aus direkten Steuern um 32%, „Rationalisierung der spanischen Wirtschaft“, also weitere Entlassungen.

Die spanische Gewerkschaftsbewegung hat auf diese Regierungspolitik in den letzten Monaten mit zunehmenden Kampfmaßnahmen und Streiks geantwortet. Im März und April streikten



Protestmarsch gegen Betriebsstillegungen

die Bankangestellten in den größeren Städten während mehrerer Wochen für höhere Tarifabschlüsse. Gegen den Versuch, die Lohnabschlüsse unter die Inflationsrate von 12% zu senken und die öffentlichen Haushalte durch Lohnsenkungen zu „sanieren“ streikten die Beschäftigten im Gesundheitswesen. Gegenwärtig konzentriert sich der Konflikt zwischen Regierung und Gewerkschaftsbewegung in der Stahlindustrie. Die Regierung will eines der staatlichen Stahlwerke in Sagunt schließen. 2000 Arbeiter wurden bereits entlassen. Ungefähr 30000 Lohnabhängige sind in dieser Region von den Sanierungsmaßnahmen betroffen. Die Comisiones Obreras (CCOO) lehnen alle Stilllegungspläne ab, die von der PSOE maßgeblich bestimmte Gewerkschaft UGT lehnt die Schließung ohne Sozialplan ab. Die Stahlarbeiter von Sagunt fordern mit Protestmärschen, Streiks und Betriebsbesetzungen die Änderung der Regierungspolitik.

Die beiden führenden Gewerkschaften UGT und CCOO haben trotz weitreichender Differenzen in diesem Jahr gemeinsame Maikundgebungen in fast allen Städten durchgeführt. Bereits damals forderten die Comisiones Obreras von der Regierung eine „Unterstützung der Arbeiterinteressen“ statt der „Verteilung des Elends“.

Quellenhinweise: Flugschriften von CCOO und UGT. El Pais, Cambio 16.

Italien

Proteststimmen für die Neofaschisten

Die neofaschistische „Italienische Sozialbewegung“ (MSI) hat bei den Parlamentswahlen Ende Juni mit 6,8% (+ 1,5%) das zweitbeste Wahlergebnis ihrer ganzen Geschichte erzielt. Damit war allgemein ebensowenig gerechnet worden wie mit dem tiefen Einbruch der Christdemokraten (DC). Allerdings: Die meisten Stimmen hat die DC nicht an die Faschisten, sondern an die kleinen Mittelparteien und an die Sozialisten verloren.

Die Wende nach rechts, in die mancher Kommentator die schwere Niederlage der wichtigsten Rechtspartei umzulügen versuchte, hat also nicht stattgefunden. Aber die Stimmengewinne der Faschisten könnten deren terroristischen Aktivitäten gegen die Arbeiterbewegung (von Schlägertrupps bis zu Bombenanschlägen auf Gewerkschaftskundgebungen) Auftrieb geben.

Die MSI knüpft unverhüllt an die „Traditionen“ des Mussolini-Faschismus an, schon durch den Parteinamen: Mussolinis auf deutsche Besatzer gestützter Satellitenstaat von 1943 bis 1945 hieß „Italienische Sozialrepublik“ (RSI). Der historische Faschismus war ursprünglich eine von Großbourgeois und Agrariern aufgezugene kleinbürgerliche Massenbewegung gegen die Arbeiterparteien und Gewerkschaften. In dem Bürgerkrieg, der der Befreiungskampf gegen die Nazi-Besatzer in Mittel- und Norditalien auch war, ist der Einfluß der Faschisten dort weitgehend liquidiert worden.

Die Neofaschisten sind seit jeher im Süden am stärksten. Den höchsten Stimmenanteil haben sie in Kampagnen (um Neapel) mit 11,9% (+ 2,7%) erreicht, in der Emilia-Romagna (um Bologna) dagegen z.B. nur 3,8% (+ 1,1%). Die spektakulärsten Einzelerfolge (um 20%) werden aus süditalienischen Großstädten (Neapel, Catania) gemeldet. Offensichtlich können die Faschisten verbreitete Unzufriedenheit mit den sozialen und politischen Verhältnissen am leichtesten dort auf ihre Mühlen lenken, wo die Arbeiterbewegung relativ schwach und die Zahl der verelendeten Menschen ohne regelmäßige Beschäftigung (vor allem in die Städte gewanderter ehemaliger Bauern) besonders groß ist. Hier hat die MSI mit einer Mischung aus autoritären politischen Parolen (Präsidialregime, Todesstrafe) und sozialer Demagogie („dritter Weg statt Marxismus und Kapitalismus“) einigen Erfolg gehabt.

Quellenhinweis: Unità, 29. Juni 1983

Südafrika Gewerkschaften gegen Auswanderung

Nach den im Juni veröffentlichten neuesten Zahlen der Deutschen Bundesbank über den westdeutschen Kapitalexport nach Südafrika haben westdeutsche Konzerne bis 1981 insgesamt 1,855 Mrd. DM allein in Fabriken und Niederlassungen in Südafrika investiert, etwa doppelt soviel wie 1976. 239 Firmen (ohne Tochtergesellschaften) beuteten 49000 Arbeiter aus. Ihr Umsatz betrug 8,2 Mrd. DM, verglichen mit 3,4 Mrd. DM 1976.

Diese Expansion bringt den zunehmenden Einsatz westdeutscher Arbeiter in Südafrika mit sich. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ führt inzwischen eine eigene Rubrik „Südafrika“ unter „Internationale Stellenangebote“. Da sucht ein „expansives Unternehmen der Kabelindustrie“ einen Elektrotechniker, für eine Fraktionierungsanlage in Kapstadt werden drei Chemiefacharbeiter gesucht, ein „führender Maschinengroßhandel“ sucht einen Ingenieur.

Im Gegensatz zu Stellenangeboten für Nigeria z.B. werden diese Angebote nicht zeitlich befristet. „Mehrere Jahre oder unbegrenzt“ sollen die Chemiarbeiter dort „Aufsichtsfunktionen“ ausfüllen (FAZ, 9.7.). Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) führt gegen diese ständige Zufuhr an Siedlern für die Befestigung der imperialistischen Bastion Südafrika seit einigen Wochen eine Kampagne durch, die der DGB unterstützt.

Auf einer Internationalen Gewerkschaftskonferenz am 10. und 11. Juni in Genf sprach sich DGB-Vorsitzender Ernst Breit für die Unterstützung dieser Kampagne und für die „enge Zusammenarbeit und tatkräftige Unterstützung der unabhängigen Gewerkschaften in Südafrika“ aus. Begründet hat er das allerdings mit einem Argument, das schlicht falsch ist: „Wir dürfen nicht zulassen, daß die beruflichen Chancen der schwarzen Arbeitnehmer sich durch Einwanderung aus den Industrieländern noch weiter verschlechtern und im Ergebnis die rassistische Politik weiter an Boden gewinnt.“

Da die Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung vor allem als Problem fehlender Chancen betrachtet wird, fällt es dem DGB auch nicht schwer, die vollständig gerechten Angriffe azanischer Guerrillas gegen den Siedlerstaat abzulehnen. Der DGB trete für einen „friedlichen Weg zur Anerken-

nung der Gleichheit aller Rassen in diesem Lande“ ein, sagte Breit bei der gleichen Pressekonferenz. Das „Recht auf Leben“ müsse an vorderster Stelle stehen.

Die IBFG-Kampagne ist trotzdem eine gute Gelegenheit, die Expansionspolitik der Kapitalisten anzugreifen und zu enthüllen, mit welchen Anreizen Arbeiter für die Auswanderung gewonnen werden sollen.

Quellenhinweis: Die Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland, Beilage zu „Statistische Beihäfte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank“, Reihe 3, Nr. 6, Juni 1983; DGB-Pressemitteilung vom 10.6.83; FAZ, versch. Ausg.

Kurdistan Zur Unterdrückung der Kurden in ihrem Land

Vom 13. April 1981 bis zum 25. Mai 1983 sind nach Berichten der kurdischen Organisation Serxwebun 49 Todesurteile, 20 lebenslange und 340 weitere Haftstrafen gegen Kurden durch die Richter der Militärjunta in der Türkei verhängt worden. Die Politischen Berichte werden in einer der folgenden Ausgaben ausführlicher über die Kämpfe der Kurden in der Türkei und ihre Unterdrückung durch die türkischen Herrscher berichten. Im folgenden dokumentieren wir zunächst einen Artikel, den uns das Kurdische Volkskomitee zur Verfügung gestellt hat.

Kurdenfrage und BRD-Linke

Kurdistan ist ein halbfeudales Kolonialland unter der Herrschaft der Türkei, des Irans, Iraks und Syriens. Obwohl im allgemeinen heute der klassische Kolonialismus keine Bedeutung mehr hat, trifft diese Form auf Kurdistan zu, mit der Besonderheit, auf vier verschiedene Kolonialmächte aufgeteilt zu sein. Auf diese Weise wird Kurdistan direkt von der Bourgeoisie der Kolonialländer regiert. Die kurdische Sprache und Kultur ist verboten, und Kurdistan hat keinen eigenen Staat.

Das kurdische Volk ist drei bestimmenden Ausbeutungsverhältnissen ausgesetzt:

- kurdische Großgrundbesitzer (Feudalherren)
 - die Bourgeoisie der Mutterländer
 - das internationale Kapital unter Führung der imperialistischen Länder
- Die revolutionäre Bewegung in Kurdistan hat in den oben angeführten drei Kräften ihre Hauptfeinde.

Die türkische, iranische, irakische und syrische Bourgeoisie arbeitet zusammen, um die kurdische Bewegung – egal in welchem Mutterland – zu vernichten. So ist der Überfall auf kurdische Freiheitskämpfer am 25.5. 1983 im Irak durch türkisches Militär auf gemeinsame Abkommen dieser beiden Länder zurückzuführen.

Um die kommunistische Bewegung in Kurdistan zu zerschlagen und zu vernichten, wenden die Mutterländer und imperialistischen Länder verschiedene Methoden an, die sich gegenseitig ergänzen. So sind die imperialistischen Länder auf der einen Seite bereit, die Bourgeoisie der Mutterländer militärisch, ökonomisch und ideologisch im Ausrottungskampf gegen die kurdische Bewegung zu unterstützen. Auf der anderen Seite wenden die imperialistischen Staaten gleichzeitig die Neokoloniemethode an. Sie „verteidigen“ das kurdische Volk mit der Lüge, sie seien für das Selbstbestimmungsrecht der Kurden. Für die imperialistischen Staaten stellt sich nicht die Frage, Kolonie oder eigene Nation, sondern es steht nur so, entweder ist Kurdistan für ihre eigenen Interessen verloren, oder mit der Neokoloniemethode bleibt Kurdistan dem kapitalistischen Block erhalten. Z.B. unterstützt die BRD-Bourgeoisie auf der einen Seite die faschistische Militärjunta in der Türkei ökonomisch, militärisch und politisch für den direkten Kampf gegen das kurdische Volk, ist mit am NATO-Manöver „A. Express 83“, das im Mai/Juni ca. einen Monat lang in Türkisch-Kurdistan stattfindet, beteiligt.

Auf der anderen Seite beschäftigen sich einige bürgerliche Parteien, Organisationen und Institutionen in der BRD mit der Kurdenfrage. Sie reden große Worte „gegen“ die Unterdrückung des kurdischen Volkes und stehen so als „Verteidiger“ und „Interessenvertreter“ der Kurden hier in der BRD an vorderster Stelle (z.B. die Grünen, Kirche, Demokratische Sozialisten usw.). Ziel dieser Freiheitsreden ist, eine wirkliche Befreiung des kurdischen Volkes zu verhindern.

Die BRD-Linken müssen sich mit der Kurdistanfrage direkt beschäftigen, weil:

1. in der BRD ca. 300000 kurdische Werktätige arbeiten,
2. die BRD-Regierung sich direkt mit der Kurdenfrage beschäftigt,
- und 3. es die Aufgabe des proletarischen Internationalismus ist.

Obwohl peinlich, ist die Tatsache festzustellen, daß die BRD-Linke sich im Gegensatz zu bürgerlichen Parteien, Organisationen und Institutionen nur sehr wenig mit der Kurden-Frage beschäftigt.

Es ist wichtig, daß die BRD-Linken sich direkt mit der Kurdistan-Frage beschäftigen. Dabei ist es verkehrt, allein die Parteien, Organisationen usw. der Mutterländer zum Ausgangspunkt zu nehmen. D.h. nicht die nationalen linken Parteien und Organisationen, sondern die kurdischen Parteien und Organisationen müssen der Ausgangspunkt der Untersuchung sein.

KHK – Kurdisches Volkskomitee
10. Juni 1983

PLO

Syrien will die Einheit der PLO zerschlagen

Während die gesamte bürgerliche Presse in den letzten Wochen die Rebellion in der Al Fatah zur „Spaltung der PLO“ breitwalzte, hat die PLO selbst kein offizielles Communiqué zu den Auseinandersetzungen herausgegeben. Erst seit dem offenen Bruch zwischen Syrien und der PLO-Führung nimmt die PLO öffentlich Stellung zu den Hintergründen; sie hatte bis dahin intensiv versucht, die Auseinandersetzungen innerhalb ihrer Organisationen auf demokratischem Weg zu schlichten und die Differenzen mit Syrien über Verhandlungen beizulegen. Alle Stellungnahmen der PLO machen nun jedoch deutlich, daß die Rebellion tatsächlich nur ein Deckmantel für die Versuche Libyens und Syriens ist, die unabhängige Entscheidung der Palästinenser unter ihre Kontrolle zu bringen.

Zu den Führern der Meuterer gehören sowohl Mitglieder des Revolutionsrates der Al Fatah, wie Abu Mussa, als auch die Volksfront/Generalkommando und die Al Saika, beide zahlenmäßig relativ unbedeutend und schon immer abhängig von Syrien. Die Meuterer werfen der PLO-Führung vor, im September 1982 in Beirut kapituliert zu haben, den bewaffneten Kampf aufgeben zu wollen, sich Jordanien zu verkaufen und die amerikanische Lösung zu unterstützen. Außerdem forderten sie Reformen innerhalb der PLO zur Bekämpfung von Bürokratismus und Korruption. Die PLO hält ihnen entgegen, daß die Entscheidung, aus Beirut abzuziehen, damals von allen Organisationen der PLO getroffen wurde. Der bewaffnete Kampf im Libanon gegen die israelischen Besatzer wird zusammen mit den libanesischen fortschrittlichen Kräften fortgesetzt und nimmt an Stärke so zu, daß Israel bereits innenpolitisch damit zu kämpfen hat. Daß Arafat mit Hussein direkt verhandelt und nicht über Vermittler, soll gerade diesem die Möglichkeit verbauen, im Namen der Palästinenser zu reden. Der Reagan-Plan wurde vom Palästinensischen Nationalrat vollständig verworfen.

Gegen Reformforderungen innerhalb der Organisation verschließt sich die Al Fatah und die PLO nicht, sie bestehen allerdings darauf, daß sie auf den demokratischen Wegen beschlossen werden, die die Organisation dafür geschaffen haben. Trotz der bewaffneten Auseinandersetzungen ist die PLO-Führung zu einem weiteren Dialog mit den Meuterern bereit. Diese lehnen al-

lerdings jede Diskussion ab, sie stellen sich gegen alle Beschlüsse der PLO und fordern faktisch ihre Auflösung. Die FDLP und die PFLP, beide bedeutende Organisationen innerhalb der PLO und angeblich auf Seiten der Meuterer, haben in Wirklichkeit mehrere Male versucht, vermittelnd einzugreifen. Sie wollen ebenso die Spaltung der Al Fatah wie der PLO verhindern. Arafat zur Einschätzung der Rebellen: „... Aber ich bin sicher, daß sie auf Geheiß der Syrer und Libyer handeln ... Ich versuche immer noch Abu Mussa nicht als Werkzeug zu bezeichnen. Früher

rungen wurden in Syrien verbreitet, die Antwort der PLO nicht. Ein Treffen mit Arafat lehnte Assad strikt ab.

Für die PLO, die als Befreiungsbewegung zum größten Teil im Exil operiert, sind aber gute Beziehungen zu den arabischen Ländern, insbesondere Syrien, wichtig, denn Syrien ist ein Konfrontationsstaat mit Israel und für die palästinensischen Kämpfer der einzige Zugang in den Libanon, außerdem leben dort viele Palästinenser in Flüchtlingslagern. Doch schon das Eingreifen Syriens in den libanesischen Bürgerkrieg 1976 zeigte, daß Syrien eigene Interessen hat, denen die PLO im Wege stand. Zur Rolle Syriens kommentierte am 30.6. die Wafa: „Die syrische Rolle hat besondere Ausformungen. Syrien braucht revolutionäres Ansehen und revolutionäre Werkzeuge. 1976 begann Syrien konspirative Tätigkeiten unter dem Vorwand, die palästi-



Internierungslager der israelischen Truppen im Libanon für Palästinenser

war er ein guter Soldat ... Mein Problem ist klar Syrien.“

Nach dem Bericht des PLO-Vertreters Abdalla Frangi hat Syrien schon während des Libanonkrieges selbst keine nennenswerte Hilfe geleistet, sondern sogar Nachschub der PLO verhindert, hat Freiwillige nicht in den Libanon durchgelassen und umfangreiche Waffenlieferungen für die PLO beschlagnahmt. Auch nach dem Krieg hat Syrien die Bemühungen der PLO, ihre Kämpfer wieder in den Libanon einzuschleusen, behindert unter dem Vorwand, Kämpfe der Palästinenser untereinander verhindern zu wollen. Teile der beschlagnahmten Waffen der PLO und Fahrzeuge hat Syrien dagegen an die Rebellen verteilt und deren bewaffnete Angriffe auf PLO-Büros gedeckt und unterstützt. Ihre Erklä-

nensische Revolution im Libanon zu schützen und Kämpfe im Innern zu verhindern. Die revolutionären Lösungen, die vom syrischen Regime aufgebracht wurden, wurden damals in Washington und in Tel Aviv positiv aufgenommen ... Das Interesse des syrischen Regimes besteht heute darin, die PLO zu zerschlagen, um den Weg einer amerikanischen Lösung zu beschreiten ...“

Abdalla Frangi führte am 25.6. dazu näher aus: „Wir sind überzeugt, daß die Syrer ein Arrangement mit den USA versuchen wollen und zwar nicht nur über den Libanon, sondern über den gesamten Raum. Syrien hat Großmachtpläne. Heute versuchen sie, die PLO in einen neuen Zustand zu bringen, daß sie in die syrische Konzeption paßt ... Alles läuft darauf hinaus, die

PLO auszuschalten. Den Gewinn haben Israel und die USA. Die Tatsache, daß wir im letzten Jahr drei Monate lang Widerstand im Libanonkrieg geleistet haben, hat die Rolle Israels im Rahmen der Imperialisten geschwächt. Sie haben zugeben müssen, daß Israel alleine nicht mehr fähig ist, dem Prozeß im Nahen Osten zu begegnen. Die amerikanische Konzeption läuft darauf hinaus, den arabischen Staaten, die mit den USA befreundet sind, etwas zu geben, damit sie beide haben, Israel und die arabischen Länder ...

Die USA versuchen jetzt zu balancieren. Sie versuchen es durch Ägypten, Saudi Arabien und die Zerstrittenheit der arabischen Staaten, und sie versuchen, auch Syrien etwas zu geben. Ich will nicht behaupten, daß Syrien mit Israel und der US-Politik gleichzieht, die Syrer haben gewisse eigene Ziele vor Augen. Ich fürchte aber, Syrien ist nicht für einen Palästinenstaat. Wenn sie nicht dafür eintreten, werden sie von den Imperialisten als Partner akzeptiert und bekommen eventuell die Golan-Höhen in einer politischen Lösung zurück. Ich hoffe, daß die Absichten Syriens nicht so sind, wie man heute befürchten muß. Wenn aber die arabischen Staaten die PLO ausschalten, dann liefern sie den USA den Beweis, daß sie „anständig“ sind, und daß sie zu einer Lösung ohne die PLO bereit sind. D.h. man will vielleicht eine politische Lösung, z.B. daß West-Bank und Gaza unter Kontrolle von Jordanien kommen, die Siedlungen bleiben mit symbolischer Anwesenheit der Israelis. So etwas kann die PLO nicht akzeptieren, deshalb wird sie ausgeschaltet.“

Die „heikle Erkundungsfahrt“ des US-Außenministers Shultz vor zwei Wochen bestätigte diese Einschätzung. Er hat alle einschlägigen Verhandlungspartner besucht, über oder gar mit der PLO wurde nicht gesprochen, die Rückgabe des Golan ist wieder ins Gespräch gekommen, wenn auch bisher unter dem Vorzeichen „niemals“, die Teilung des Libanon nimmt unter der Bezeichnung „Umgruppierung der israelischen Truppen“ konkrete Formen an.

Der Revolutionsrat der Al Fatah hat auf seiner letzten Sitzung beschlossen, die militärische und politische Anwesenheit überall, insbesondere im Libanon, zu stärken und den Dialog mit Syrien und den Meuterern fortzusetzen. Abdalla Frangi: „Wenn die Attacken von allen Seiten kommen, müssen wir das Hauptziel verfolgen: Die Revolution zu bewahren, damit sie nicht vernichtet werden kann. Das ist unsere Hauptaufgabe seit dem israelischen Angriff im Libanon.“

Quellenhinweis: Palästina-Bulletin 26/83 der ISPA; autorisierte Mitschrift der Rede A. Frangis am 25.6.83

Anerkennung der PLO und des Selbstbestimmungsrechts durch die Bundesregierung!

Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, hat im Januar bei einem Besuch in Bonn zu Beginn der westdeutschen EG-Präsidentschaft die Anerkennung der PLO durch die EG und Unterstützung für die Errichtung eines palästinensischen Staates gefordert. Genscher antwortete – einmal mehr – mit gewundenen Phrasen: Die klaren Forderungen der Arabischen Liga sind nach wie vor nicht erfüllt. Die französische und die britische Regierung haben sich geweigert, PLO-Vertreter auch nur im Rahmen von Delegationen der Arabischen Liga zu empfangen.

Es gehört zu den Lieblingssprüchen der EG-Außenpolitiker, daß die westeuropäischen Staaten am Nahost-Konflikt ebenso unschuldig wie unbeteiligt wären und eigentlich nur abwarten könnten, ob Reagans „Friedensplan“ schließlich zum „Erfolg“ führt. Von wegen.

Tatsächlich hat niemand mehr als die EG-Imperialisten Interesse, die arabischen Länder durch den um sich beißenden Wachhund Israel in Schach und womöglich noch gespalten zu halten: Fast die Hälfte des gesamten Außenhandels der Länder des Nahen Ostens mit Industrieländern entfällt auf die EG, nur knapp ein Fünftel auf die USA. Sowohl im Libanon als auch auf dem Sinai helfen französische und italienische NATO-Truppen den durch israelische Aggression diktierten „Waffenstillstand“ bzw. „Frieden“ zu sichern.

Die EG-Staats- und Regierungschefs haben 1980 in ihrer „Erklärung von Venedig“ sorgfältig vermieden, die PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes anzuerkennen. Sie müsse nur „an der Verhandlung beteiligt werden“. Die führende außenpolitische Zeitschrift der westdeutschen Imperialisten interpretiert: „Ein einfaches Ausrollen des roten Teppichs für die PLO dürfte die Anregung einer ‚Beteiligung‘ an den Verhandlungen ... aus deutscher Sicht freilich nicht bedeuten ... Das bedeutet insbesondere die entschlossene Unterstützung aller Bestrebungen, welche die Einstellung der Terrortätigkeit ... sowie die Anerkennung des Existenzrechts Israels seitens der PLO zur Voraussetzung jener offiziellen ‚Beteiligung‘ am Friedensprozeß machen.“ (Europa-Archiv, 14/1980) Die PLO sei also nur anzuerkennen, wenn sie schon vor

Verhandlungen alle militärischen und diplomatischen Waffen streckt.

Während in Peking schon 1965 und in den meisten Ländern der Dritten Welt und Osteuropas in den 70er Jahren offizielle PLO-Büros eingerichtet werden konnten, hat in Westeuropa nur Österreich (1980) die PLO anerkannt. Im Unterschied zu den meisten anderen EG-Ländern gibt es in Bonn nicht einmal ein PLO-Büro ohne diplomatischen Status, sondern nur eine „Informationsstelle Palästina“ im Rahmen der Vertretung der Arabischen Liga. Die Forderung nach Anerkennung, die der Palästinensische Nationalrat im Februar bekräftigt hat, richtet sich gegen den Versuch, die PLO auszuschalten und zu vernichten und den Nahost-Konflikt nach imperialistischen Interessen mit den abhängigen arabischen Regimes zu „regeln“.

In der Politischen Erklärung des Nationalrats heißt es: „Der Palästinensische Nationalrat grüßt alle demokratischen und fortschrittlichen, antiimperialistischen, antizionistischen



NATO-Besatzungstruppe in Beirut

schen und Anti-Apartheid-Kräfte in den Ländern Westeuropas und in allen kapitalistischen Ländern und betrachtet diese Kräfte als Hauptverbündete in diesen Ländern. Der PNR fordert das Exekutivkomitee der PLO auf, mit diesen Kräften zusammenzuarbeiten, um zu gewährleisten, daß ihre Länder die unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und der PLO anerkennen.“ Das ist eine große Verpflichtung.

Quellenhinweis: Europa-Archiv, 14. 1980, 24. 1980; Palästina-Bulletin 8. 1983



Film „Begierde“

Vom Zuschauer wird Lust am Blutrausch und an der Verhöhnung der Wissenschaft erwartet

„Für immer und ewig“, verspricht eine Frau ihrem Geliebten. Das Besondere daran ist, daß sie die häufig gebrauchte Formel für sich selber im strengen Tatsachensinn meint, denn sie ist unsterblich. Dasselbe hat sie zuvor schon allerhand anderen versprochen, die alle nicht so dauerhaft waren wie sie. Zwar war es ihr gelungen, ihnen jeweils einige Jahrhunderte Leben zu verschaffen durch Zufuhr von frischem Blut. Der Rhythmus, in dem sie sich so selber neu erschaffen, ist an die Schöpfungsgeschichte der Bibel angelehnt und ist insofern blasphemisch. Jeden siebten Tag „speisen sie sich“, d.h. sie suchen sich ein Opfer, das sie aufschlitzen und auf ihre Weise vernaschen. Wenn es trotz solcher Vorkehrungen mit dem oder der jeweiligen Geliebten des weiblichen Vampirs Miriam zu Ende geht, tritt ein rascher Alterungsprozeß ein. Die Künste des Maskenbildners und des Trickspezialisten werden in diesem Film mit dem amerikanischen Originaltitel „Hunger“ breit ausgeschlachtet. Schauspielkunst wird überflüssig. Welches Vergnügen nun der Zuschauer aus der zeitgegrafften Darstellung von Alter, Tod, Zerfall und Verwesung ziehen soll, ist unerfindlich. Jedenfalls wird die Sache auch nicht geschmackvoller durch die Darstellung desselben Vorgangs anhand von kranken Affen, deren überschneller Alterungsprozeß parallel dazu in einem Forschungsinstitut un-

tersucht wird.

Dieser Trickdarwinismus dient denn auch bloß dazu, die ungläubige Ärztin Sarah in die Fänge von Miriam, repräsentiert durch Cathérine Deneuve, zu treiben. Sie glaubt dem englischen Adligen John, dem derzeitigen Geliebten Miriams nicht, daß er ärztliche Hilfe wegen seines rasanten Alterungsprozesses sucht. Sie läßt ihn zwei Stunden im Wartezimmer sitzen und trifft ihn, den sie als jungen Mann verließ, als halbe Mumie wieder. Als Unterlage für diese Verwandlung dient der Popstar David Bowie, dessen Mitwirken, da er bekannt ist wegen seiner Biseexualität und durch sein Gebaren als halbfaschistischer Knaube bei früheren Konzerten, wohl den Zuschauern einen zusätzlichen Kitzel verschaffen soll.

Sarah also sucht ihn zu Hause auf und trifft ihn nicht mehr an, da er inzwischen von Miriam in einen Sarg zu seinen Vorgängern auf den Speicher verfrachtet worden ist. Sarah bekommt einen Teil von Miriams Blut verpaßt, und nachdem der Kampf der beiden Blutsorten in ihrem Körper eine Weile getobt hat und sie das Geheimnis des ewigen Lebens kennt, erweist sie sich als die Hungerigere. Sie überwältigt Miriam, die nun zerfällt wie ihre bisherigen Opfer, und tritt deren Erbe an. Die Kriminalpolizei, die sich am Rande bemüht, das Schicksal einiger vermißter Personen aufzuklä-

ren, zeigt sich dem Übersinnlichen nicht gewachsen und geht unverrichteter Dinge.

Man sollte den Film nicht mißverstehen. Zwar hat Miriam schon im alten Ägypten gelebt, hat im mittelalterlichen Europa ihr Wesen getrieben, ist neuerdings ins moderne Amerika umgesiedelt und hat immer vom Blut anderer gelebt. Aber die Absicht des Regisseurs ist offensichtlich nicht, die jeweils herrschende Klasse zu kritisieren, die von der Aussaugung der Lebenskraft der arbeitenden Klassen lebt. Auch will er nicht die Lasterhaftigkeit einer Handvoll Leute anprangern, die durch Nichtarbeit ihre persönliche Lebenszeit verlängern und viel Zeit für Lust haben. Die Zeitschrift „Cinema“ vermutet in ihrer Juliausgabe, hier sei der Spruch des Philosophen Nietzsche illustriert: „Denn alle Lust will Ewigkeit, will tiefe, tiefe Ewigkeit.“ Wenn man es hingehen läßt, daß dieser brutal in Szene gesetzte Nervenkitzel etwas mit Lust zu tun haben soll, dann dient der Hinweis dem Zuschauer wenigstens dazu, die Richtung auszumachen, der die Drehbuchschreiber Ivan Davis und Michael Thomas und der Regisseur Tony Scott frönen. Diese Richtung verträgt sich zumindest mit einer Blut- und Bodendmystik, für die bürgerliche demokratische Staatsorgane und Wissenschaft bloß Staffage sind und der Nietzsche zu seiner Zeit auf die Sprünge geholfen hat.

Für Sammler und Liebhaber ...

Um den „Sammler und Liebhaber guter Science Fiction“ sorgt sich der Heyne-Verlag mit seiner Reihe „Bibliothek der Science Fiction Literatur“. Wer hiervon angezogen für 6,80 DM „Die seltsame Geschichte des Mr. C.“ einkauft, erhält ein Buch, das er nur schwer zu Ende lesen wird. Die Verbindung von Sorgfalt in Satzbau und Ausdruck mit außerordentlicher Monotonie im Handlungsablauf ist dafür am meisten verantwortlich. Ein Mann schrumpft, in der Senkrechten täglich ein bisschen weniger als vier Millimeter und ansonsten proportional. Es errechnet sich ein Tag, an dem der Mann null Millimeter lang sein wird. Auf diesen Tag strebt das Geschehen hin. Zuerst scheidet ihn das Berufsleben aus. Dann wird er als Ehegatte zunächst suspekt, dann einfach unmöglich. An der Tochter vorbeigeschrumpft, verliert er deren Respekt. Auf eine Größe deutlich unterhalb eines lebensfähigen Fötus reduziert, reißt der Kontakt zur menschlichen Gesellschaft ganz. Unser Mann sitzt im Keller und kämpft echt menschlich ums Überleben, sticht Spinnen ab und so. Ein dermaßen ewig-menschlicher Bursche kann ganz unmöglich ganz verschwinden, und so tut sich auf Seite 251, der Mann ist soeben auf rechnerisch Null geschrumpft, folgendes dar: „Gestern nacht hatte er zum äußeren Universum hochgeschaut. Und wenn es ein äußeres gab, mußte es doch logischerweise auch ein inneres geben.“ – Und wenn er nicht gestorben ist, lebt er dort heu noch.

Emanzipation im gehobenen Mittelstand

Mit dem Buch „Ich bin ich“ liegt die Reportage über einen gelungenen Ausbruch einer Frau aus der Ehe mit einem Mann vor, der nicht nur als Jurist, sondern auch als Politiker einer konservativen Partei, wohl der CDU, bürgerliche Karriere machen will. Der Verfassername Judith Jannberg ist ein Pseudonym. Die Autorin hat ihren Bericht mündlich zu Protokoll gegeben. Er ist von Elisabeth Dessai nur leicht überarbeitet worden. Die Autorin greift ihre finanzielle Abhängigkeit und die daraus folgende Degradierung zum Gebrauchsgegenstand, Mittel der Repräsentation und Verwahrerin der Kinder an. Sie schafft

es, von eigener Arbeit zu leben. Dennoch bleibt ihre Lebenserfahrung beschränkt. Zwar fürchtet sie sich nicht mehr vor dem Gedanken, notfalls als Klofrau oder durch andere körperliche Arbeit sich und zwei ihrer drei Kinder, die sie mitgenommen hat, durchzubringen. Aber sie hat solche Arbeit nicht nötig. Aufgrund ihrer Tätigkeit bei der Organisation von Bildungskursen für Frauen bei der Volkshochschule und bei der Ausarbeitung von Fernsehsendungen u. ä. braucht sie keine akute Furcht vor Arbeitsunfällen und vorzeitigem Verschleiß zu haben. Bloßer Spiegel dieser Tatsache ist, daß sie nicht krankenversichert sein will. Sie glaubt, vor Krankheit allein dadurch geschützt zu sein, daß sie durch ihre erkämpfte lebensstüchtige Einstellung nicht mehr unter bestimmten Beschwerden leidet. Die Frau überwindet das bürgerliche Vorurteil, nur in einer „intakten“ Familie könnten Kinder aufgezogen werden, das ihr selber durch ihre Heimerziehung eingebläut worden war. Sie täuscht nicht vor, revolutionär zu sein, gibt sich aber Illusionen über die Bedeutung von Veränderungen hin, die durch Nachahmung ihres Beispiels erreicht werden könnten. An der klassenmäßigen Ausbeutung und Unterdrückung von Arbeitern und Arbeiterinnen würde sich nichts ändern. Daher versteigt sie sich in ein merkwürdiges Konzept zur gesellschaftlichen Veränderung. Durch einen Proporz nach Zugehörigkeit zum männlichen oder weiblichen Geschlecht soll eine neue Ganzheit erreicht werden.

Judith Jannberg, Ich bin ich, Fischer TB 3735, 7,80 DM

Die Reform eines Strafparagrafen

Die katholische Kirche und die christlichen Parteien betreiben seit einiger Zeit die Verschärfung des Strafparagrafen 218. Der Politikwissenschaftler Kraiker hat mit seinem Buch über die Geschichte des §218 und des Kampfes dagegen einiges Material veröffentlicht, das in dieser Auseinandersetzung nützlich sein kann. Das Buch enthält einige Aufsätze über die Geschichte der Auseinandersetzung um den §218 und einen ausführlichen Dokumentenanteil, in dem die verschiedenen Fassungen des Strafparagrafen seit 1871, die Auseinandersetzung um die Reform des §218 bis zur

Fristenregelung, die Erörterung und die Gesetzentwürfe der Neufassung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes und Stellungnahmen der Kirchen und der Bundesregierung nach der Verabschiedung der Indikationsregelung zusammengefaßt sind. Obwohl sich in der Dokumentation zahlreiche Äußerungen von politischen Parteien, Kirchen und anderen Organisationen, die für oder gegen den §218 aufgetreten sind, finden, hat Kraiker leider keine Stellungnahmen der Gewerkschaften und Gewerkschaftskörperschaften hinzugefügt. In den Aufsätzen über den Kampf für die Beseitigung des Strafparagrafen weist er deutlich auf die beachtliche Rolle der DGB-Gewerkschaften in dieser Auseinandersetzung hin. Vor allem aber kritisiert Kraiker in diesem Teil die reaktionären Positionen, die die Strafbarkeit der Abtreibung verteidigen. Gegenüber der derzeitigen Auffassung der katholischen Kirche, die Abtreibung müsse strafbar bleiben, weil sie Tötung menschlichen Lebens sei, führt er die Wandlungen der katholischen Auffassungen an, wann das menschliche Leben beginne. Z.B. sei die katholische Kirche erst Ende des 19. Jahrhunderts zu der Auffassung gekommen, das menschliche Leben beginne mit der Verschmelzung der Keimzellen, zuvor ging sie davon aus, daß das menschliche Leben erst von der zwölften Schwangerschaftswoche an datiert – die von ihr bekämpfte Fristenregelung also vor 90 Jahren noch durchaus hätte annehmen können. Gegenüber der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes, das die Verschärfung des 1973 gesetzlich neugefaßten §218 von der Fristenregelung zur Indikationsregelung einleitete, weist Kraiker darauf hin, daß der Parlamentarische Rat gerade in Hinblick auf eine Neufassung der Strafbarkeit der Abtreibung abgelehnt hat, den §2 des Grundgesetzes zu erweitern durch die Festlegung „Das keimende Leben wird geschützt“. Ausführlich erörtert Kraiker die Probleme, die sich aus dem Umstand ergeben, daß der Staat zwar versucht, „die Frauen zur Austragung von Kindern zu zwingen“, aber jegliche Verantwortung zurückweist, wenn er materielle Bedingungen zur Verwirklichung dieses Anspruchs bereitstellen soll.

Gerhard Kraiker, §218. Zwei Schritte vorwärts, einen Schritt zurück, Fischer TB 3835, 10,80 DM

„Politische Kriminalität“

Sozialdemokratie: Immer für die „freiheitlich-demokratische ...“

Wenn es um die Verfolgung ihrer politischen Gegner, um die Inhaftierung, polizeiliche Quälerei und Folterung von Revolutionären, um die öffentliche Hinrichtung von Feinden der bürgerlichen Ordnung, um die Massakrierung oder das langsame Zugrundegehen von Feinden des bürgerlichen Eigentums in den Strafanstalten oder um das Vergasen solcher Leute in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern ging – wer über die Bestialitäten der politischen Justiz der bürgerlichen Klasse und über die Kontinuität dieser politischen Verfolgung vom Deutschen Reich bis zur Bundesrepublik Deutschland berichten wollte, fände wahrhaftig Material in Fülle.

Dem Suhrkamp-Verlag und dem von diesem als Herausgeber einer neuen Taschenbuchreihe geworbenen Geschichtswissenschaftler Hans-Ulrich Wehler kann nun das zweifelhafte Verdienst zugesprochen werden, eine Geschichte der politischen Justiz in Deutschland veröffentlicht zu haben, in der preußische Festungshaft als fortschrittliche „Privilegierung“ für politische Gefangene, nationalsozialistische Vernichtungsjustiz als abartiger Zwischenfall und das Zu-Tode-Kommen von inzwischen einem halben Dutzend politischer Feinde des bürgerlichen Eigentums in den Strafanstalten der BRD in den letzten Jahren als Problem der „Toleranzschwelle“ des bürgerlichen Gewaltapparates gegenüber dem von „Terroristen“ hervorgerufenen „Einbruch offener Gewaltförmigkeit in die Sphäre der Politik“ auftauchen. Gemeint ist das Taschenbuch „Geschichte der politischen Kriminalität in Deutschland 1800–1980“, verfaßt von dem Essener Universitätslehrer Dirk Blasius und als einer der ersten Bände in der Reihe „Neue Historische Bibliothek“ erschienen.

Das beginnt in dem ansonsten ziemlich schlampig mit Dokumenten und Quellen versehenen Buch damit, daß der Verfasser bei seinem Versuch einer „Rekonstruktion des demokratischen Potentials, das die deutsche Justizgeschichte auch enthält – so schwach und von permanenten Rückschlägen bedroht es auch gewesen sein mag“, den Ausgangspunkt dieses „demokratischen Potentials“ ausgerechnet in einer „preisgekrönten und weite Kreise ziehenden Abhandlung“ zweier preußischer Juristen gefunden zu haben meint. In dieser 1783 erschienenen Arbeit hatten die beiden Juristen H.E. v. Globig und J.G. Huster erstmals nicht mehr nur die Majestätsbeleidigung und den Angriff auf die feudale Majestät als „Staatsverbrechen“ definiert, sondern diesen Vorwurf auf „alle Beleidigungen der ganzen bürgerlichen Gesellschaft“ ausgedehnt. Diese preußische Neudefinierung des Gegenstandes des Staatsschutzes sollte schon bald in das politische Strafrecht als Kern des preußischen Landrechts fröhlichen Einzuhalten – frei nach dem Motto: wenn schon keine bürgerliche Revolution in Preußen, so doch zumindest eine bürgerliche Revolutionierung des preußischen Staatsschutzes!

Das geht dann weiter über lange Beschreibungen der „Liberalität“ der preußischen Justiz in den folgenden Jahren, die in den Jahren 1837 bis 1847 „nur“ neun Hochverratsverfahren, 575 Majestätsbeleidigungsanklagen und 380 Verfahren wegen Tumult und Aufruhr eingeleitet haben soll. Wenige Seiten später wird der Leser auf die „bedeutenden liberalen Gestaltungsschübe“ im Staatsschutz aus Anlaß der Reichsgründung 1871 hingewiesen, durch die „die beiden wichtigsten rechtsstaatlichen Grundsätze der Strafrechtspflege: richterliche Unabhängigkeit und justizförmige Urteilsgewinnung“ bekräftigt worden seien. Hinfort konnten sich demnach die Zehntausende in den nächsten Jahren inhaftierten und verurteilten Lohnarbeiter – sei dies nun wegen der Sozialistengesetze, sei es wegen Streiks, dem Aufbau von Gewerkschaften oder anderen „Staatsverbrechen“ – zumindest auf eine „justizförmige Urteilsgewinnung“ verlassen. So scheint dem Autor auch während der Sozialistengesetze „die Rechtsbindung der politischen Strafjustiz im Deutschen Kaiserreich ... nicht in toto verlorengegangen zu sein“. Na dann!

Bei solch staatstragender Haltung gegenüber den verantwortlichen Aufgaben des Staatsschutzes ist nicht verwunderlich, daß der Autor der Weimarer Republik zwar eine einseitige „Anti-Links-Einstellung“ vorwirft, dabei aber nicht vergißt zu betonen, daß die Republikschutzgesetze auch gegen die „beträchtliche kriminelle Energie“ der Linken erforderlich gewesen seien. So wird

dann am Ende zum „Hauptkennzeichen des NS-Strafrechts“ die, so der Autor, „Einbringung von ‚Volk‘ als Hauptangriffsobjekt“ aller Staatsfeinde anstelle, wie es sich gehört, der „bürgerlichen Gesellschaft“ des preußischen Landrechts. Am Ende legt der Autor Wert darauf, daß das KPD-Verbotsurteil von 1956 „kein Willkürurteil“ gewesen sei und daß „die Aktionen des heutigen Terrorismus“ eindeutig „kriminell“ seien. Verlag und Autor veräumen auch nicht, dem verstorbenen Prof. Brückner noch anzuhängen, er habe durch seine „unausgegorene(n) ‚Politisch-psychologische(n) Anmerkungen zur Rote-Armee-Fraktion‘“ beinahe die gesamte Linke „diskreditiert“.

Wohlgermerkt: Das ganze stammt nicht etwa aus der Feder irgendeines christdemokratischen Polizeilumpen, sondern aus sozialdemokratischen Kreisen und ist in einem Verlag erschienen, dessen Verleger Siegfried Unseld dem „Kulturforum“ beim SPD-Parteivorstand angehört. Man kann sich also von sozialdemokratischer Seite noch auf mancherlei in Sachen „Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ gefaßt machen.

Dirk Blasius, Geschichte der politischen Kriminalität in Deutschland 1800 – 1980, edition suhrkamp 1242, Frankfurt am Main 1983, 12,00 DM

Wirtschaftstheorien/Wirtschaftspolitik IV

Linkskeynesianismus: Die Positionen der Memorandum-Gruppe

Die Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“ wurde von Bremer Hochschullehrern initiiert und veröffentlicht seit 1975 jedes Jahr ein „Memorandum“, das als Alternativgutachten zum monetaristisch-angebotsorientierten „Jahresgutachten des Sachverständigenrates“ gedacht ist. Der Einfluß der Memorandum-Gruppe auf die gewerkschaftliche Meinungsbildung wird daran deutlich, daß z.B. das „Memorandum ‘82“ rund 400 Gewerkschaftsfunktionäre, darunter 260 Gewerkschaftssekretäre, mitunterzeichnet haben. Nach dem politischen Selbstverständnis seiner Verfasser wendet sich das „Memorandum“ dagegen, „die Rücknahme von Reformen als Sachzwang (Finanzkrise etc.) auszugeben“ und verfolgt das „Ziel, den postulierten Sachzwang als politisches Interesse zu entzaubern“. Diese Art „ungefragter Politikerberatung“ sieht ihre Adressaten auch in den Trägern praktizierter Wirtschaftspolitik, den „politischen Parteien“, aber: „Die Gewerkschaften stellen ohne Zweifel für den Memorandum-Kreis den wichtigsten Adressaten dar“. (I, S. 153)

Die jährliche Darstellung und kritische Analyse der regierungsamtlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik bilden einen nützlichen Dokumentationsteil jedes Memorandums. Hauptziel ist jedoch:

„Die Strategie alternativer Wirtschaftspolitik orientiert ... vor allem auf den über die öffentlichen Budgets vollzogenen Verteilungskampf“. Beabsichtigt ist, „eine zunehmende Verstärkung der Forderungen an den Umverteilungsstaat und die Herstellung erhöhten Legitimationsdrucks in Richtung auf eine arbeitsorientierte staatliche Politik“ (S. 155); denn „die Formulierung von Klasseninteressen in staatliches Handeln findet gerade in der Auseinandersetzung widerstreitender gesellschaftlicher ‚Gruppen‘ um die Ausrichtung staatlicher Politik statt“. Langfristig heißt das: „Der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß muß der bornierten Kapitalrationalität entzogen und der bewußtgesellschaftlichen Planung unterworfen werden“ (I, S. 146/147). „Auch wenn die Arbeit des Memorandumkreises vor allem auf staatliche Politik konzentriert ist, umfaßt der Begriff der Vergesellschaftung im Kontext demokratischer Wirtschaftspolitik die Entwicklung einer ganzen Vielfalt von Formen des gemeinnützigen Eigentums, der Verstaatlichung und dezentral selbstverwalteter Sozial- und Versorgungssysteme“ (I, S. 147).

Diese „Modifikation“ des „ökonomischen Systems“ sei bereits jetzt einzuleiten durch die „Einrichtung überbetrieblicher Formen der Mitbestimmung (Wirtschafts- und Sozialräte), eine wirksame Einbeziehung der Betriebsräte bei der Vergabe öffentlicher Mittel (Subventionen) an private Unternehmen, Übernahme der Selbstverwaltung der Arbeitsämter bzw. der Bundesanstalt für Arbeit durch die Gewerkschaften sowie die Vergesellschaftung jener Bereiche, deren privatwirtschaftliche Struktur dem gesellschaftlichen Bedarf nicht gerecht werden (Beispiel: Wohnungsbau) oder den technischen Wandel und die internationale Koordination nur über die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen vollziehen kann (Beispiel: Stahlindustrie)“ (I, S. 147).

Während die Memoranden keine weitere Konkretisierung dieser am Konzept der „Wirtschaftsdemokratie“ und des „progressiven Reformismus“ (Altwater nennt dies einen „dritten Weg“ zwischen „Keynesianismus und Sozialdemokratie einerseits und dem Modell der Oktoberrevolution andererseits“, (II, S. 25)) angelegten Strukturänderungen der Wirtschaftsverfassung vornehmen, enthalten sie jeweils einen konkreten, auf die aktuelle wirtschaftspolitische Lage bezogenen Katalog von Forderungen:

a. Kern ist 1983 die Forderung nach einem „Investitions- und Beschäftigungsprogramm für qualitatives Wachstum“ (Volumen: 30 Mrd. DM) und nach Rücknahme der Beschlüsse des Haushaltsbegleitgesetzes 1983. Dieses Sofortprogramm mit beschäftigungswirksamen Auflagen soll eingebettet werden in ein „Zukunftsprogramm für die 80er Jahre“ (auf 10 Jahre; Gesamtvolumen: 200 Mrd. DM). Mit diesem Programm soll ein „neuer Typ qualitativen Wachstums“ in den Bereichen rationelle Energie- und Rohstoffverwendung, Wohnungs- und Städtebau, Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, Erhaltung und Wiederherstellung der Umwelt, zusätzliche Berufsausbildungsplätze, zusätzliche Plan- und ABM-Stellen eingeleitet werden. Hier schließt das Memorandum an das „50-Mrd.-Programm“ des DGB sowie an das Ende 1982 von der SPD vorgelegte 40-Mrd.-Beschäftigungsprogramm an. Finanziert werden soll das Programm durch „konsequente Ausschöpfung des geltenden Steuerrechts“ (12,2 Mrd. DM), „Abbau ungerechtfertigter Steuersubventionen“ (rd. 19 Mrd. DM) und gezielte Steuererhöhungen (9,9 Mrd. DM) sowie eine Ausweitung der Staatskreditaufnahme (direkt bei der Bundesbank und daher zinslos). Die geforderten Steuermehreinnahmen belasten das Kapital (z.B. Öl- und Erdgasförderungsunternehmen) sowie Gutverdienende (Ergänzungsabgabe von 6% ab Jahreseinkommen 60000/120000 DM wie vom DGB gefordert; Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer auf 60%).

b. Neben dem Beschäftigungsprogramm werden u.a. folgende Einzelforderungen gestellt:

- zeitlich befristetes Verbot von Massenentlassungen
- Senkung der Militärausgaben auf das Niveau von 1981
- Einführung eines allgemeinen Arbeitsmarktbeitrages (ab 60000 DM Jahreseinkommen) zur Finanzierung der Bundesanstalt für Arbeit
- Anhebung der Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenze bei Kranken- und Rentenversicherung auf über 5500 DM zu Lasten von Besserverdienenden
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich (35-Stundenwoche) und tarifvertragliche Festlegung der Arbeitsbedingungen.

c. Schließlich wird angesichts der Strukturkrisen bei Stahl und Werften ein detaillierter Vergesellschaftungsplan entworfen: bei Stahl in Anlehnung an ein Grundsatzpapier der IG Metall Dortmund und bei den Werften durch Umorientierung auf „alternative zukunftsorientierte Produktionsfelder“ (z.B. Meerestechnologie und -forschung, Meerwasserentsalzungsanlagen, energiesparende Technologien).

Der analytische Teil der Memoranden versucht sowohl die zyklischen Krisen als auch die langfristig sich abzeichnende „Wachstumsschwäche“ theoretisch zu erklären:

Die im Aufschwung systematisch steigende Profitquote (mithin sinkende Lohnquote) führt zu Überkapazitäten (Überakkumulation), da die im Boom erstellten Kapazitäten wegen verzögerter Konsumnachfrage nicht hinreichend ausgelastet werden können. Die so enttäuschten Gewinnerwartungen dämpfen die Investitionstätigkeit, wodurch die Beschäftigung sinke und der Nachfrageausfall vergrößert werde.

„Aus dieser Kenntnis der der profitorientierten Produktion folgenden Zyklichkeit läßt sich ableiten: wenn frühzeitig im Prozeß des Booms eine Umverteilung der Einkommen – von Profiten hin zu den Löhnen – stattfinden könnte, dann ließe sich die Überakkumulation und damit Überproduktion von Waren verhindern. Daß diese gesamtwirtschaftlich rationale Umverteilung nicht durch die Systemlogik selbst eingeleitet wird, ist ein Resultat der Existenz ‚antagonistischer Verhältnisse‘. Die Forderung nach frühzeitiger Erhöhung lohninduzierter ‚Massenkraft‘ ist auf diese rationale Umverteilung ausgerichtet“ (III, S. 56).

Die Steigerung der Massenkaufkraft habe somit auch „systemkritische Qualität“: „Sie versucht durch außermärkliche Steuerungsmechanismen die zu Überakkumulation drängende Profitlogik zurückzudrängen“ (ebenda). Die „Tendenz zur überkonjunkturellen Überakkumulation“ (also langfristige Wachstumschwäche) resultiere „aus den Auswirkungen kapitalismusspezifischer Durchsetzung des technischen Fortschritts“ (III, S. 59). Wegen der fortschreitenden Monopolisierung und „Freisetzungsmacht“ der Monopole sowie geringen inländischen Absatzchancen werde eine kapital- wie arbeitssparende Effektivierung des Produktionsprozesses (durch Rationalisierungsinvestitionen) durchgeführt, wodurch „ein von der Realisierungsseite her überdimensionierter Kapitalapparat aufgebaut wird“ und sich „das Profitdilemma“ verschärft:

„Einerseits steht aufgrund steigender Arbeitslosigkeit immer weniger nachfragewirksames Lohneinkommen zur Verfügung. Zum anderen läßt

sich mit derselben Profitsumme ein größerer Kapitalstock aufbauen“. Kurz: „Es müßten deshalb eigentlich die Profite zugunsten der Lohnneinkommen umverteilt werden. Nur so ließe sich langfristig eine gesellschaftlich vernünftige Proportionierung zwischen Kapital und Konsumsektor herstellen“ (III, S. 60).

Zyklische Krise und langfristige Stagnation haben also im Kern die gleiche Ursache: *die Profite sind zu hoch*. „Die zurückhaltende Investitionstätigkeit kann ihren Grund also nur im Bereich der erwarteten Kapazitätsauslastung, d.h. der Nachfrage haben“ (IV, S. 62). Denn:

Statt in inländische produktive Kapitalanlage ströme der überschießende Gewinn vor allem von Großunternehmen (Monopolen und Oligopolen) in Geldanlagen und/oder Direktinvestitionen ins Ausland. Während aus der Logik angebotsorientiert-monetaristischer Konzepte sowohl diese theoretische Erklärung als auch sämtliche Forderungen des Memorandums als krisenverschärfend (weil auf die Profite drückend) zurückgewiesen werden, konzentriert sich die im folgenden referierte Kritik im „linken“ Spektrum (vgl. insbesondere V) vorwiegend auf die theoretische Begründung der Memoranden:

- Der Vorwurf der Memoranden gegen den Sachverständigenrat, die Löhne nur von der Kostenseite zu betrachten, treffe methodisch auch das Memorandum: Es betrachtet diese ausschließlich von der Nachfrageseite.

- Die Memorandum-These von einer Differenzierung und Hierarchisierung der Profitrate sowie einer Preissetzungsmacht von Großunternehmen sei (insbesondere wegen der Weltmarktkonkurrenz) empirisch nicht belegbar; darüberhinaus sei unklar, ob der Fall der Profitrate (langfristig) in den Memoranden akzeptiert werde.

- Die geforderte Umverteilung zugunsten der Löhne treffe

- a) die Kapitalverwertung negativ, rufe

- b) den erbitterten politischen Widerstand des Kapitals hervor und führe

- c) auch stofflich zu einer anderen Produktionsstruktur und Typ des Wachstums.

Die Annahme problemloser Substituierbarkeit von Profiten und Löhnen unterschätze also deren ökonomische und politische Tragweite.

- Ist die Krise Konsequenz der Überakkumulation von Kapital (nicht nur Ausdruck „falscher Verteilung“), bedeute Krisenüberwindung auch immer Vernichtung von Kapital, „Bereinigung“, d.h. gewaltsame Wiederherstellung neuer struktureller Bedingungen der Kapitalakkumulation. „Linkskeynesianische“ Wirtschaftspolitik schiebe diesen Entwertungsprozeß nur auf (häufig verbunden mit Inflation).

- Selbst wenn die Memorandum-Strategie im Inland durchsetzbar und erfolgreich wäre, wirke insbesondere in der stark außenwirtschaftsorientierten BRD „das Diktat der Zahlungsbilanz“ und der „Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung und internationaler Konkurrenzfähigkeit“.

Wie das Beispiel Frankreich jüngst gezeigt habe, sei ein nachfrageexpansiver Alleingang eines Landes problematisch: sowohl wegen der steigenden Importe als auch wegen der durch Kostendruck verschlechterten internationalen Exportsituation verschlechtere sich die Zahlungsbilanz ohne restriktive Gegenmaßnahmen (Kapitalverkehrskontrollen, Protektionismus) dramatisch.

- Schließlich wird das letztlich doch „harmonische“ Gesellschaftsbild der Memoranden kritisiert, wenn es dort z.B. heißt:

„Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird nur dann Erfolg haben, wenn eine bedarfsorientierte, beschäftigungssichernde und damit krisenvermeidende (!) Produktionsstruktur realisiert wird. Auf diese Produktionsstruktur ... muß die Verteilung zwischen Löhnen und Gehältern, Gewinnen und Staatseinnahmen ausgerichtet werden“. (WSI, S. 3000 5/19 3)

Die Fixierung gewerkschaftlicher Kämpfe auf die Ebene staatlicher Wirtschaftspolitik knüpfe weder am Status der Lohnabhängigen als Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums noch an ihren an Auseinandersetzungen zwischen Lohnarbeit und Kapital auf Betriebs- und Branchenebene sich entwickelnden Klassenbewußtsein und Kampferfahrungen an.

Das Memorandum also: richtige Forderungen mit falscher theoretischer Begründung? Weitere Untersuchung ist notwendig.

(I) M. Ernst-Pörksen/R. Hickel, Strategieprobleme alternativer Wirtschaftspolitik, in: Probleme des Klassenkampfes 47/1982; (II) E. Altvater u.a., Alternative Wirtschaftspolitik. Jenseits des Keynesianismus, Opladen 1983; (III) R. Hickel, in: Argument Sonderband 35, Berlin 1979; (IV) Memorandum '2, Köln 1982, Memorandum '3, Bremen 1982; (V) E. Altvater u.a., Notwendigkeit und Schwierigkeit eines Programms alternativer Wirtschaftspolitik, in: WSI-Mitteilungen 2/1979; (VI) R. Hickel/H. Schui, Kreislaufökonomik in der Krise, in: WSI-Mitteilungen 5/1983.

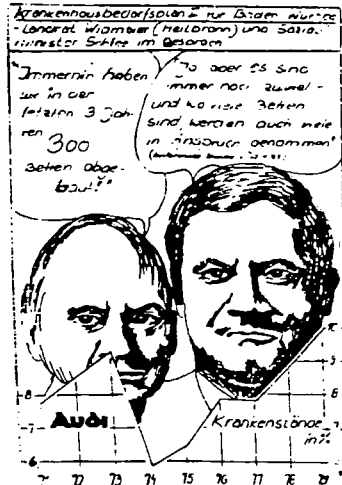
Bleistift- und Pastellkreidezeichnung



Arbeit am Texterfassungssystem. H.W., Kunstgruppe München

ABBAU VON GESUNDHEITSLEISTUNGEN DURCH "KOSTENTRANSPARENZ"

Die Kosten für die Gesundheitsversorgung der in den AOKs und Ersatzkassen Versicherten steigen unaufhaltsam weiter, 1980 z.B. um 8,7%. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände klagte 1980 in ihrem Jahresbericht: "Die Sozialkostenbelastung hat ein Ausmaß erreicht, das die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gefährdet... Der Krankenstand... erreicht nahezu wieder den Höchststand der Jahre 1973/74." Regierung und Arbeitgeber gehen das Kranksein unter dem Gesichtspunkt ihrer Wettbewerbsfähigkeit an: Wer lohnabhängig und krank ist soll zahlen. Den klaren Zusammenhang zwischen den doch schließlich von Kapitalisten organisierten Arbeitsbedingungen, der ständig steigenden Arbeitsintensität und dem Anwachsen von Krankheiten und früher Berufsunfähigkeit zeigt sowohl das nebenstehende



Schaubild, als auch untenstehende Tabelle. Deutlich ist bei Audi zu sehen wie die Phasen der Konjunktur, des "Aufschwungs" erkaufte sind mit Verschleiß der Arbeitskraft und ansteigendem Krankenstand. Audi hat seit Jahren einen Krankenstand von etwa 2% über dem der AOK, Ergebnis der ausgefallenen Akkordbedingungen. Die Kapitalisten wollen sich von den Kosten ihrer Wirtschaftsweise befreien. Um die bisher beschlossenen gesetzlichen Maßnahmen zur Abwälzung der Krankheitskosten auf die Kranken weiterzutreiben hat der baden-württembergische Sozialminister Schlee (CDU) einen Modellversuch zur genauen Kostenerfassung ausgebrütet. Es sollen "in einem mehrjährigen Modellversuch kostengünstige und leistungsfähige Transparenzverfahren entwickelt werden, die im Erfolgsfall dann auf alle Kassen übertragen werden können. Feststellen will man dabei unwirtschaftliche Doppelbehandlungen beziehungsweise Überweisungen durch Ärzte, Arzneimittelmisbrauch oder auch Fehlbelegungen von Krankenhäusern."

Ausgesucht hat sich Schlee dafür Heilbronn und den Landkreis Emmendingen. Beteiligen sollen sich neben den "Leistungsanbietern" die AOK Heilbronn, die Innungskrankenkasse Heilbronn sowie die Betriebskrankenkassen Audi NSU, Bailer und Schneider, Kali-Chemie und Karl Schmidt. Schlee kam nicht reibungslos durch. Die SPD verlangte lediglich Offenlegung der Ziele, sonst sei die Zustimmung "gefährdet", die Landesdatenschutzbeauftragte protestierte energisch. Der DGB sprach Mitte März noch von einem "unmenschlichen Druck auf die erkrankten Versicherten", sprach ab April aber bereits von "unbedingt notwendigen Kostendämpfungen", die "Unabhängige Liste Demokratischer Ärzte im Kammerbezirk Nordbaden" befürchtete "wissenschaftliche Legitimation zum Abbau von Sozialleistungen". Obwohl der Modellversuch bereits zum 1. Juli starten sollte, lag bis Redaktionsschluss die Zustimmung z.B. der AOK Heilbronn noch nicht vor. Schlees Äußerung, der Versuch verstoße nicht gegen den Datenschutz bezieht sich auf ein von aus: Betriebszeitung Öffentlicher Dienst, Lokalteil Heilbronn, 4.7.83

Entwicklung von Nacht- und Schichtarbeit sowie von einzelnen Erkrankungen

		1965	1972	1975
Schichtarbeit ¹	: absolut	2,41 Mio.		3,64 Mio.
	: in % ²	11,0%		17,0%
Nachtarbeit ¹	: absolut	2,38 Mio.	2,99 Mio.	2,41 Mio.
	: in % ²	10,9%	13,3%	11,3%
Sonn- u. Feiertagsarbeit ¹	: absolut	2,08 Mio.	2,77 Mio.	3,22 Mio.
	: in % ²	9,6%	13,3%	15,1%
angezeigte Berufserkrankungen	: absolut	27 500	30 000	39 000
	: in %	= 100% ³	109,1%	141,8%
schwere Hauterkrankungen ⁴	: absolut	7 000	8 010	9 065
	: in %	= 100% ³	114,3%	129,5%
Kreislaufkrankungen ⁵	: absolut	470 800	692 133	639 438
	: in %	= 100% ³	147,0%	135,8%

¹ = regelmäßig und unregelmäßig, ² = zu den abhängig Beschäftigten im jeweiligen Jahr, ³ d.h.: 1965 = 100% als Ausgangsbasis für die folgenden Jahre, ⁴ = nur die als Berufserkrankung angezeigten, ⁵ = nur bei AOK-Mitgliedern

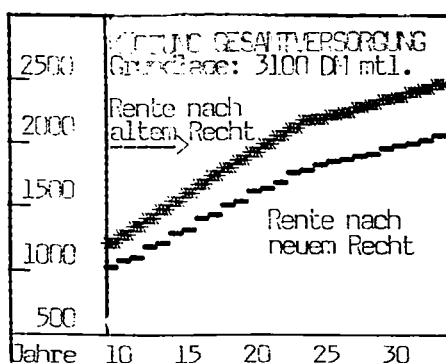
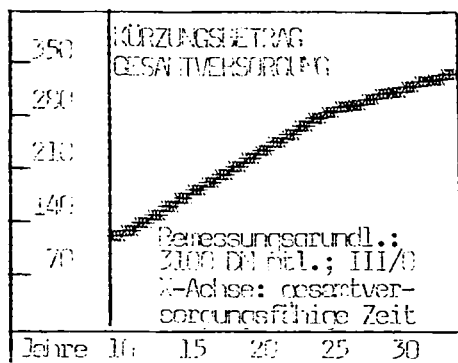
der CDU extra zu dem Zweck geändertes Datenschutzgesetz. Herauskommen soll bei dem Modellversuch z.B. ein "Inanspruchnahmeprofil" jedes Patienten, eine Normierung der Gesundheitsversorgung, Festlegung der jeweils billigsten Behandlungsmethode für verschiedene Krankheiten, Überblick über die Ärzte, die häufiger als andere krankschreiben. Nutzen haben von diesen Erkenntnissen weiter die Unternehmen, die die Daten zur Ermittlung von "Krankfeiernenden" nutzen können. Bliebe es bei einer Ablehnung, wäre einer weiteren Verschlechterung des Gesundheitswesens ein Riegel vorgeschoben.

Vertreterbesuch



"...Und hier ein Präparat gegen alle Berufskrankheiten. Es beseitigt akute Lohnfortzahlung-hebt so die Arbeitsmoral."

** ORA + LABORA - bet und arbeit!



Zusatzversorgung: Ausmaß der Kürzung

In den obigen Schaubildern ist das Ausmaß der tariflich vereinbarten Kürzung der Zusatzversorgung dargestellt anhand eines gesamtversorgungsfähigen Entgelts von 37200 DM jährlich oder 3100 DM monatlich. Das gesamtversorgungsfähige Entgelt wird errechnet aus dem Bruttolohn bzw. -gehalt der letzten drei Jahre vor der Verrentung; Weihnachts- und Urlaubsgeld gehen in die Berechnung ein. Unserm Rechenbeispiel entspricht also ein Monatsbrutto von ca. 2800 DM vor der Verrentung. Auf der X-Achse ist die für die Rentenhöhe maßgebliche gesamtversorgungsfähige Zeit aufgetragen, die aus den Dienstjahren im öffentlichen Dienst und den Beitragsjahren in der gesetzlichen Rentenversicherung ermittelt wird.

Die Rentenkürzung, die sich durch den neuen Tarifvertrag ergibt, ist erheblich. Nach dem neuen Recht, das erst noch in den Satzungen der Zusatzversorgungseinrichtungen verankert werden muß, ist der Maßstab für die Rentenberechnung nicht mehr das zuletzt bezogene Bruttoentgelt - maximal konnte die Rente 75% des Brutto erreichen -, sondern das Nettoentgelt. Künftig kann die Gesamtversorgung (aus gesetzlicher und Zusatzrente) maximal 91,75% bzw. bei Bediensteten, die nach dem 30.6.83 eingestellt werden, maximal 89,95% des letzten Nettoverdienstes betragen. Für Verheiratete wird dabei generell die Abzugslast nach Stkl. III/O und für Unverheiratete nach Stkl. I berechnet.

Die Kürzungen sind für die jetzt schon laufenden Renten und für die Rentenansprüche, die in den nächsten 10 Jahren fällig werden, durch zahlreiche Übergangsregelungen erheblich eingeschränkt. Dadurch mag vielen das vom Dienstherrn diktierte Ergebnis als ein vertretbarer Kompromiß erscheinen, dessen materielle Auswirkungen zunächst begrenzt sind, zumal die Gesamtversorgung im öffentlichen Dienst immer noch deutlich über der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung für ein vergleichbares Bruttoentgelt liegt.

Demgegenüber ist aber festzuhalten, daß für die Masse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, deren Rentenansprüche erst in 15 - 25 Jahren fällig werden, einschneidende Rentenkürzungen stattgefunden haben, und das entgegen allen versicherungsrechtlichen Grundlagen und ohne jeden materiellen "Sachzwang", denn die Kassen der Zusatzversicherungen sind voll.

Das ist neben der empfindlichen Kürzung von Rentenansprüchen das eigentlich Bedeutsame der Vereinbarung über die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. Damit ist der Reaktion ein empfindlicher Angriff auf die Versicherungsansprüche der Lohnabhängigen gelungen. Denn mit einem Federstrich sind quasi gesetzliche Rentenansprüche beseitigt worden, ein Vorgang, der selbst den Bourgeoischreibern des "Handelsblatt" Bauchschmerzen machte. Der Dienstherr hat mit der Zustimmung der ÖTV einen Freibrief bekommen, die Zusatzversorgung in ein paar Jahren weiter zu kürzen, denn eine erhebliche "Überversorgung" gemessen am Rentenniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung gibt es immer noch. Jedenfalls ist es naiv zu glauben, daß die Zusatzversorgung in ihrer jetzigen Höhe ein für alle Mal festgeschrieben ist. Und die Kapitalisten werden nicht lange zögern, nach dem Vorbild des Staates die Betriebsrenten zu kürzen bzw. ganz zu streichen.

Außerdem haben Blüm, Lambsdorff und Konsorten mit der Vereinbarung über die Zusatzversorgung grünes Licht für weiteren drastischen Raub an der gesetzlichen Rentenversicherung bekommen. Denn die Zusatzversorgung in ihrer bisherigen Höhe, die jahrelang von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes erbittert verteidigt wurde, bildete eine gewisse Schranke gegen weitere Rentenkürzungen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Diese waren schwierig durchsetzbar, solange die Renten im öffentlichen Dienst in der bisherigen Höhe gesichert waren. Diese Schranke ist jetzt gefallen.

ÖTV-Vorstand und Gewerkschaftsorgane zur Vereinbarung über die Zusatzversorgung

"Über die Zusatzversorgung wurde diskutiert, nachdem sich herausgestellt hatte, daß Rentner mit höherem Nettoentgelt in Rente gingen als sie vorher im Berufsleben zur Verfügung hatten. Grund dafür war die immer mehr auseinanderklaffende Schere zwischen Brutto- und Nettoeinkommen in den letzten Jahren. So betrug die Belastung der Arbeitnehmereinkommen mit Sozialversicherungsbeiträgen ... und direkten Steuern 1967 durchschnittlich 18 Prozent. 1981 lag die Belastung schon bei durchschnittlich 31 Prozent.

Gefördert wurde die Diskussion in jüngster Zeit durch das Gutachten der von der Bundesregierung eingesetzten Rentenharmonisierungskommission. Sie hat sich aufgrund der sozialpolitischen Lage auf ein Rentenniveau festgelegt, das angemessen hinter dem zuletzt bezogenen Nettoeinkommen liegen soll ... Während der vorangegangenen Verhandlungsrunden wurde unsere Position immer schwieriger, weil sich die Nettoeinkommen der Aktiven wegen weiterer Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge - trotz Lohn- und Gehaltserhöhungen - verminderten. Damit ging einher eine Minderung der gesetzlichen Rente.

...Deshalb mußten wir uns darum bemühen, die öffentliche Diskussion über die Zusatzversorgung der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst zu beenden und eine Lösung in eigener Tarifverantwortung zu finden. Ein Verzicht auf eine tarifvertraglich vereinbarte Zusatzversorgung hätte den Gesetzgeber zu radikalen Einschnitten geradezu ermuntert.

Bei aller Diskussion über die Höhe der zukünftigen Gesamtversorgung mußte vordringlich darum gerungen werden, den Rentnern Besitzstände zu erhalten und den Beschäftigten Anwartschaften zu garantieren ..." (ÖTV-Sonderinformation, 11.6.83)

"Die vorgesehene Neuregelung der Zusatzversorgung entspricht in mehreren Teilen nicht den Erwartungen der Mitglieder. Statt einer vorgesehenen Kappung echter "Überversorgungsteile" erfolgt eine durchgehende Kürzung. Allein die Übergangsregelungen und das gefundene System der Verrechnung der Ausgleichsbeträge mildern die dadurch entstehenden Härten ... Die Erhaltung einer Gesamtversorgung auch für die Zukunft mit einer Obergrenze von 91,75% des fiktiven Nettoeinkommens ist unter den gegebenen Sachzwängen zweifellos ein Erfolg." (ÖTV-Bezirksleitung NW II)

BRD

Afrikapolitik in der Tradition eines imperialistischen Räubers



Eine „Wende in der Afrikapolitik“ soll die CSU bei Bildung dieser Regierung gefordert haben. Insbesondere das südafrikanische Kolonialregime müsse offener unterstützt werden, die Siedlerherrschaft in Namibia mit allen Mitteln verteidigt werden. Nichts anderes hat die Bundesregierung schon bisher getan. Zudem hat sie sich über die EG an bislang allen kolonialen und neokolonialen Interventionen auf dem Kontinent beteiligt. Das soll verstärkt werden.

Berufsausbildung

Christlich-liberale Reaktion will alle Schutzbestimmungen beseitigen

Gut erinnerlich ist noch die Drohung Kohls im Wahlkampf, daß jeder Jugendliche, der ausbildungswillig und ausbildungsfähig sei, eine Lehrstelle erhalten werde: Aus dem Hause Blüm folgten rasch erste Taten unter dem Titel „Abbau ausbildungshemmender Vorschriften“. So dürfen dann ab 1. September z.B. die Kapitalisten der Textilindustrie und anderer Branchen die Schicht-

arbeit für Jugendliche ausdehnen. Meldungen der Art „Strauß vermittelt Mädchen aus dem Bayerischen Wald Lehrstelle in München“ u.ä. lassen weitere Angriffe auf den Jugendarbeitsschutz befürchten. Offen fordern CDU-Politiker die Aufhebung von Tarifverträgen, die der kostenlosen und schrankenlosen Vernutzung jugendlicher Arbeitskraft im Wege stehen.



Bundeswehr

Der niedrige Wehrsold zementiert die Kasernenunterdrückung



Seit der ersten Rekrutierung von Wehrpflichtigen in die Bundeswehr 1957 ist der Sold so elend niedrig, daß die Soldaten ohne zusätzliche Geldmittel nicht über die Runden kommen können. Von Anfang an stellte die Bundeswehr sich auf den Standpunkt, beim Wehrsold handele es sich um „Taschengeld“, und sie hat ihn bis heute real immer weiter

sinken lassen. Wörner hat erklärt, zum Januar 1984 werde es keine Wehrsolderhöhung geben, weil das Geld für Rüstung benötigt wird. Ein Kampf um Erhöhung des Wehrsolds richtet sich direkt gegen die Kriegsvorbereitungen des westdeutschen Imperialismus. Gewerkschaftliche Organisation der Wehrpflichtigen ist dazu notwendig.

Eritrea

Fortschritte im Aufbau der befreiten Gebiete

Die EPLF hat die sechste militärische Großoffensive der äthiopischen Junta zurückgeschlagen und die befreiten Gebiete im Norden Eritreas erfolgreich verteidigt. Trotzdem will das äthiopische Regime die EPLF weiterhin zerschlagen. Die EG, besonders die BRD, beteiligt sich an der Finanzierung des nächsten Aufmarsches gegen das eritreische Volk. Wie organisiert die EPLF den Kampf und den Aufbau der befreiten Gebiete?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/ 51 74 57

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 51 74 57